



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland

Erste Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2018

Markus Steinbrecher
Heiko Biehl
Timo Graf

Potsdam, 13. Juli 2018

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt sind die Autoren

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam

Tel.: 0331 9714 486

E-Mail: zmsbwmilitaersoziologie@bundeswehr.org

www.zmsbw.de

© ZMSBw

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	4
2	Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick	6
3	Methodisches Design der Studie	11
4	Subjektive Sicherheit.....	15
5	Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands	23
6	Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr.....	39
7	Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit	55
8	Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr	63
9	Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr	65
10	Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr.....	70
11	Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr	75

1 Einleitung

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) hat im II. und III. Quartal 2018 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger durchgeführt. Diese Studie wird seit 1996 regelmäßig realisiert und stellt damit die längste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar.

Der vorliegende Ergebnisbericht präsentiert erste Befunde der Befragung 2018 und zeigt – wo möglich – den Verlauf der sicherheitspolitischen Einstellungen über die letzten Jahre. Er dient der Dokumentation der erhobenen Daten und der zeitnahen ministeriellen Information. Der Ergebnisbericht ist deskriptiv angelegt. Hinweise auf Ursachen der berichteten Veränderungen werden weitergehende Analysen liefern. Das ZMSBw wird dazu im IV. Quartal 2018 einen umfassenden Forschungsbericht vorlegen.

Zentrale Themenstellungen der Befragung sind das Sicherheitsgefühl und die Bedrohungswahrnehmungen der Bundesbürger sowie deren Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement der Bundesrepublik Deutschland. Zudem wird die Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr und zu den Auslandseinsätzen analysiert. Die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte sowie Fragen zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Integration der Bundeswehr stellen weitere Themenbereiche dar. Darüber hinaus wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber untersucht und das Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft empirisch erfasst (vgl. Abschnitt 3 für ausführlichere Informationen).

Das Studienkonzept, die Ausschreibungsunterlagen und der Fragebogen wurden am ZMSBw erarbeitet. Die Daten der aktuellen Befragung wurden im Zeitraum vom 1. Juni bis 5. Juli 2018 im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durch das Meinungsforschungsinstitut Ipsos erhoben. Befragt wurden 2.464 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in Deutschland leben (vgl. Abschnitt 3 für weitere Angaben zum methodischen Design). Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch Ipsos erhielt das ZMSBw am 9. Juli 2018 den Datensatz, der Grundlage der nachstehenden Auswertungen ist. Dieser Bericht wurde am 13. Juli 2018 dem BMVg zur internen Auswertung vorgelegt. Er beinhaltet in dieser Fassung lediglich die geschlossenen Fragen.

Anders als die Bevölkerungsbefragung 2017 fand die Bevölkerungsbefragung 2018 nicht in einem Zeitraum hohen öffentlichen Interesses an der Bundeswehr und intensiver medialer Berichterstattung statt. 2017 standen im Befragungszeitraum neben Einsatzthemen (Abzug aus Incirlik, Verlegung der Luftwaffenbasis nach Jordanien) und Beschaffungsvorhaben (Drohnen thematik, Korvettenkauf) vor allem die militärische Tradition und das Verhältnis von politischer Leitung, militärischer Führung und Truppe im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit. 2018 geriet die Bundeswehr vor allem wegen Berichten über die schlechte Material- und Ausrüstungslage sowie der Debatte über die Höhe der deutschen Verteidigungsausgaben in die Schlagzeilen.

Wie die Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse (vgl. Abschnitt 2) zeigt, haben die Bürgerinnen und Bürger die Bundeswehr 2018 über die Medien merklich seltener wahrgenommen als 2017. Deutlich wird auch, dass die Wahrnehmung der Berichte durch die Bevölkerung positiver ist als 2017 (vgl. Abschnitt 7). Für die übrigen in der Bevölkerungsbefragung erfassten Einstellungen zeigt sich wie schon in den vergangenen Jahren eine große Stabilität. Grundlegende sicherheitspolitische Einstellungen (vgl. Abschnitte 5, 9, 10 und 11), Haltungen zur Bundeswehr (vgl. Abschnitt 6) oder die Wahrnehmung der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber (vgl. Abschnitt 8) scheinen also in geringem Maße von kurzfristigen Ereignissen und Faktoren beeinflusst zu werden.

2 Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick

Subjektive Sicherheit → Abschnitt 4

- Die weltweite Sicherheitslage beurteilen 32 Prozent der Befragten als eher unsicher bzw. 12 Prozent als sehr unsicher. Im Vergleich dazu schätzen deutlich weniger Befragte die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland als eher unsicher (12 Prozent) bzw. sehr unsicher (3 Prozent) ein.
- Bezüglich der persönlichen Situation überwiegt in der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit. Nur wenige fühlen sich eher unsicher (8 Prozent) oder sehr unsicher (1 Prozent).
- Im Vergleich zum Vorjahr hat das Unsicherheitsempfinden bei den Befragten abgenommen. Dies zeigt sich bei der Beurteilung der weltweiten, der nationalen und der persönlichen Sicherheitslage.
- Konkrete Bedrohungen werden sehr differenziert wahrgenommen, wobei Aspekte, die mit der Flüchtlingskrise zusammenhängen (Zuwanderung, religiöser Fundamentalismus, Terrorismus), dominieren. Insbesondere die Angst vor Terroranschlägen hat jedoch deutlich abgenommen (-12 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017). Die subjektive Bedrohung durch Zuwanderung bleibt unverändert hoch (55 Prozent). Steigende Preise (51 Prozent) werden nach der Zuwanderung als zweithäufigste Bedrohung genannt. Ökologische Bedrohungen wie der Klimawandel oder große Naturkatastrophen werden auch verstärkt wahrgenommen. Im Vergleich zu 2017 werden militärische bzw. internationale politische Konflikte etwas weniger als Bedrohungen gesehen.

Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands → Abschnitt 5

- Mehr als die Hälfte der Befragten (57 Prozent) sind der Meinung, dass Deutschland eine aktive Außenpolitik verfolgen und bei der Bewältigung von Krisen, Problemen und Konflikten mithelfen sollte. Damit sinkt die Zustimmung zu einer aktiven Außenpolitik das dritte Jahr in Folge.
- Fragt man die Bürgerinnen und Bürger nach den einzusetzenden Mitteln in der Außen- und Sicherheitspolitik, zeigt sich eine Präferenz für nicht-militärische Mittel,

wie z.B. diplomatische Verhandlungen (85 Prozent Zustimmung). Auch bei den verschiedenen Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr besteht eine klare Hierarchie: Ausbildungs- (59 Prozent) und Stabilisierungseinsätze (54 Prozent) werden mehrheitlich unterstützt, Kampfeinsätze werden hingegen nur von einer Minderheit befürwortet (27 Prozent; -7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017). Im Vergleich zum Vorjahr hat die Unterstützung für die Aufnahme von Flüchtlingen als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik um 8 Prozentpunkte abgenommen und wird nur noch von 22 Prozent der Bevölkerung befürwortet (2015 waren es noch 51 Prozent).

- In grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen zeigt sich eine große Unterstützung für die Zusammenarbeit und ein gemeinsames Vorgehen mit den Partnern in der EU und der NATO. Die NATO wird von fast zwei Drittel der Befragten als das auch zukünftig wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten betrachtet.
- Zum ersten Mal wurde auch die Präferenz der Deutschen hinsichtlich der Struktur einer zukünftigen europäischen Armee erfasst: Ein Drittel der Befragten (34 Prozent) befürwortet die Schaffung einer dauerhaften europäischen Armee parallel zu den nationalen Streitkräften und 11 Prozent unterstützen sogar die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee, die die nationalen Streitkräfte ersetzen würde. Nur eine Minderheit (9 Prozent) bevorzugt rein nationale Streitkräfte.
- Die öffentliche Meinung über das Verhältnis zu den USA hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechtert: Nur noch ein Viertel der Befragten sehen die USA als zuverlässigen Partner Deutschlands (-10 Prozentpunkte); lediglich 32 Prozent haben Vertrauen in die NATO-Bündnistreue der USA (-8 Prozentpunkte) und auch die grundsätzliche Einbindung der USA in die Sicherheit Europas (42 Prozent Zustimmung) wird zusehends kritischer betrachtet (-12 Prozentpunkte).
- Die öffentliche Meinung gegenüber Russland hat sich dagegen in vielen Aspekten verbessert. Zum Vergleich: Die deutsche Bevölkerung bringt der russischen Politik inzwischen mehr Verständnis entgegen als der Politik der USA (31 versus 17 Prozent Zustimmung) und ist eher bereit, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA einzuschränken als die zu Russland (30 versus 24 Prozent Zustimmung). Trotzdem ist (bzw. bleibt) die öffentliche Meinung über die Beziehungen zu Russland sehr gespalten.

Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr → Abschnitt 6

- Das gesellschaftliche Ansehen der Bundeswehr ist unverändert hoch: Wie in den Vorjahren stehen die meisten Bürgerinnen und Bürger der Bundeswehr positiv gegenüber. 80 Prozent der Befragten weisen eine positive Einstellung auf.
- Die Bundeswehr und ihre Soldatinnen und Soldaten genießen ein hohes gesellschaftliches Ansehen (60 Prozent), die Bürgerinnen und Bürger vertrauen ihnen (80 Prozent) und sie gelten als wichtig für Deutschland (75 Prozent).
- Die Leistungen der Bundeswehr im In- und Ausland werden von der Mehrzahl der Befragten (82 und 62 Prozent) positiv bewertet. Merklich kritischer als im Vorjahr wird die Bewaffnung und Ausrüstung der Streitkräfte eingeschätzt – nur noch 27 Prozent bewerten diese positiv.

Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit → Abschnitt 7

- Die Bundeswehr wird von den Bürgerinnen und Bürgern vor allem über die Massenmedien (Fernsehen sowie Zeitungen und Zeitschriften) wahrgenommen. 29 Prozent der Befragten haben sich in persönlichen Gesprächen über die Bundeswehr unterhalten. Im Internet, bei Sendungen im Radio, bei öffentlichen Veranstaltungen oder bei Begegnungen im Alltag kommt höchstens etwa ein Fünftel der Bevölkerung mit der Bundeswehr in Kontakt.
- Mit Werten von über 80 Prozent ist der Eindruck von der Bundeswehr bei persönlichen Begegnungen (im Alltag oder bei öffentlichen Veranstaltungen) besonders positiv. Aber auch die Berichterstattung in den Massenmedien wird mit Werten zwischen 47 und 56 Prozent positiv wahrgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich hier eine teils deutliche Zunahme positiver Nennungen um bis zu 12 Prozentpunkte.
- 2018 sind 45 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Bundeswehr genug unternimmt, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben. Dies ist eine Zunahme von 4 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Mit 37 Prozent sind weniger Bürgerinnen und Bürger als 2017 der Auffassung, dass sich die Bundeswehr nicht ausreichend bemüht, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben.
- Hinsichtlich der Integration von Frauen in die Bundeswehr sind bei größeren Gruppen der Bevölkerung Vorbehalte gegenüber Frauen in den Streitkräften zu erkennen. Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen in der Bundeswehr sind aus der

Perspektive der Befragten noch nicht erreicht. Allerdings denken 46 Prozent der Befragten, dass die Öffnung der Bundeswehr für Frauen den Streitkräften mehr Sympathie und Rückhalt in der Gesellschaft eingebracht hat.

Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr → Abschnitt 8

- Die Bundeswehr wird von 69 Prozent der Befragten als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen angesehen. Hier zeigen sich im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderungen.
- 47 bis 57 Prozent der Deutschen würden sich bei Gesprächen über die Berufswahl für die Bundeswehr aussprechen oder diese als Arbeitgeber empfehlen. Lediglich 21 Prozent würden explizit von den Streitkräften als Arbeitgeber abraten.

Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr → Abschnitt 9

- 2018 spricht sich, wie in den Vorjahren, eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (51 Prozent) für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus. 36 Prozent sind dafür, dass diese gleich bleiben sollten, und 8 Prozent befürworten eine Verringerung des Verteidigungsetats.
- Für die Ausgestaltung des zukünftigen Personalumfangs der Bundeswehr zeigt sich ein ähnliches Bild: Für eine Erhöhung sprechen sich 47 Prozent aus, keinen Veränderungsbedarf sehen 42 Prozent und 7 Prozent befürworten eine Verringerung des Personals.
- Die Entwicklung der Vorjahre, dass sich die (relative) Mehrheit der Deutschen für erhöhte Verteidigungsausgaben und die Aufstockung des Personalumfangs der Bundeswehr ausspricht, setzt sich in den aktuellen Daten fort. Auch beim Vergleich mit den Ausgabenpräferenzen für verschiedene Politikbereiche zeigen sich ähnliche Ergebnisse. Allerdings gibt es mehrere Politikfelder, für welche die Bevölkerung eher mehr Geld ausgeben möchte als für Verteidigung (z.B. Bildung, Gesundheit, Renten oder Innere Sicherheit).

Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr → Abschnitt 10

- Die Bundeswehr sollte nach Auffassung der Bevölkerung mit zahlreichen Aufgaben betraut werden. Die größte Zustimmung erhalten die Aufgabenbereiche, die sich

durch einen direkten Bezug zur Sicherheit Deutschlands bzw. deutscher Staatsbürger auszeichnen oder dem Schutz und der Verteidigung von Bündnispartnern sowie der Terrorbekämpfung dienen.

- Die Bevölkerung befürwortet wie im Vorjahr mehrheitlich zahlreiche Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren. Am stärksten unterstützt werden Inlandseinsätze, um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten (89 Prozent) und um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen (83 Prozent).
- Für den Einsatz der Bundeswehr gegen digitale Bedrohungen bzw. Angriffe findet sich ebenso nur eine relative Mehrheit (46 bzw. 43 Prozent Zustimmung) wie für den Einsatz der Streitkräfte zur Flüchtlingshilfe (45 Prozent).

Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

→ Abschnitt 11

- Die Mehrheit der Bevölkerung hat von allen abgefragten Auslandseinsätzen der Bundeswehr zumindest schon einmal etwas gehört oder gelesen. Doch nur wenige kennen wenigstens einige Fakten. Viele wissen nichts Konkretes über die Einsätze.
- Die Frage nach Kenntnis der unterschiedlichen Auslandseinsätze zeigt, dass der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates (IS) (37 Prozent) und der KFOR-Einsatz (32 Prozent) die bekanntesten Einsätze der Bundeswehr sind.
- Die Missionen, die im Jahr 2018 am stärksten befürwortet werden, sind die Operation Sophia zur Aufklärung von Schleusernetzwerken (51 Prozent), der EUTM-Einsatz in Mali zur medizinischen Versorgung und zur Ausbildung malischer Sicherheitskräfte und Sanitäter (50 Prozent) und der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des IS (46 Prozent).
- Insgesamt wird deutlich, dass die Deutschen sich am ehesten für ein Bundeswehreneingagement bei den Einsätzen aussprechen, die als Hilfseinsätze wahrgenommen werden oder die der Terrorismusbekämpfung dienen. Die Zustimmung für Maßnahmen im Rahmen der Bündnisverteidigung ist am geringsten.
- Im Jahr 2018 geben nur 17 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an, dass sie sich gut über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen, 38 Prozent sagen teils/teils und 43 Prozent bezeichnen den eigenen Wissensstand als schlecht. Im Vergleich zum Vorjahr ist der wahrgenommene Informationsstand der Bundesbürger leicht rückläufig.

3 Methodisches Design der Studie

In der durch das ZMSBw (bis 2012 durch das SOWI, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr) jährlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung werden seit 1996 ausgewählte Variablen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in gleicher oder ähnlicher Form erhoben. Dies ermöglicht es, Aussagen über Stabilität und Veränderung der gemessenen Einstellungen zu treffen.¹ In Tabelle 3.1 sind die Themenbereiche bzw. Items der Befragung 2018 aufgelistet. Um die Befragung nicht unangemessen in die Länge zu ziehen, wurden bestimmte Fragen bzw. Fragebatterien jeweils nur einer Hälfte der Befragten gestellt (sogenanntes Split-Half-Verfahren). Dazu gehören die Fragen zur Bündnisverteidigung und Russland bzw. den USA, dem Institutionenvertrauen, den Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr und den Ausgabenpräferenzen für verschiedene Politikbereiche. Durch diese Maßnahme konnte die Sollvorgabe für die mittlere Interviewdauer von 50 Minuten mit 52 Minuten fast eingehalten werden.

Auswahlverfahren

Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit, d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen gemacht werden sollen, definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig, sodass jedes Element der Grundgesamtheit eine Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Dieses Verfahren ermöglicht es, inferenzstatistische Berechnungen durchzuführen, d.h. die Messzahlen der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu beziehen und den dabei gemachten Fehler bestimmen zu können.² Je größer dieser Fehler ist, desto breiter ist das Vertrauensintervall, welches den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit abdeckt (vgl. Tabelle 3.2).

¹ Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine Querschnittsuntersuchung, d.h. die für die Studie relevanten Merkmale der interessierenden Grundgesamtheit wurden einmalig und zeitgleich gemessen. Aussagen über Einstellungsänderungen beziehen sich daher auf die Aggregatebene der Gesamtheit aller Befragten (ähnlich eines Trenddesigns).

² Gemeint ist hier der Stichprobenfehler, also die Streuung der Stichprobenkennwerte um den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter). Der Fehler ist abhängig vom Stichprobenumfang und der Streuung der Werte in der Grundgesamtheit.

Tabelle 3.1: Themen der Studie

Subjektive Sicherheit
<ul style="list-style-type: none"> • Subjektives Sicherheitsgefühl (3 Items) • Sozioökonomische, ökologische und sicherheitspolitische/militärische Bedrohungen (18 Items)
Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands
<ul style="list-style-type: none"> • Internationale Verantwortung Deutschlands (2 Items) • Außen- und sicherheitspolitische Mittel (10 Items) • Außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen (16 Items) • Einstellungen zu NATO, Bündnisverteidigung und USA (10 Items) • Einstellungen zu NATO, Bündnisverteidigung und Russland (8 Items)
Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Persönliche Einstellung und Wichtigkeit (3 Items, davon 1 offen) • Ansehen der Bundeswehr und Anerkennung des Dienstes der Soldatinnen und Soldaten (4 Items) • Leistungen, Ausrüstung, Einbindung in die Gesellschaft, öffentliches Auftreten und Ausbildung der Bundeswehr (6 Items) • Institutionenvertrauen (18 Items, davon 1 offen) • Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft (6 Items) • Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr (8 Items)
Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit
<ul style="list-style-type: none"> • Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr (14 Items) • Kontakt der Bundeswehr zur Gesellschaft (2 Items, davon 1 offen) • Einstellungen zu Frauen in der Bundeswehr (7 Items)
Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Attraktivität Arbeitgeber Bundeswehr (6 Items)
Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Höhe der Verteidigungsausgaben (1 Item) • Personalumfang der Bundeswehr (1 Item) • Einstellungen zu Ausgaben für verschiedene Politikbereiche (11 Items)
Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Aufgabenbereiche der Bundeswehr (12 Items) • Aufgabenbereiche der Bundeswehr in Deutschland (8 Items)
Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntheit Auslandseinsätze (11 Items) • Unterstützung Auslandseinsätze (11 Items) • Persönliches Informationsniveau Auslandseinsätze (1 Item)
Eigenschaften der Befragten
<ul style="list-style-type: none"> • Soziodemografische Merkmale (12–17 Items) • Parteipolitische Orientierung (2 Items) • Militärische Sozialisation bzw. Bindung (5–6 Items) • Politisches und verteidigungspolitisches Interesse (2 Items) • Individuelle politische Kompetenzüberzeugung (4 Items) • Demokratiezufriedenheit, Lebenszufriedenheit, Gerechtigkeitsempfinden (3 Items) • Bewertung wirtschaftliche Lage (2 Items) • Mediennutzung (4 Items) • Verbundenheit (5 Items)

Da es in Deutschland kein öffentliches Verzeichnis von Privathaushalten (Auswahlrahmen) gibt, wurde die Auswahl der Elemente der Stichprobe in einem mehrstufig geschichteten Verfahren getroffen. Dabei wurden im ersten Schritt Sample-Points (Gebiet Deutschlands in etwa 53.000 Flächen unterteilt) abgegrenzt, daraus anschließend Haushalte nach dem Random-Route-Prinzip³ sowie im letzten Schritt die Zielperson im Haushalt nach dem Geburtstagsschlüssel⁴ ausgewählt.

Tabelle 3.2: Vertrauensintervall für Stichproben

Anteilswert des Merk- mals (p)	Stichprobenumfang (n)									
	100	250	500	750	1.000	1.250	1.500	1.750	2.000	2.500
5	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0
10	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
15	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
20	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
25	10,0	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
30	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
35	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
40	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
45	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
50	11,6	7,3	5,2	4,2	3,7	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
55	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
60	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
65	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
70	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
75	10	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
80	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
85	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
90	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
95	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0

Anmerkungen: Lesebeispiel: Bei einem Stichprobenumfang von 2.500 Fällen und einem Merkmalsanteil von 25 Prozent liegt der wahre Wert in der Grundgesamtheit (mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent) im Bereich von 23 (25 - 2) bis 27 Prozent (25 + 2). Weitere Werte lassen sich mit folgender Formel berechnen:

$$P_i = 1,64 * \sqrt{2} * \sqrt{\frac{p * (1 - p)}{n}}$$

³ Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt innerhalb des Sample-Points wurde jeder dritte Haushalt ausgewählt (Begehungsregel).

⁴ Hierbei wurde diejenige im Haushalt lebende und zur Grundgesamtheit gehörende Person befragt, die zuletzt Geburtstag hatte (Verfahren zur Zufallsauswahl).

Datenerhebungstechnik und Feldphase

Ein erster Entwurf des standardisierten Fragebogens wurde am ZMSBw entwickelt. Die Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und die Datenerhebung wurden durch das externe Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH durchgeführt.⁵ Im Rahmen computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) wurden in einem Zeitraum von etwa fünf Wochen (1. Juni bis 5. Juli 2018) 2.464 Nettointerviews durch erfahrene und geschulte Interviewer durchgeführt. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet⁶ (vgl. Tabelle 3.3), um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen.

Tabelle 3.3: Grundgesamtheit und Stichprobe

(Angaben in Prozent)			
	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		Gewichtet	Ungewichtet
Geschlecht			
Männer	49	49	48
Frauen	51	51	52
Alter			
16 bis 19 Jahre	5	5	5
20 bis 29 Jahre	14	14	14
30 bis 39 Jahre	14	14	14
40 bis 49 Jahre	17	16	16
50 bis 59 Jahre	18	19	18
60 bis 69 Jahre	13	14	14
70 Jahre und älter	18	18	18
Bildungsabschluss			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	30	31	26
Realschulabschluss	32	33	42
Hauptschulabschluss oder niedriger	38	35	32
Region			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	16	16	16
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN,TH)	20	20	21
Süddeutschland (BW, BY)	29	29	29
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	35	35	35

Anmerkung: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.

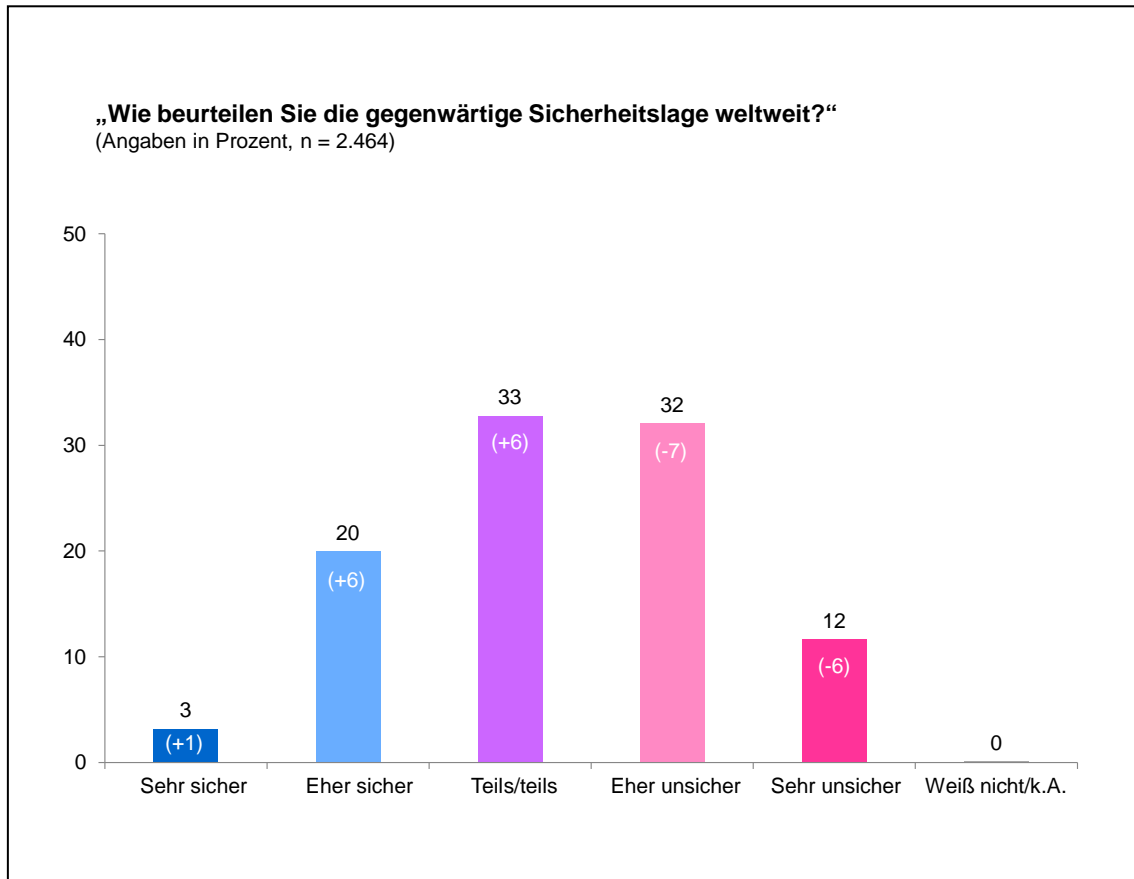
Datenbasis: Grundgesamtheit: Sollvorgaben aus dem Tageszeitungsdatensatz der Mediaanalyse (ma) aus dem Jahr 2017; Stichprobe: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2018.

⁵ Die Autoren des Forschungsberichts standen vor und während der gesamten Feldphase in engem Kontakt zu Ipsos.

⁶ Die Gewichtungsfaktoren der Befragten reichen dabei von 0,18 bis 3,18 ($\bar{x}=1,00$; $sd=0,45$).

4 Subjektive Sicherheit

Abbildung 4.1: Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage

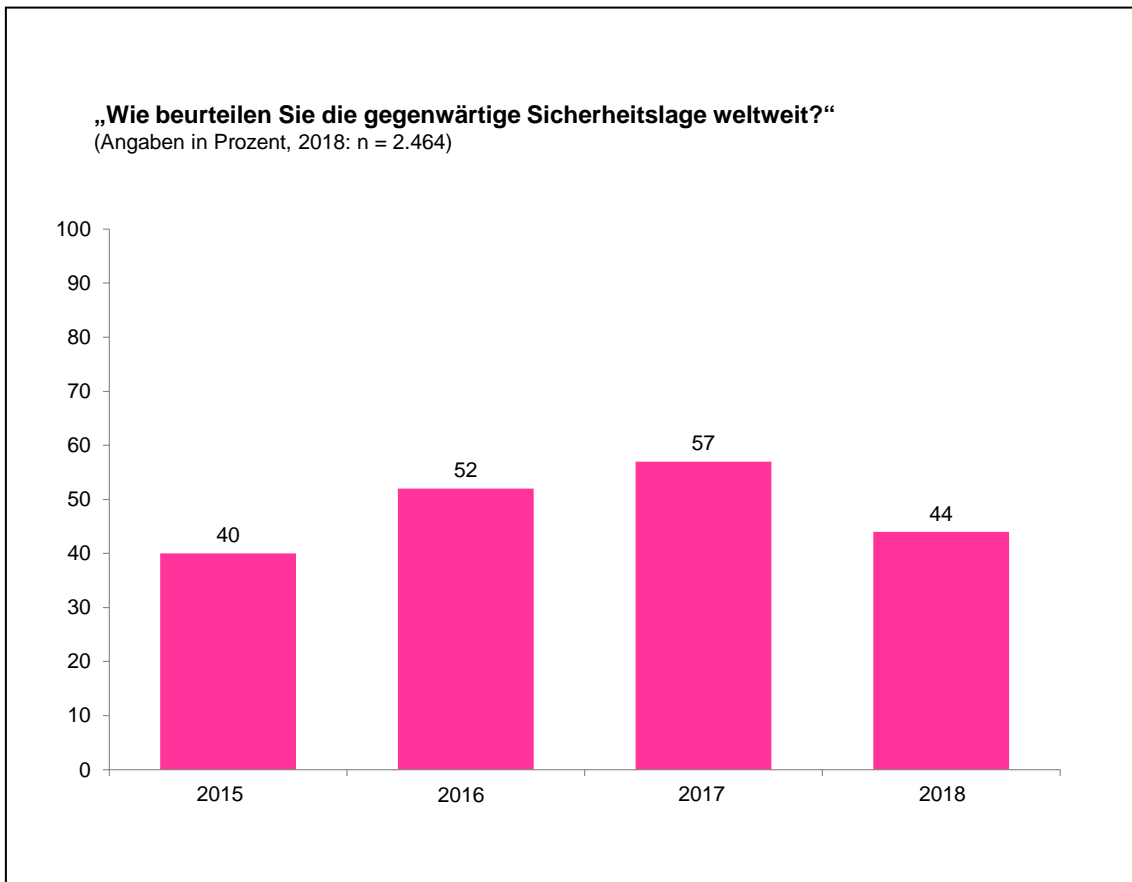


Anmerkung: Veränderungen gegenüber 2017 in Klammern.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Die weltweite Sicherheitslage wird durch die Bürgerinnen und Bürger differenziert wahrgenommen (vgl. Abbildung 4.1). Nur wenige der Befragten bewerten die globale Lage als sehr sicher (3 Prozent) oder eher sicher (20 Prozent). Im Gegensatz dazu meint etwa die Hälfte der Befragten, die Lage sei eher unsicher (32 Prozent) oder sehr unsicher (12 Prozent). Ein Drittel der Befragten ist geteilter Meinung (33 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil an Befragten, die die weltweite Lage als sehr unsicher (-6 Prozentpunkte) oder eher unsicher (-7 Prozentpunkte) empfinden, gesunken. Parallel dazu ist der Anteil der Befragten, die sich eher sicher fühlen (+6 Prozentpunkte) oder sich teils sicher/teils unsicher fühlen (+6 Prozentpunkte), gestiegen.

Abbildung 4.2: Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage im Zeitvergleich – Unsicherheitsgefühl

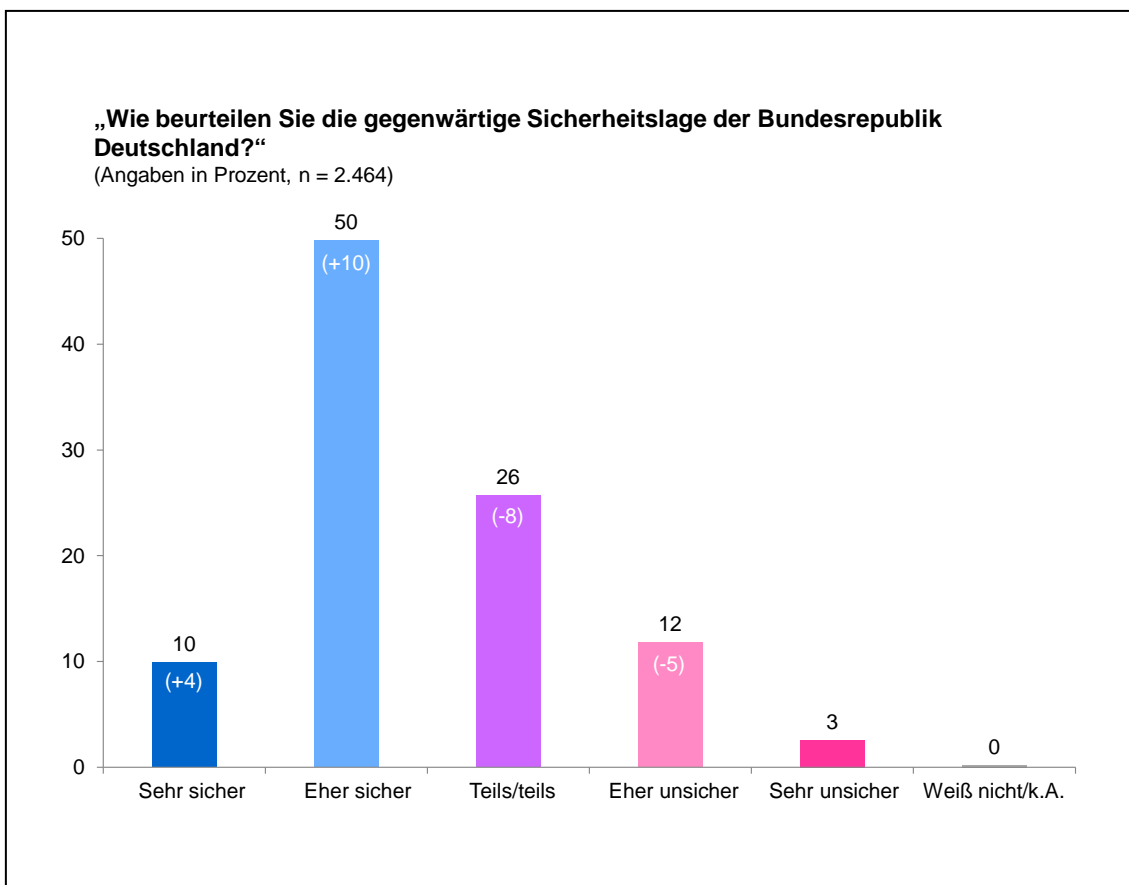


Anmerkung: Die Anteile „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2018.

Die Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage wird seit 2015 erfasst. 2015 empfanden 40 Prozent der Befragten die weltweite Lage als unsicher (vgl. Abbildung 4.2). Das Unsicherheitsgefühl stieg im Jahr 2016 auf 52 Prozent und erreichte seinen Höchststand im Jahr 2017 mit 57 Prozent. Im Jahr 2018 ist zum ersten Mal ein Rückgang zu verzeichnen, der zudem recht deutlich ausfällt (-13 Prozentpunkte). Dennoch bleibt das Unsicherheitsgefühl in Bezug auf die weltweite Lage vergleichsweise hoch, insbesondere im Vergleich zur nationalen Sicherheitslage (vgl. Abbildung 4.3).

Abbildung 4.3: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage

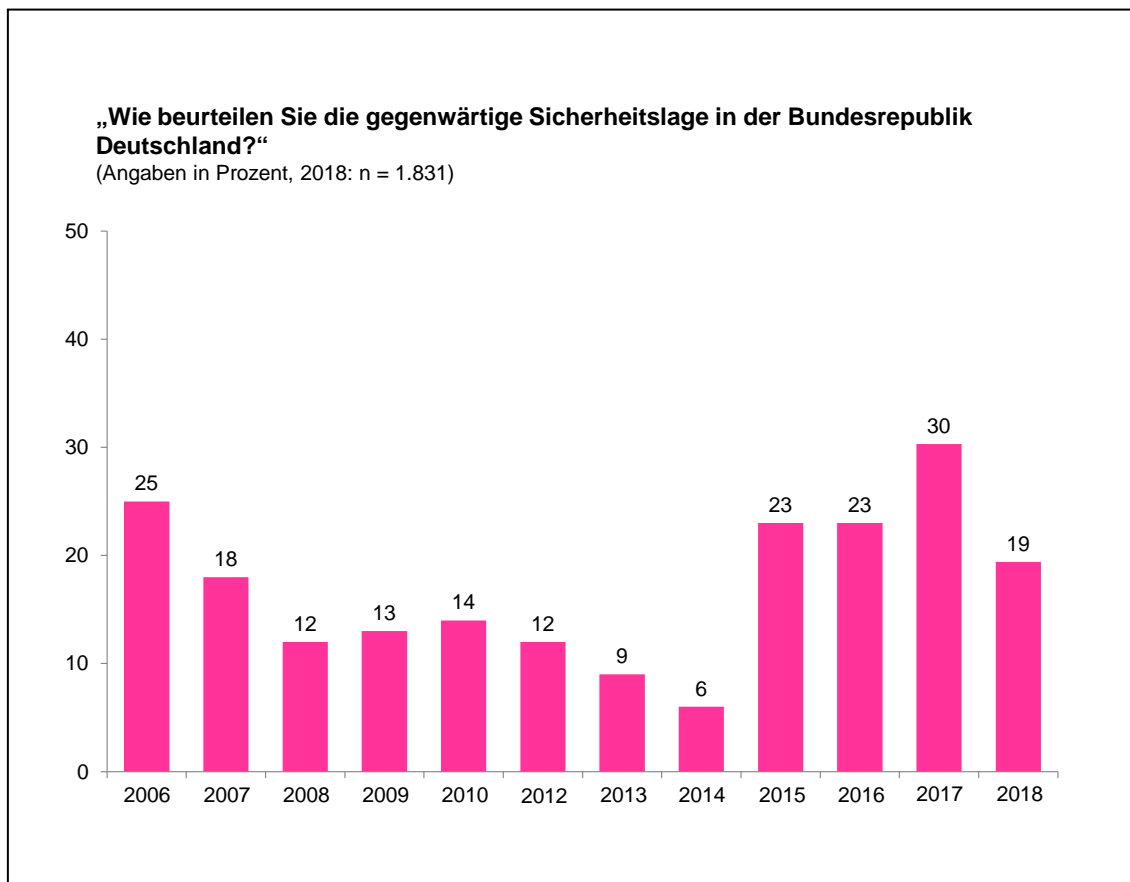


Anmerkung: Veränderungen gegenüber 2017 in Klammern.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Im Vergleich zur weltweiten Lage wird die Lage in der Bundesrepublik Deutschland durch die Bürgerinnen und Bürger deutlich sicherer eingeschätzt (vgl. Abbildung 4.3). Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt die Lage als eher sicher (50 Prozent; +10 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017) oder sehr sicher (10 Prozent; +4 Prozentpunkte). Ein Viertel der Befragten schätzt die Lage im eigenen Land als teils sicher/teils unsicher ein (26 Prozent; -8 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr). Nur 15 Prozent sind der Auffassung, dass die Lage in Deutschland eher unsicher (12 Prozent; -5 Prozentpunkte) bzw. sehr unsicher (3 Prozent; keine Veränderung) sei. Im Vergleich zum Vorjahr bewerten die Bürgerinnen und Bürger die Sicherheitslage in Deutschland somit deutlich positiver.

Abbildung 4.4: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage im Zeitvergleich – Unsicherheitsgefühl



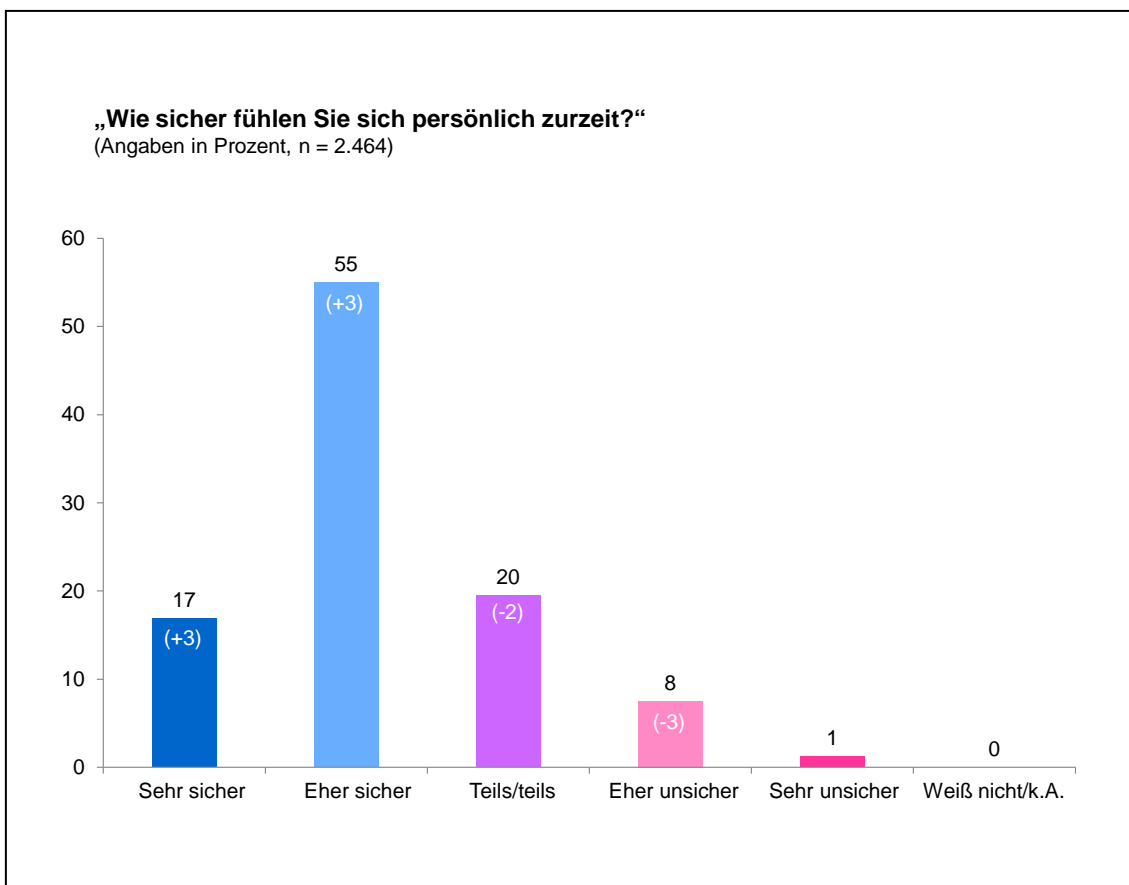
Anmerkungen: Anteile „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst (2006–2013); ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet. 2011 wurde die Frage nicht erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2006–2018.

Die Betrachtung der Beurteilung der nationalen Sicherheitslage im Zeitverlauf zeigt, dass das Unsicherheitsgefühl der deutschen Bevölkerung im Jahr 2018 annähernd auf dem Niveau der Jahre 2015 und 2016 liegt. Das stellt einen Rückgang um 11 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr dar (vgl. Abbildung 4.4).⁷ Wie in den Jahren 2015 und 2016 bewerten auch im Jahr 2018 etwa ein Fünftel der Bürgerinnen und Bürger die Lage in Deutschland als unsicher (d.h., wenn der Anteil „teils/teils“ herausgerechnet wird).

⁷ Aufgrund der unterschiedlichen Antwortskala (ab 2014: 5-stufig; zuvor 6-stufig) zu den Vorjahren wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie (d.h. der Anteil „teils/teils“) für die Jahre 2014 bis 2018 herausgerechnet. Damit gehen noch 2.080 (2014), 1.924 (2015), 1.661 (2016), 1.662 (2017), bzw. 1.831 Befragte (2018) in die Analysen ein. So erklären sich auch die Abweichungen in den relativen Häufigkeiten zwischen den Abbildungen 4.3 und 4.4.

Abbildung 4.5: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage

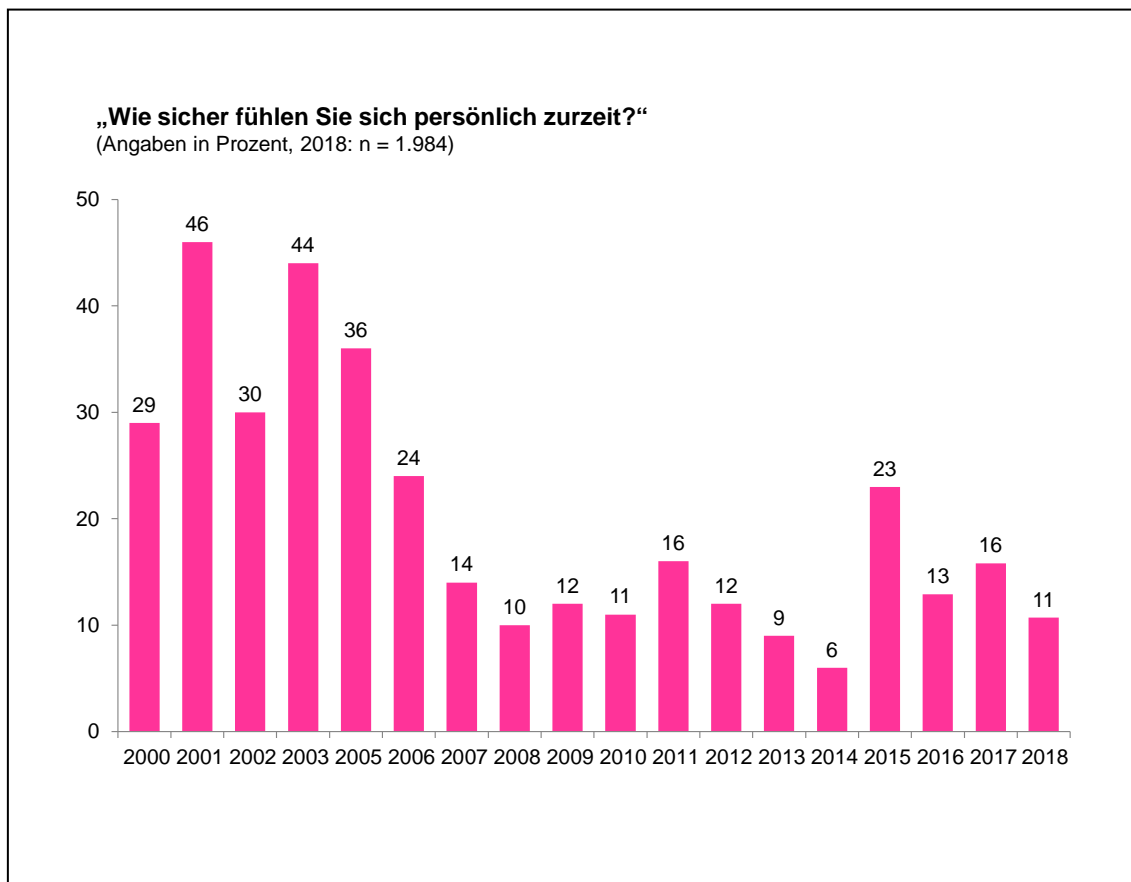


Anmerkungen: Die Prozentangaben ergeben in der Summe nicht 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Veränderungen gegenüber 2017 in Klammern.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Insgesamt überwiegt bei den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl von persönlicher Sicherheit (vgl. Abbildung 4.5). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das persönliche Sicherheitsgefühl insgesamt etwas verbessert. Die Mehrheit der Befragten fühlt sich persönlich sehr sicher (17 Prozent; +3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017) oder eher sicher (55 Prozent; +3 Prozentpunkte). Einer von fünf Befragten hat hingegen ein ambivalentes Sicherheitsgefühl (20 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr) und nur wenige fühlen sich persönlich eher unsicher (8 Prozent; -3 Prozentpunkte) oder sehr unsicher (1 Prozent; keine Veränderung).

Abbildung 4.6: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage im Zeitvergleich – Unsicherheitsgefühl



Anmerkungen: Anteile 2000–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2018.

Ähnlich wie bei der Wahrnehmung der nationalen Sicherheitslage ist der Anteil der Befragten, die sich persönlich unsicher fühlen, im Vergleich zum Vorjahr gesunken (-5 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 4.6). Das persönliche Unsicherheitsgefühl erreicht 2018 somit ungefähr das durchschnittliche Niveau der Jahre 2008 bis 2014.⁸

⁸ Aufgrund unterschiedlicher Antwortskalen (ab 2014: 5-stufig; zuvor 6-stufig) wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie (d.h. der Anteil „teils/teils“) für die Jahre 2014–2018 herausgerechnet. Damit gehen in die Analysen noch 2.160 (2014), 1.982 (2015), 1.831 (2016), 1.962 (2017) bzw. 1.984 Befragte (2018) ein. So erklären sich auch die Abweichungen in den relativen Häufigkeiten zwischen den Abbildungen 4.5 und 4.6.

Tabelle 4.1: Wahrgenommene Bedrohungen der persönlichen Sicherheitslage

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?“ (Angaben in Prozent, n = 2.464)				
	Bedroht ¹	Teils/teils	Nicht bedroht ²	Trifft nicht zu/ W.n./k.A.
Zuwanderung nach Deutschland	55	25	20	0
Steigende Preise	51	28	21	0
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	48	31	21	0
Terroranschläge in Deutschland	41	34	25	0
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	41	28	30	1
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	38	22	35	5
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	34	28	38	0
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	30	28	42	0
Kriminalität in meinem Umfeld	28	31	40	0
Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet (Fake News)	25	30	44	1
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	24	34	41	1
Konflikt im Irak und Syrien	23	31	45	1
Internetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland	23	30	44	3
Störfall in einem Atomkraftwerk	21	26	52	1
Zerfall der EU	18	29	52	2
Krieg in Europa	16	27	57	1
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	16	18	46	20
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	14	25	60	1

Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.
1) Anteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht bedroht“ und „Eher nicht bedroht“ wurden zusammengefasst. W.n./k.A.: Weiß nicht/keine Angabe.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2018.

In der Bevölkerung herrscht ein differenziertes Bewusstsein über die verschiedenen Gefahren, die die eigene Sicherheit bedrohen können (vgl. Tabelle 4.1). Das Flüchtlingsthema schlägt sich, wie im Vorjahr, deutlich in den berichteten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nieder. Mehr als die Hälfte der Befragten fühlt sich persönlich durch die Zuwanderung nach Deutschland bedroht (55 Prozent; +1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2017). Steigende Preise haben sich zur zweitgrößten Sorge der Bevölkerung entwickelt (51 Prozent; +4 Prozentpunkte). Auch eine unzureichende finanzielle Absicherung im Alter empfinden 38 Prozent (+1 Prozentpunkt) als Bedrohung der persönlichen Sicherheit. Größere Sorgen bereitet den Bürgerinnen und Bürgern auch der weltweite Klimawandel (48 Prozent; +5 Prozentpunkte). Das subjektive Bedrohungsgefühl durch Naturkatastrophen hat stark zugenommen (30 Prozent; +8 Prozentpunkte), was die extremen klimatischen Bedingungen im Jahr 2018 reflektiert.

Die Angst vor politisch motivierter Gewalt im Inland hat im Vergleich zum Vorjahr stark abgenommen. Religiöser Fundamentalismus (41 Prozent; -7 Prozentpunkte) und die Angst vor Terroranschlägen (41 Prozent; -12 Prozentpunkte) bleiben aber auch weiterhin

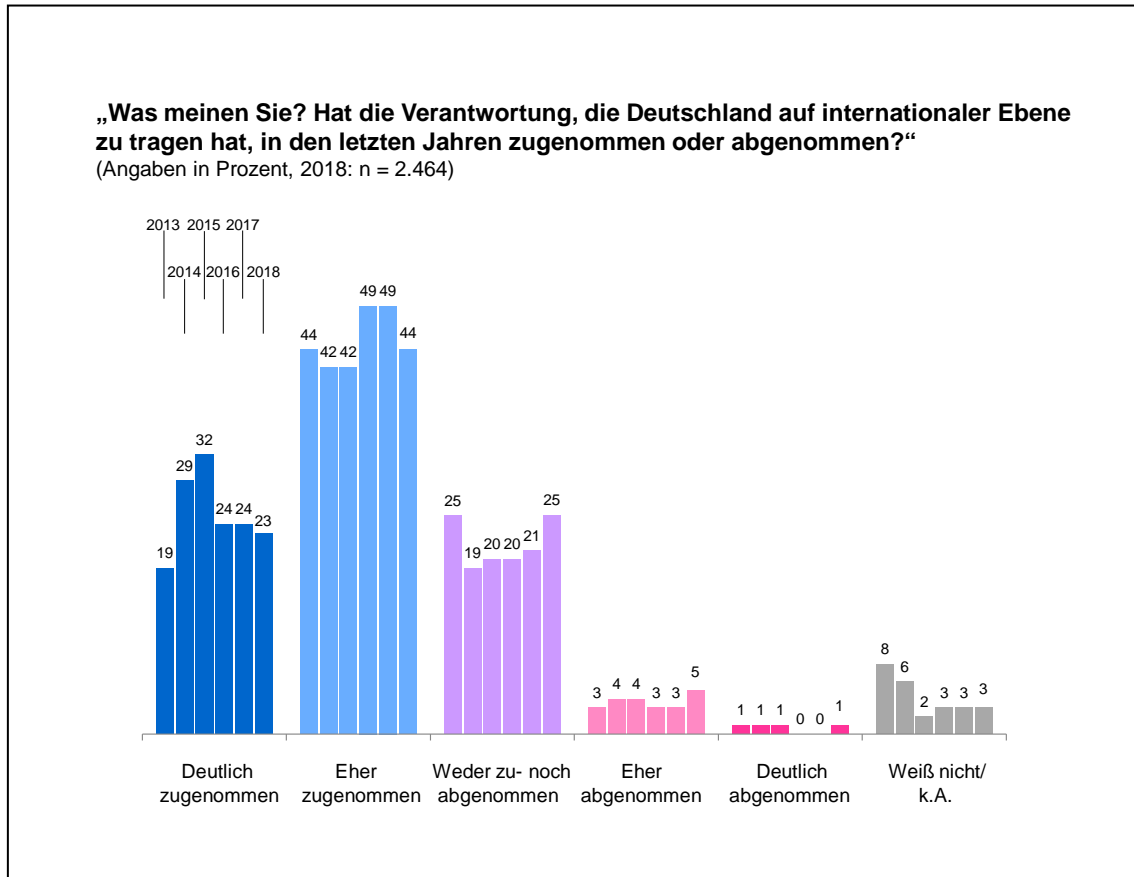
prominente Bedrohungen aus Sicht der Bevölkerung. Ängste vor externen politischen bzw. militärischen Bedrohungen sind ebenfalls weniger stark ausgeprägt als noch 2017: Spannungen zwischen Russland und dem Westen (24 Prozent; -2 Prozentpunkte); der Konflikt in Syrien und im Irak (23 Prozent; -4 Prozentpunkte); Zerfall der EU (18 Prozent; -2 Prozentpunkte); Krieg in Europa (16 Prozent; -5 Prozentpunkte).

Die Sorge vor Kriminalität im persönlichen Umfeld (28 Prozent; keine Veränderung gegenüber 2017) und vor Fremdenfeindlichkeit (34 Prozent; +2 Prozentpunkte) bleiben ebenfalls nahezu unverändert, aber doch noch relativ prominent. Die Verbreitung von Fake News bzw. Falschinformationen (25 Prozent; -1 Prozentpunkt) und ein möglicher Internetangriff auf die deutsche Infrastruktur (23 Prozent; -2 Prozentpunkte) bereiten fast unverändert einem Viertel der Bevölkerung Sorgen. Unverändert bleibt die Angst vor einem Störfall in einem Atomkraftwerk (21 Prozent).

Wie schon im Vorjahr sehen die Bürgerinnen und Bürger die geringste Bedrohung der persönlichen Sicherheitslage im Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. der Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden (16 Prozent; -5 Prozentpunkte) und in der weltweiten Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche (14 Prozent; -5 Prozentpunkte).

5 Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands

Abbildung 5.1: Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene im Zeitvergleich



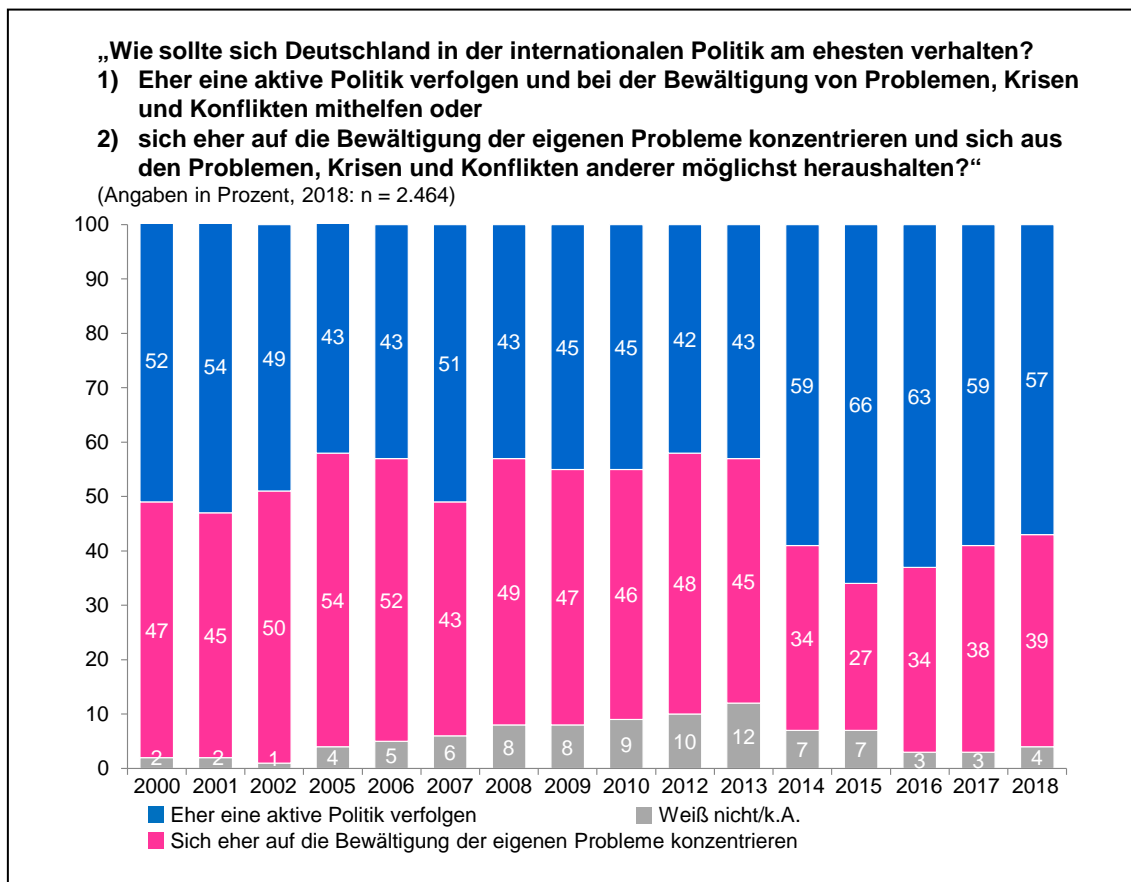
Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2018.

Eine klare Mehrheit der Bevölkerung ist auch weiterhin der Überzeugung, dass die Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene zugenommen hat (vgl. Abbildung 5.1): 23 Prozent denken, dass die Verantwortung des Landes deutlich zugenommen hat und 44 Prozent sind der Auffassung, dass sie eher zugenommen hat. Zusammengefasst sind das 67 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Rückgang um 6 Prozentpunkte. Ein Viertel der Befragten sieht keine Veränderung hinsichtlich Deutschlands Verantwortung in der Welt (+4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017). Nur sehr wenige

sind der Überzeugung, dass Deutschlands internationale Verantwortung eher abgenommen oder deutlich abgenommen hat (zusammengefasst 6 Prozent), ihr Anteil hat sich aber im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.

Abbildung 5.2: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands im Zeitvergleich

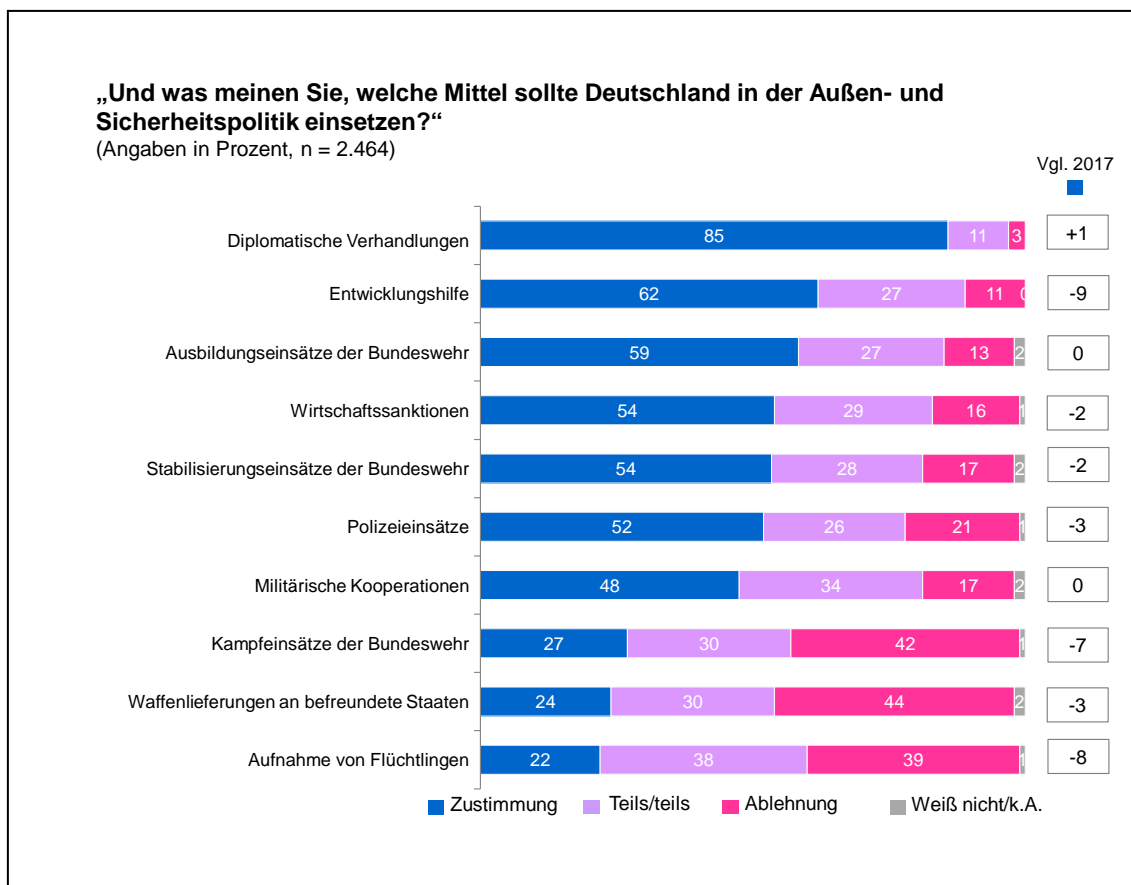


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frageformulierung wurde ab 2013 geändert. 2015 wurden beide Frageformulierungen abgefragt. Ein Vergleich der alten und der neuen Frageformulierung mit diesen Daten zeigt aber, dass die Antwortverteilung sich zwischen alter und neuer Formulierung nicht unterscheidet. Alte Formulierung: „Was meinen Sie? Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland... 1) eher bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer heraushalten?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2018.

57 Prozent der Befragten plädieren dafür, dass Deutschland eine aktive Außenpolitik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen sollte (vgl. Abbildung 5.2). Dennoch ist festzustellen, dass die Zustimmung zu einer solchen Politik bereits das dritte Jahr in Folge sinkt (-9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2015). Betrachtet man den gesamten Zeitraum seit 2000, ergibt sich 2018 aber immer noch ein relativ hoher Zustimmungswert für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik. 39 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Deutschland sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus den Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten sollte. Im Vergleich zum Jahr 2015 hat die Unterstützung dieser Position um 12 Prozentpunkte zugenommen. 4 Prozent der Befragten haben keine Meinung.

Abbildung 5.3: Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

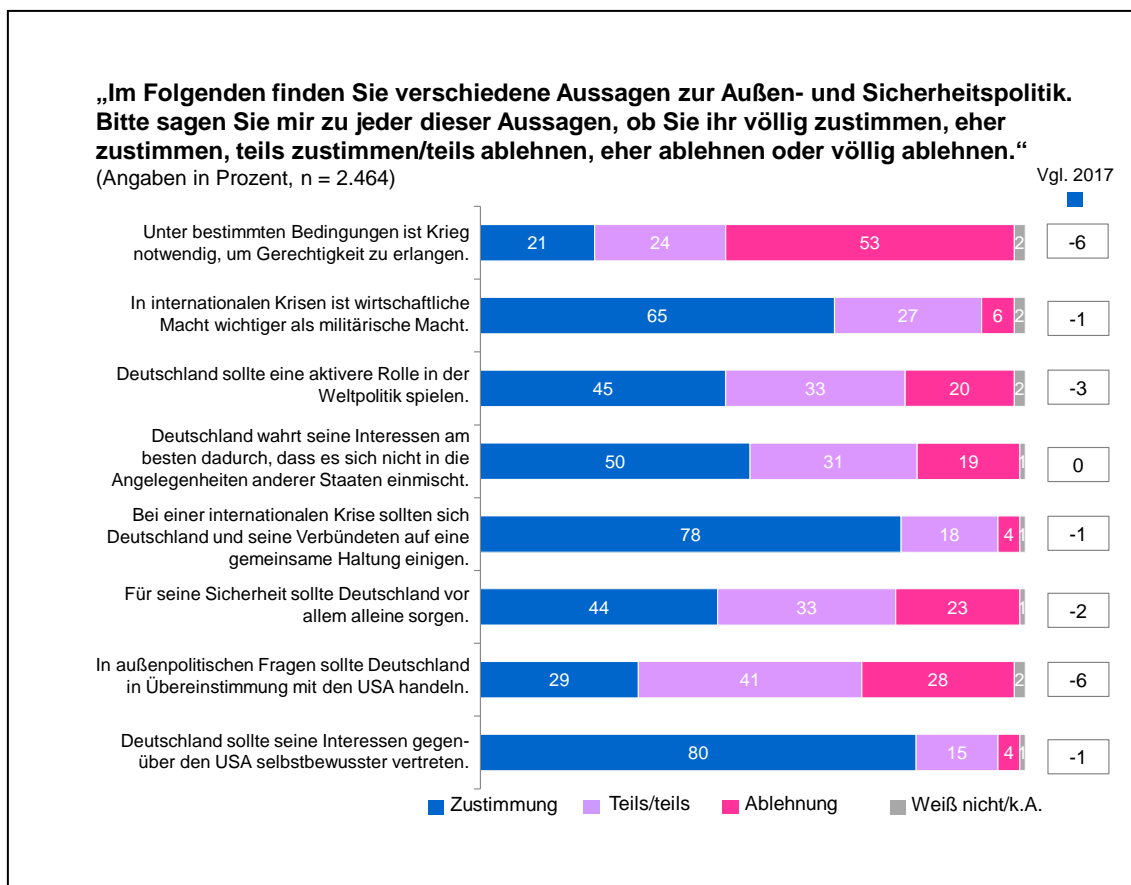
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Gefragt nach den Mitteln, die Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen sollte, erhalten diplomatische Verhandlungen (85 Prozent) die mit Abstand höchste Zustimmung und sind zudem das einzige Mittel, dessen Zustimmungswert einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr aufweist (vgl. Abbildung 5.3). Fast alle anderen Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik haben in unterschiedlichem Maße an Zustimmung verloren: am meisten die Entwicklungshilfe (-9 Prozentpunkte), gefolgt von der Aufnahme von Flüchtlingen (-8 Prozentpunkte) und Kampfeinsätzen der Bundeswehr (-7 Prozentpunkte).

Eine Mehrheit der Bevölkerung befürwortet Entwicklungshilfe (62 Prozent), Ausbildungseinsätze der Bundeswehr (59 Prozent), Wirtschaftssanktionen (54 Prozent), Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (54 Prozent) und Polizeieinsätze (52 Prozent).

Explizit militärische Mittel erfahren (viel) geringere Zustimmungswerte: Militärische Kooperationen (48 Prozent), Kampfeinsätze der Bundeswehr (27 Prozent) und Waffenlieferungen an befreundete Staaten (24 Prozent). Die Aufnahme von Flüchtlingen erhält als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik die geringste Zustimmung (22 Prozent). Die Rangfolge der Mittel hat sich – mit Ausnahme der Aufnahme von Flüchtlingen – gegenüber 2017 nicht verändert.

Abbildung 5.4: Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Teil 1



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Zum dritten Mal nach 2016 enthielt die Bevölkerungsbefragung 2018 einige Instrumente, die die Meinung der Bevölkerung zu grundsätzlichen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands erfassen. Dabei handelt es sich um wichtige Konzepte der wissenschaftlichen Forschung zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen. Folgende in der Literatur etablierte Themenbereiche wurden abgedeckt: die Haltung zu Krieg und militärischer Gewalt, der Grad des gewünschten internationalen Engagements, das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament bei Entscheidungen über Einsätze der Bundeswehr, die Rolle und Bedeutung von Bündnissen wie NATO und EU sowie die Beziehungen zu wichtigen Staaten wie den USA und Russland.

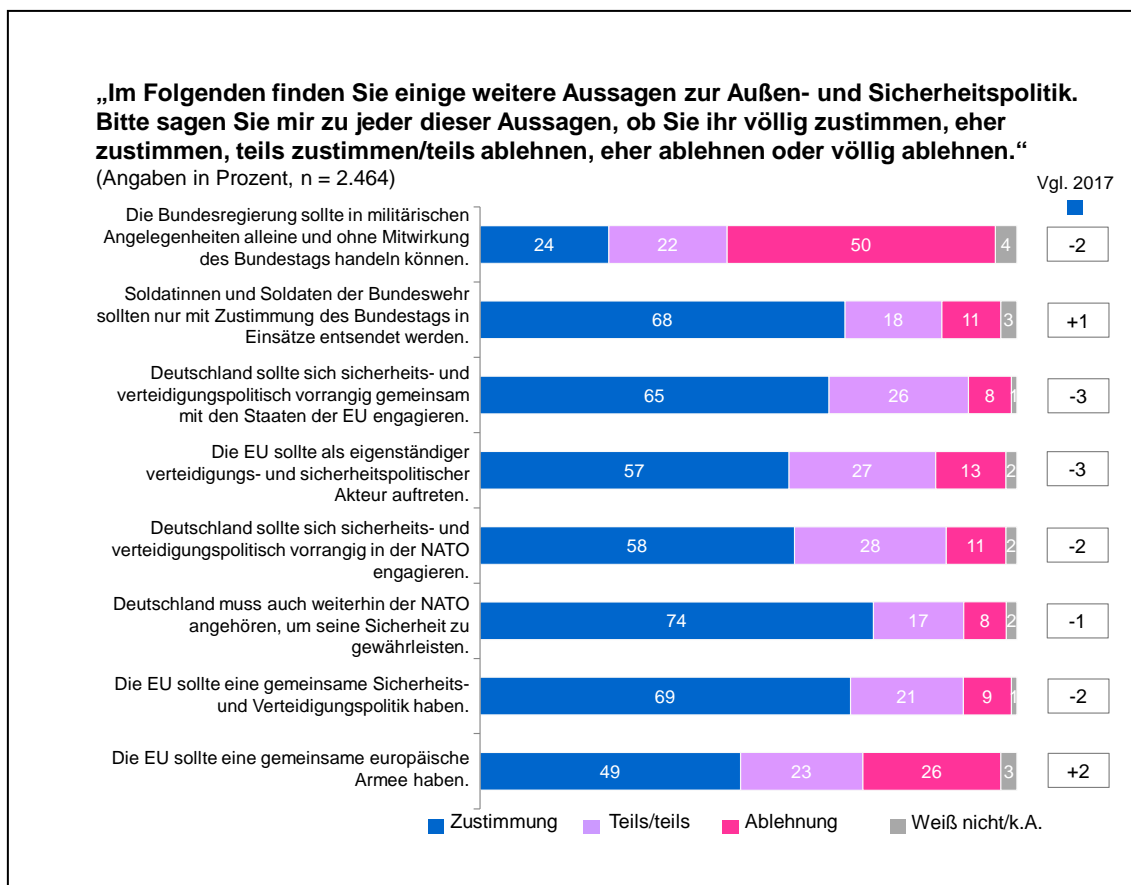
Hinsichtlich der Rolle von Krieg und militärischer Gewalt zeigen sich mehrheitlich Ablehnung und Skepsis. So ist nur ein Fünftel der Befragten (21 Prozent) der Meinung, dass Krieg unter bestimmten Bedingungen notwendig sei, um Gerechtigkeit zu erlangen, was einen Rückgang um 6 Prozentpunkte gegenüber 2017 darstellt (vgl. Abbildung 5.4). 53

Prozent lehnen diese Aussage ab und ein Viertel ist unentschieden. Fast zwei Drittel der Befragten (65 Prozent) sind der Auffassung, dass in internationalen Krisen wirtschaftliche Macht wichtiger sei als militärische Macht. Nur 6 Prozent vertreten hier die gegenteilige Ansicht.

Gefragt nach dem internationalen Engagement Deutschlands, ergeben sich wie schon im Vorjahr widersprüchliche Ergebnisse: Während eine relative Mehrheit dafür ist (45 Prozent), dass Deutschland eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen sollte, sind 50 Prozent der Auffassung, dass Deutschland seine Interessen am besten durch die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten wahrt. Die Deutschen haben eine unverändert klare Präferenz für ein gemeinsames Vorgehen mit den Verbündeten im Falle einer internationalen Krise. Dies wird von fast vier Fünfteln der Bürgerinnen und Bürger unterstützt (78 Prozent). Wenn es darum geht, für die Sicherheit des Landes zu sorgen, sagen jedoch 44 Prozent, dass Deutschland dies vor allem alleine tun sollte. 23 Prozent der Befragten äußern eine ablehnende Position zu dieser Frage.

Im Verhältnis zu den USA sind 80 Prozent der Befragten der Meinung, dass Deutschland seine Interessen selbstbewusster vertreten sollte. Die Zustimmung hat sich gegenüber 2017 kaum verändert (-1 Prozentpunkt). Hinsichtlich der Zusammenarbeit und Übereinstimmung mit den USA in außenpolitischen Fragen zeigt sich ein gespaltenes Meinungsbild: Während 29 Prozent der Befragten der Auffassung sind, dass beide Länder in Übereinstimmung handeln sollten, sind 41 Prozent bei dieser Frage geteilter Meinung und 28 Prozent haben eine ablehnende Haltung. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Befürwortung einer transatlantischen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik somit um 6 Prozentpunkte gesunken.

Abbildung 5.5: Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Teil 2



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

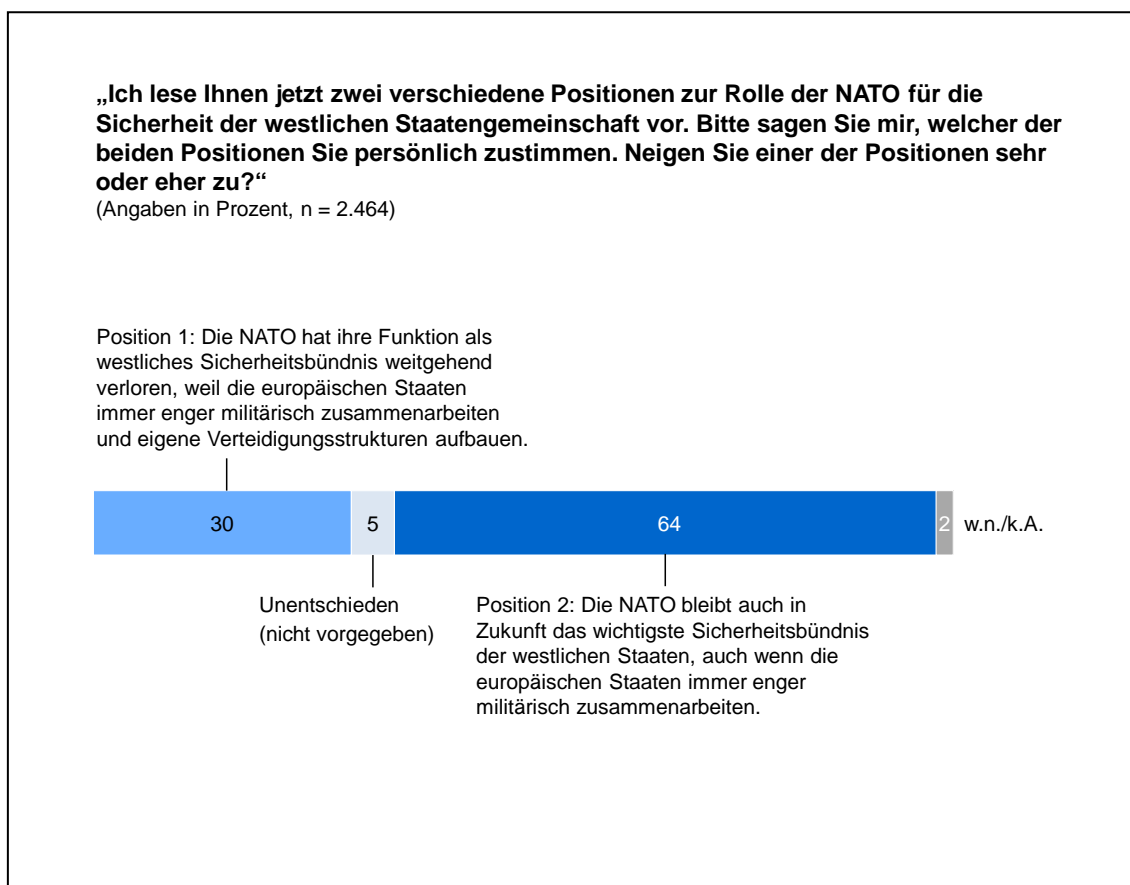
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Gefragt nach dem Verhältnis zwischen Bundesregierung und Bundestag bei Entscheidungen über militärische Einsätze und Angelegenheiten, zeigt sich ein eindeutiges Muster (vgl. Abbildung 5.5): Während 24 Prozent befürworteten, dass die Bundesregierung in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können sollte, wird dies von einer absoluten Mehrheit (50 Prozent) abgelehnt. Noch eindeutiger ist die Zustimmung bei der zweiten Frage zu diesem Thema: 68 Prozent der Befragten sind dafür, dass die Bundeswehr nur mit Zustimmung des Bundestags in Einsätze entsendet werden soll (+1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2017). Lediglich 11 Prozent lehnen dies ab.

Eine vorrangige sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EU befürworteten 65 Prozent der Befragten (-3 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr). Eine Mehrheit (57 Prozent; -3 Prozentpunkte) würde es begrüßen, wenn die EU als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur aufträte. Ähnlich äußern

sich die Bürgerinnen und Bürger zur NATO: Fast drei Viertel (74 Prozent; -1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2017) stehen hinter Deutschlands Mitgliedschaft im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis und 58 Prozent (-2 Prozentpunkte) sind der Auffassung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig im Rahmen der NATO engagieren sollte. 69 Prozent der Befragten unterstützen zudem die Forderung nach einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (-2 Prozentpunkte), nur 9 Prozent lehnen diese ab. Wesentlich skeptischer sind die Deutschen, wenn es um die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee geht. Dieses Vorhaben wird von einer relativen Mehrheit unterstützt (49 Prozent; +2 Prozentpunkte), 23 Prozent sind geteilter Meinung und 26 Prozent der Befragten sind dagegen.

Abbildung 5.6: Aussagen zur Bedeutung der NATO

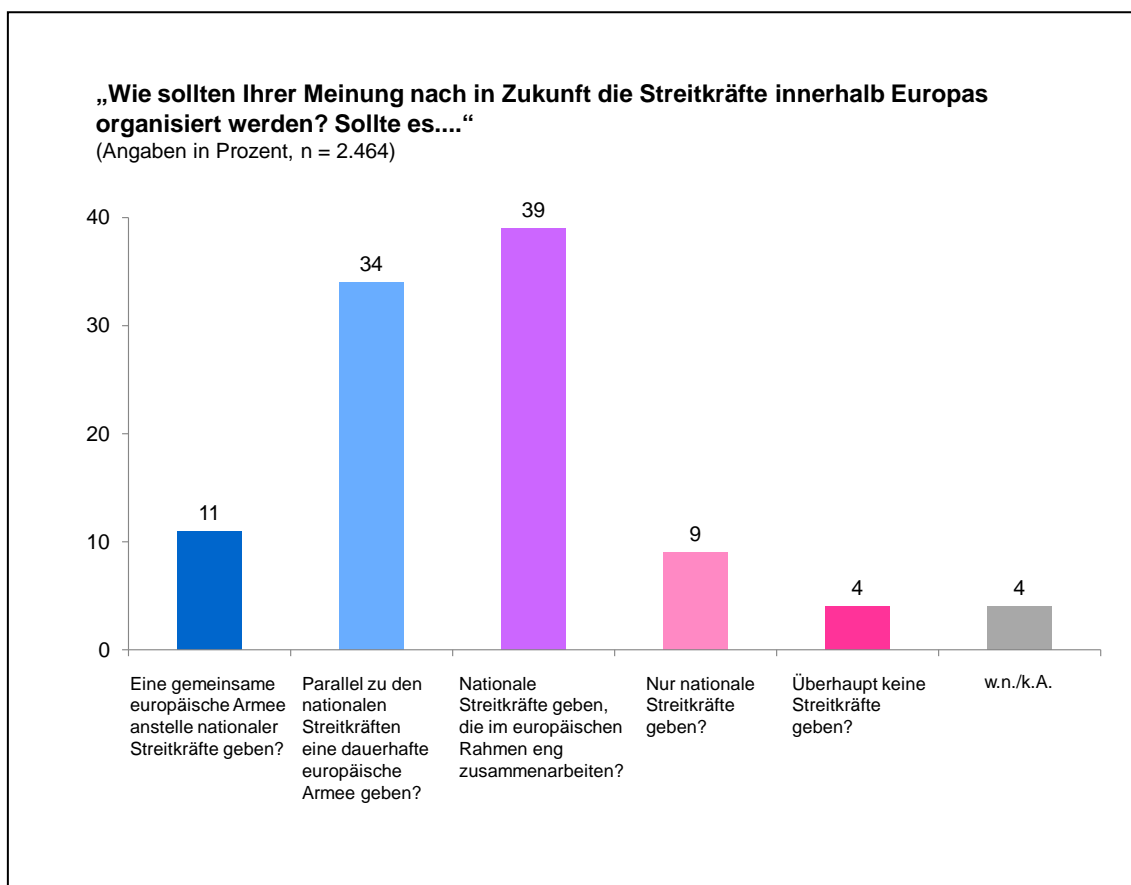


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Anteile „Neige Position 1 (bzw. 2) sehr zu“ und „Neige Position 1 (bzw. 2) eher zu“ jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2018.

Vor dem Hintergrund der verstärkten militärischen Zusammenarbeit der europäischen Staaten wurden die Umfrageteilnehmer im Jahr 2018 zum ersten Mal zur zukünftigen Bedeutung der NATO als westliches Sicherheitsbündnis befragt (vgl. Abbildung 5.6). Die Befragten mussten sich zwischen zwei konkurrierenden Positionen entscheiden; die Antwortoption „unentschieden“ wurde nicht vom Interviewer vorgegeben. Fast zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger (64 Prozent) neigen zur Position, dass die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten bleibt, auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten. Ein knappes Drittel (30 Prozent) tendiert dagegen zu der Auffassung, dass die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren hat, weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen. Nur 5 Prozent der Befragten konnten oder wollten in dieser Frage keine Position beziehen (unentschieden) und 2 Prozent gaben keine Antwort.

Abbildung 5.7: Aussagen zur Struktur europäischer Streitkräfte

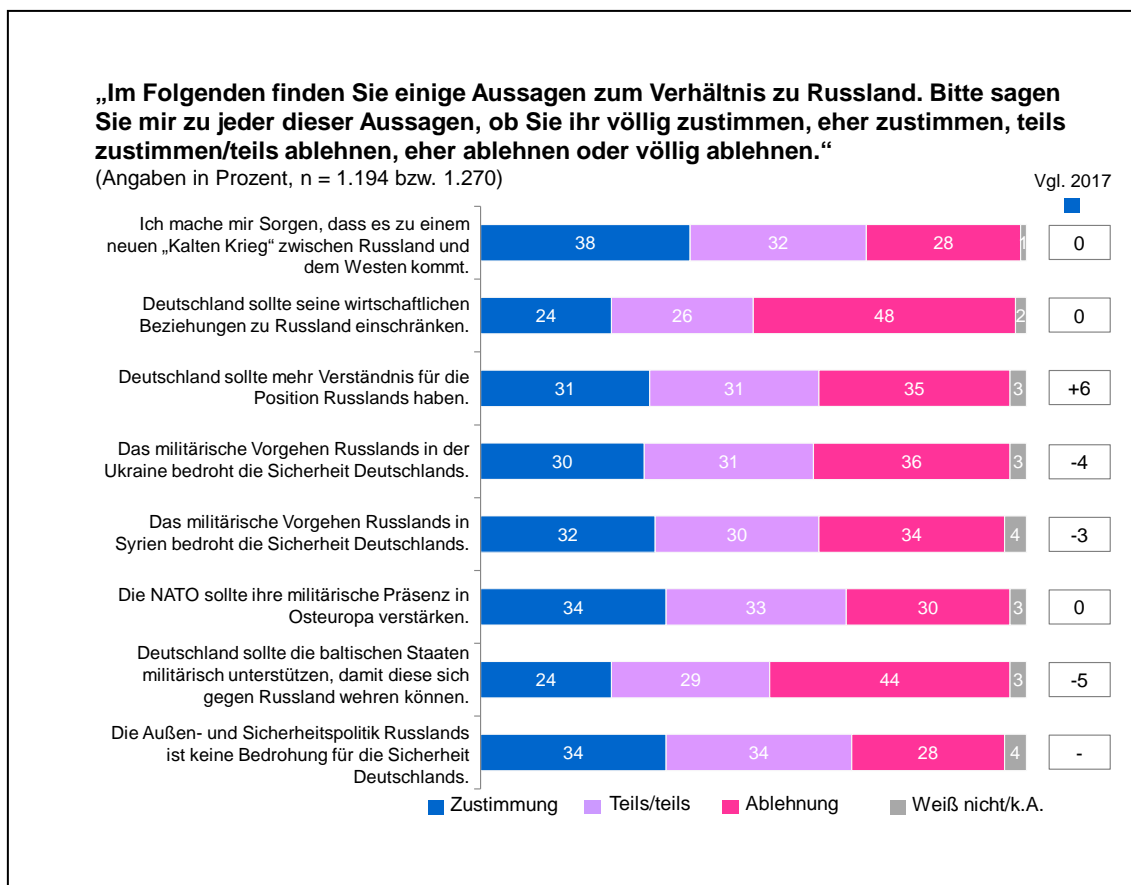


Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2018.

Vor dem Hintergrund der verstärkten militärischen Zusammenarbeit der europäischen Staaten wurden die Umfrageteilnehmer im Jahr 2018 zum ersten Mal zur zukünftigen Struktur der Streitkräfte innerhalb Europas befragt (vgl. Abbildung 5.7). Eine relative Mehrheit von 39 Prozent präferiert die enge Zusammenarbeit nationaler Streitkräfte im europäischen Rahmen. Ein Drittel der Befragten (34 Prozent) befürwortet den Aufbau einer dauerhaften europäischen Armee parallel zu den bestehenden nationalen Streitkräften. Einer von zehn Befragten (11 Prozent) stimmt sogar dem Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee zu, welche die nationalen Streitkräfte ersetzen würde. Nur 9 Prozent der Befragten wünschen sich eine rein nationale Organisation von Streitkräften und lediglich 4 Prozent sprechen sich dafür aus, jegliche Streitkräfte abzuschaffen. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zieht also die Kooperation und Integration der Streitkräfte Europas nationalen Alleingängen vor.

Abbildung 5.8: Aussagen zum Verhältnis zu Russland



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017. Die Fragen dieser Fragebatte wurden nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

In ihren Wahrnehmungen zum Verhältnis zu Russland zeigen sich die Bürgerinnen und Bürger einerseits eher besorgt wegen eines erneuten Kalten Krieges, andererseits präsentiert sich ein geteiltes Meinungsbild (vgl. Abbildung 5.8): 38 Prozent der Befragten machen sich Sorgen, dass es zu einem neuen Kalten Krieg zwischen Russland und dem Westen kommen könnte (keine Veränderung im Vergleich zu 2017). Fast ein Drittel (32 Prozent) ist geteilter Meinung und etwas mehr als ein Viertel teilt diese Sorge nicht (28 Prozent). Wirtschaftssanktionen und die Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland werden von einem Viertel (24 Prozent) begrüßt und von 48 Prozent der Befragten abgelehnt.

Gespalten ist die öffentliche Meinung bezüglich der Frage, ob Deutschland mehr Verständnis für die Position Russlands haben sollte: 31 Prozent plädieren für mehr Verständnis, 31 Prozent sind geteilter Meinung und 35 Prozent lehnen mehr Verständnis für Russland ab.

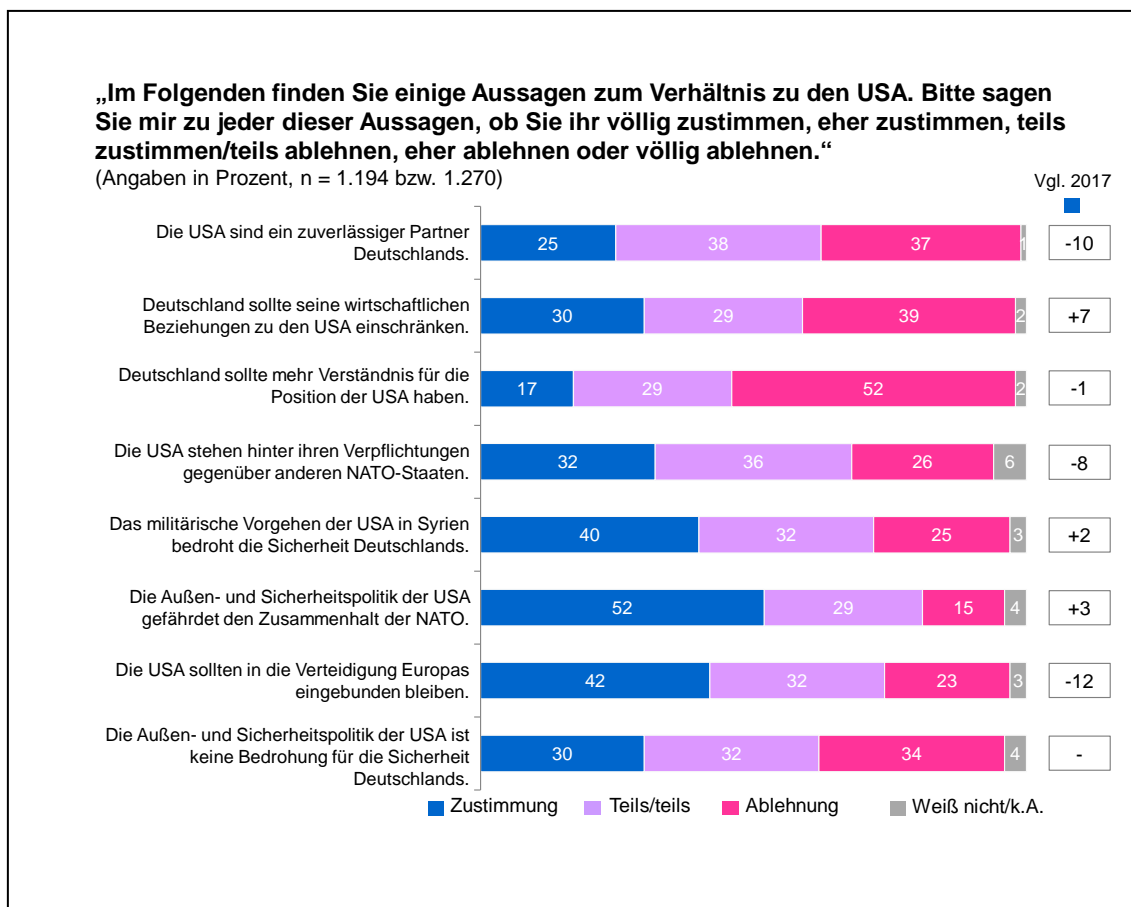
Auch zu den nächsten drei Fragen sind die Befragten geteilter Meinung: Etwa ein Drittel sieht die Sicherheit Deutschlands durch das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine (30 Prozent; -4 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr) oder in Syrien (32 Prozent; -3 Prozentpunkte) bedroht. 36 Prozent (Ukraine) bzw. 34 Prozent (Syrien) sind gegenteiliger Auffassung. Wiederum ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger unterstützt eine verstärkte Präsenz der NATO in Osteuropa (34 Prozent), während diese von 30 Prozent abgelehnt wird.

Nur ein Viertel der Befragten befürwortet die militärische Unterstützung der baltischen Staaten durch Deutschland, damit diese sich gegen Russland wehren können (24 Prozent). 29 Prozent sind geteilter Meinung, während 44 Prozent eine solche Unterstützung ablehnen. Hier spiegelt sich auch die skeptische Haltung zu den beiden einsatzgleichen Verpflichtungen der Bundeswehr im Baltikum wieder (vgl. Abschnitt 11).

Ebenfalls sehr geteilt ist die öffentliche Meinung darüber, ob Russlands Außen- und Sicherheitspolitik eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellt: 28 Prozent empfinden die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands als Bedrohung, 34 Prozent sind geteilter Meinung und 34 Prozent sehen in ihr keine Bedrohung.

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich bei der Bewertung der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger in drei von sieben Fragen deutliche Veränderungen: Während das Verständnis für die Position Russlands (+6 Prozentpunkte) gewachsen ist, sind die Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der baltischen Staaten (-5 Prozentpunkte) und das subjektive Bedrohungsgefühl durch das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine (-4 Prozentpunkte) gesunken.

Abbildung 5.9: Aussagen zum Verhältnis zu den USA



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Die Fragen dieser Fragebatterie wurden nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Die öffentliche Meinung über das Verhältnis zu den USA hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechtert (vgl. Abbildung 5.9) und wird in einigen Aspekten sogar kritischer beurteilt als das Verhältnis zu Russland (vgl. Abbildung 5.8).

Nur noch ein Viertel der deutschen Bevölkerung ist der Überzeugung, dass die USA ein zuverlässiger Partner für Deutschland sind. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zustimmung deutlich verringert (-10 Prozentpunkte). 37 Prozent sind inzwischen der Auffassung, dass die USA kein zuverlässiger Partner mehr sind, während 38 Prozent geteilter Meinung sind.

Fast ein Drittel (30 Prozent) der Befragten spricht sich für eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA aus. Das sind 7 Prozentpunkte mehr als noch 2017 und auch 6 Prozentpunkte mehr im direkten Vergleich zu Russland (vgl. Abbildung 5.8).

Eine relative Mehrheit von 39 Prozent lehnt derartige Maßnahmen jedoch ab. Knapp ein Drittel der Befragten ist in dieser Frage unentschieden.

Die Bevölkerung ist mehrheitlich (52 Prozent) nicht der Meinung, dass Deutschland der Position der USA mehr Verständnis entgegenbringen sollte. Nur 17 Prozent vertreten diese Meinung. Zum Vergleich: 31 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Deutschland der Position Russlands mehr Verständnis entgegenbringen sollte. Russland stößt also aktuell in der deutschen Bevölkerung auf mehr Verständnis bzw. Wohlwollen als die USA.

Auch die Glaubwürdigkeit der USA als NATO-Partner ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Nur noch knapp ein Drittel (32 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger ist der Überzeugung, dass die USA hinter ihren Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten stehen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Vertrauensverlust von 8 Prozentpunkten. Eine relative Mehrheit der Deutschen (36 Prozent) ist in diesem Punkt geteilter Meinung und 26 Prozent haben bereits ihr Vertrauen verloren. Mit 6 Prozent ist der Anteil jener, die keine Meinung zu diesem Aspekt haben oder ihre Meinung nicht äußern wollen, vergleichsweise hoch. Es hat also den Anschein, dass hinsichtlich der NATO-Bündnistreue der USA in der Bevölkerung nicht nur Skepsis vorherrscht, sondern auch einige Verwirrung.

Ebenso wird das militärische Vorgehen der USA in Syrien kritischer bewertet als noch 2017 (+2 Prozentpunkte) und wird inzwischen von 40 Prozent als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfunden. Knapp ein Drittel der Befragten hat hierzu keine klare Meinung. Nur ein Viertel sieht die Sicherheit Deutschlands nicht bedroht. Erneut ist der Vergleich mit Russland bezeichnend: Obwohl Russland sehr viel aktiver und offensiver in den Syrien-Krieg eingegriffen hat als die USA und immer noch eingreift, fühlen sich mehr Bundesbürger durch die militärischen Aktivitäten der USA (40 Prozent) bedroht als durch die Aktivitäten Russlands (32 Prozent).

Eine klare Mehrheit der Deutschen (52 Prozent) sieht außerdem den Zusammenhalt der NATO durch die Außen- und Sicherheitspolitik der USA gefährdet. Dies ist eine Zunahme um 3 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Nur eine Minderheit von 15 Prozent vermag keine Gefahr für den Zusammenhalt der NATO zu erkennen. 29 Prozent der Befragten sind in diesem Punkt geteilter Meinung.

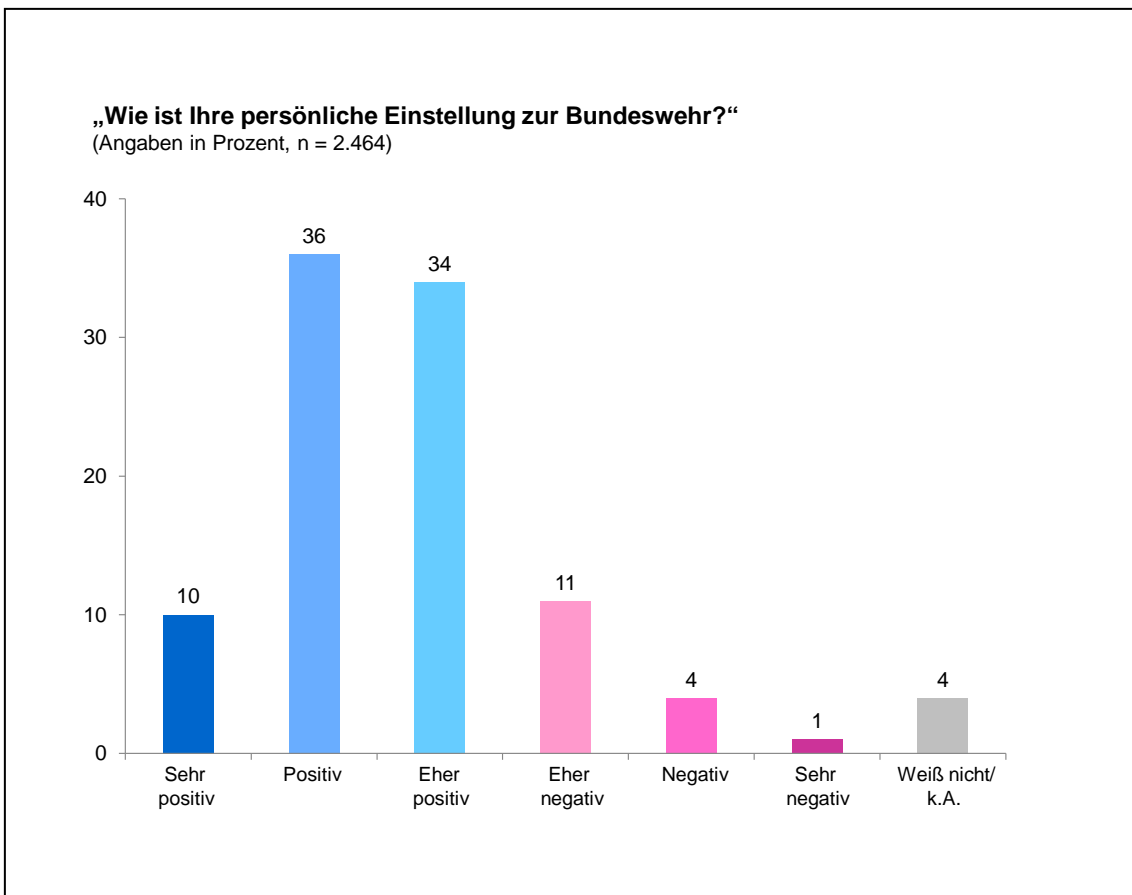
Zwar ist eine relative Mehrheit von 42 Prozent der Deutschen dafür, die USA auch zukünftig in die Sicherheit Europas einzubinden, aber dies stellt einen deutlichen Rückgang gegenüber 2017 dar (-12 Prozentpunkte). Etwa ein Drittel ist geteilter Meinung und fast ein Viertel spricht sich sogar offen gegen die Einbindung der USA in die Sicherheit Europas aus.

Im Jahr 2018 wurden die Umfrageteilnehmer zum ersten Mal gefragt, ob die Außen- und Sicherheitspolitik der USA (k)eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellt. Mehr als ein Drittel (34 Prozent) der Befragten empfindet die Politik der USA als Bedrohung, 30 Prozent empfinden so nicht und 32 Prozent sind unentschieden. Im Vergleich: 28 Prozent der Deutschen sehen in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands. Somit empfinden mehr Bürgerinnen und Bürger die Außen- und Sicherheitspolitik der USA als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands als die Politik Russlands.

6 Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr

Die Bundeswehr ist als Armee in der Demokratie auf den Rückhalt der Gesellschaft und den Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wie die Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw in den letzten Jahren belegen, erfährt die Bundeswehr ein stabil hohes Ansehen in der Bevölkerung. Dieses ist weitgehend unabhängig von innermilitärischen Vorfällen, tagespolitischen Debatten und medialen Aufmerksamkeiten.

Abbildung 6.1: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr



Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

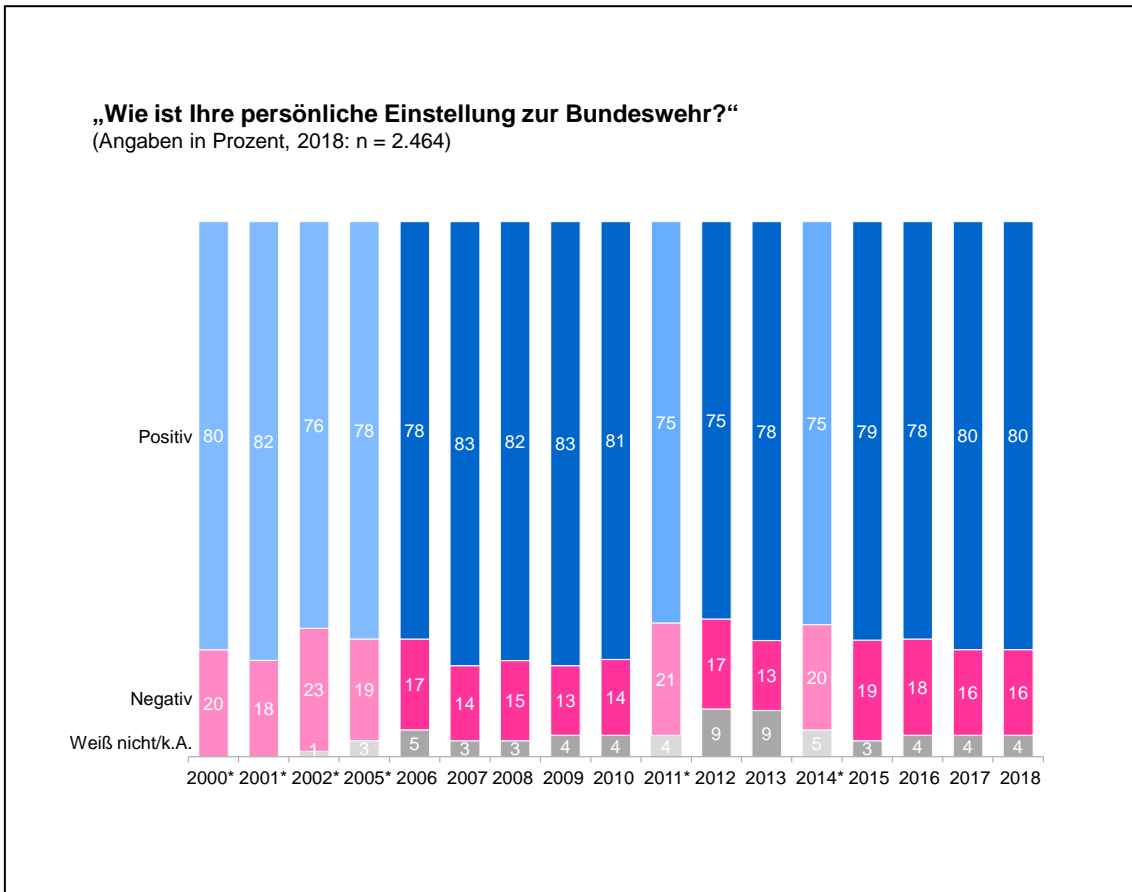
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2018.

Die vorliegende Studie bestätigt, dass die öffentliche Reputation der deutschen Streitkräfte unverändert gut ist. Die Befragungsdaten belegen die hohe Wertschätzung, die die Bundeswehr in der Gesellschaft erfährt. Mit einer Reihe verschiedener Indikatoren werden im Folgenden die Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Streitkräften erfasst.

Dabei zeigen alle Befunde in die gleiche Richtung: Die Bundeswehr genießt nach wie vor ein hohes gesellschaftliches Renommee.

Gefragt nach ihrer persönlichen Haltung zur Bundeswehr äußern sich die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich positiv (vgl. Abbildung 6.1). Vier Fünftel der Befragten weisen eine positive, 16 Prozent eine negative Einstellung auf.

Abbildung 6.2: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr im Zeitvergleich

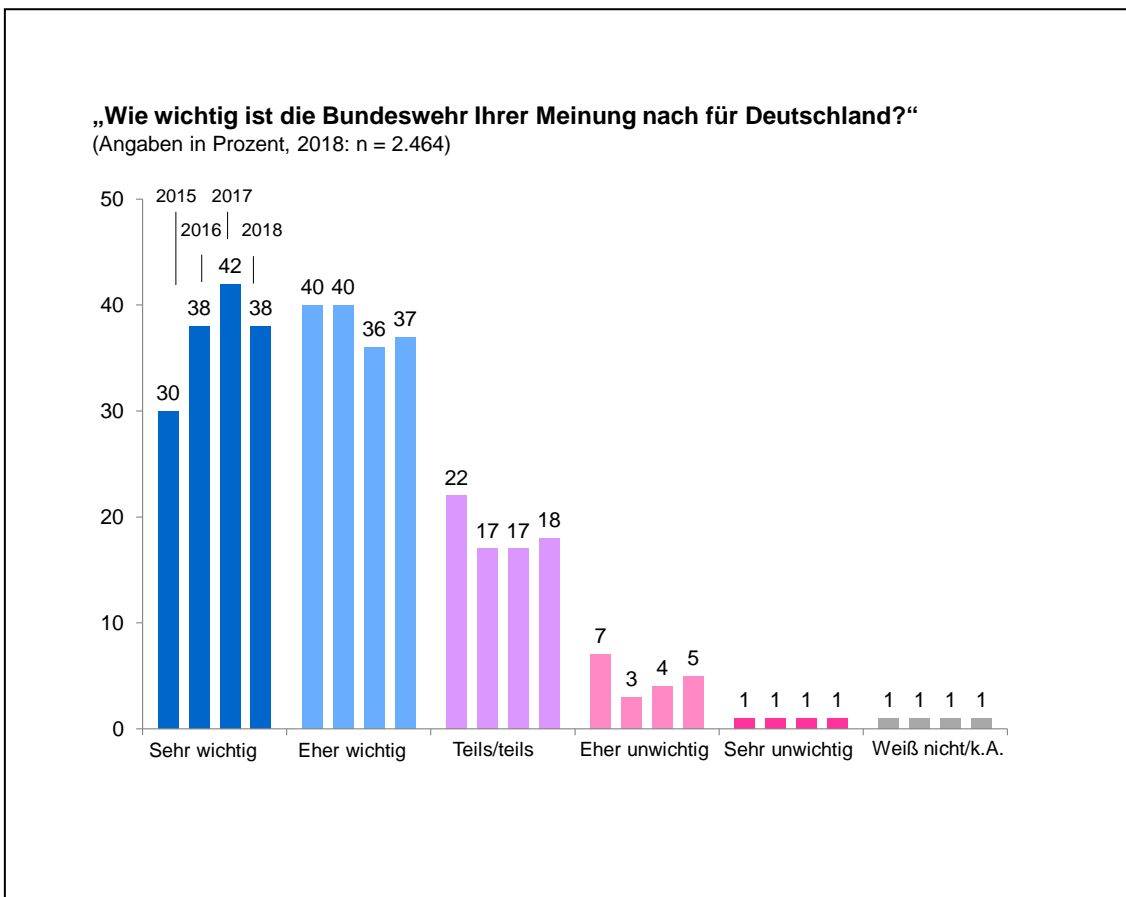


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.
*: Nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2018.

Wie in den Vorjahren überwiegt der Bevölkerungsanteil mit positiver Einstellung zur Bundeswehr deutlich (vgl. Abbildung 6.2). Im Vergleich zum Jahr 2017 ist keine Veränderung festzustellen. Über den gesamten Betrachtungszeitraum seit dem Jahr 2000 waren stets mindestens drei Viertel der Befragten der Bundeswehr gegenüber positiv eingestellt und zwischen 13 und 23 Prozent negativ.

Abbildung 6.3: Einschätzung Wichtigkeit der Bundeswehr



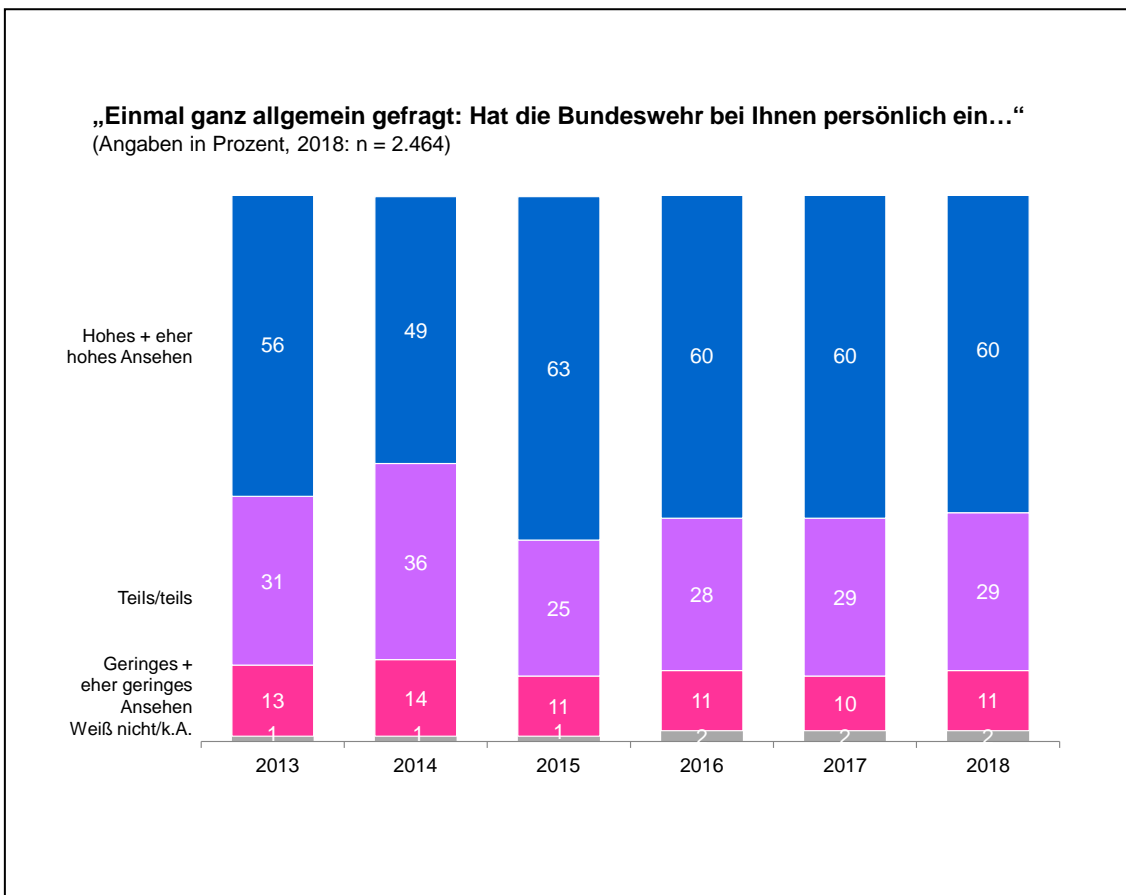
Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2018.

Nach Einschätzung von drei Viertel der Befragten ist die Bundeswehr für Deutschland wichtig (vgl. Abbildung 6.3). 18 Prozent sind geteilter Meinung und nur 6 Prozent schätzen die Bundeswehr als (eher oder sehr) unwichtig ein.

Die Veränderungen zum Vorjahr sind marginal: Der Anteil derjenigen, welche die Bundeswehr als sehr wichtig ansehen, sank um 4 Prozentpunkte auf 38 Prozent und erreichte damit den Wert aus dem Jahr 2016. Ansonsten zeigten sich keine substantziellen Verschiebungen.

Abbildung 6.4: Persönliches Ansehen der Bundeswehr im Zeitvergleich

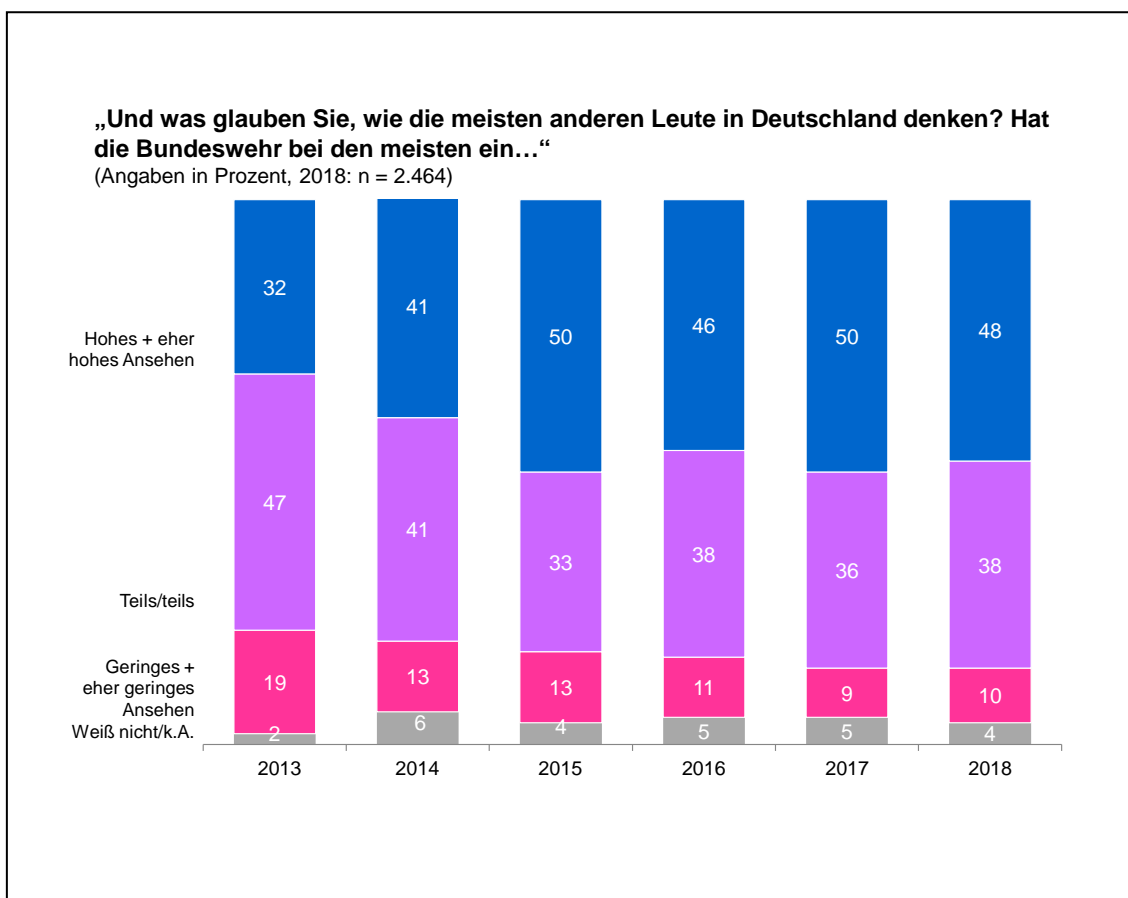


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. 2013 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben. Die Fragestellung lautete: „Welches Ansehen genießt die Bundeswehr bei Ihnen persönlich?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2018.

Die Bundeswehr genießt in der Bevölkerung ein hohes Ansehen (vgl. Abbildung 6.4). 60 Prozent der Befragten äußerten sich entsprechend. Bei 11 Prozent der Befragten hat die Bundeswehr ein (eher) geringes Prestige. 29 Prozent sind geteilter Meinung. Im Vergleich zu 2017 zeigen sich keine substanziellen Änderungen.

Abbildung 6.5: Gesellschaftliches Ansehen der Bundeswehr im Zeitvergleich



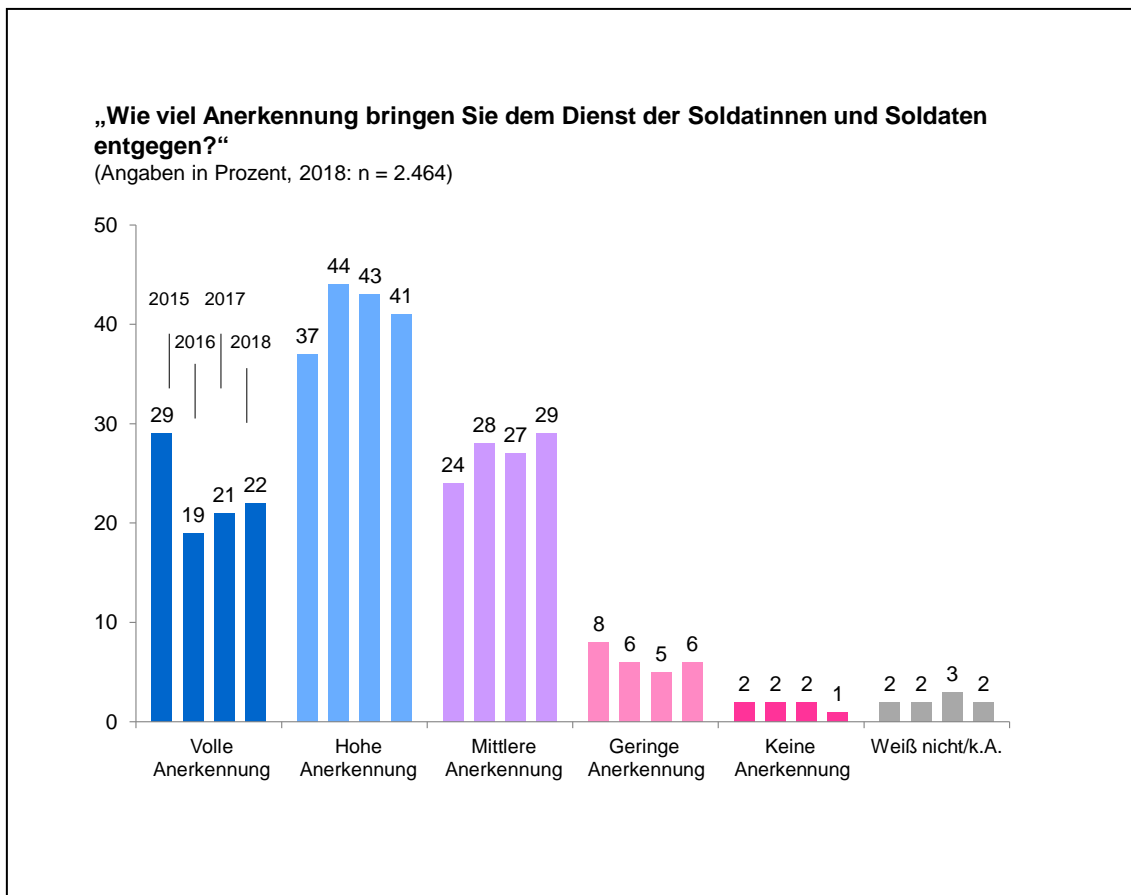
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. 2013 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben. Die Fragestellung lautete: „Und was meinen Sie, wie hoch ist das Ansehen der Bundeswehr in unserer Gesellschaft?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2018.

Im Hinblick auf die Einschätzung des gesellschaftlichen Ansehens der Bundeswehr ergeben sich Differenzen zwischen den aus den persönlichen Bewertungen aggregierten Einstellungen der Befragten und ihrer Wahrnehmung des gesellschaftlichen Meinungsklimas (vgl. Abbildungen 6.4 und 6.5). Die Bundeswehr ist in der persönlichen Bewertung der Bürger angesehener als im wahrgenommenen Meinungsklima. So kann weniger als die Hälfte der Befragten ein positives gesellschaftliches Renommee der Bundeswehr erkennen. Im Gegensatz dazu hat die Bundeswehr aber bei 60 Prozent der Befragten ein persönlich hohes Ansehen (vgl. Abbildung 6.4).

Die Einschätzung des gesellschaftlichen Ansehens der Bundeswehr unterliegt in den letzten Jahren gewissen Schwankungen (vgl. Abbildung 6.5). Im Vergleich zum Vorjahr haben die Anteile der Befragten, die der Bundeswehr ein gemischtes bzw. ein geringes gesellschaftliches Ansehen zuschreiben, leicht zugenommen.

Abbildung 6.6: Persönliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten im Zeitvergleich

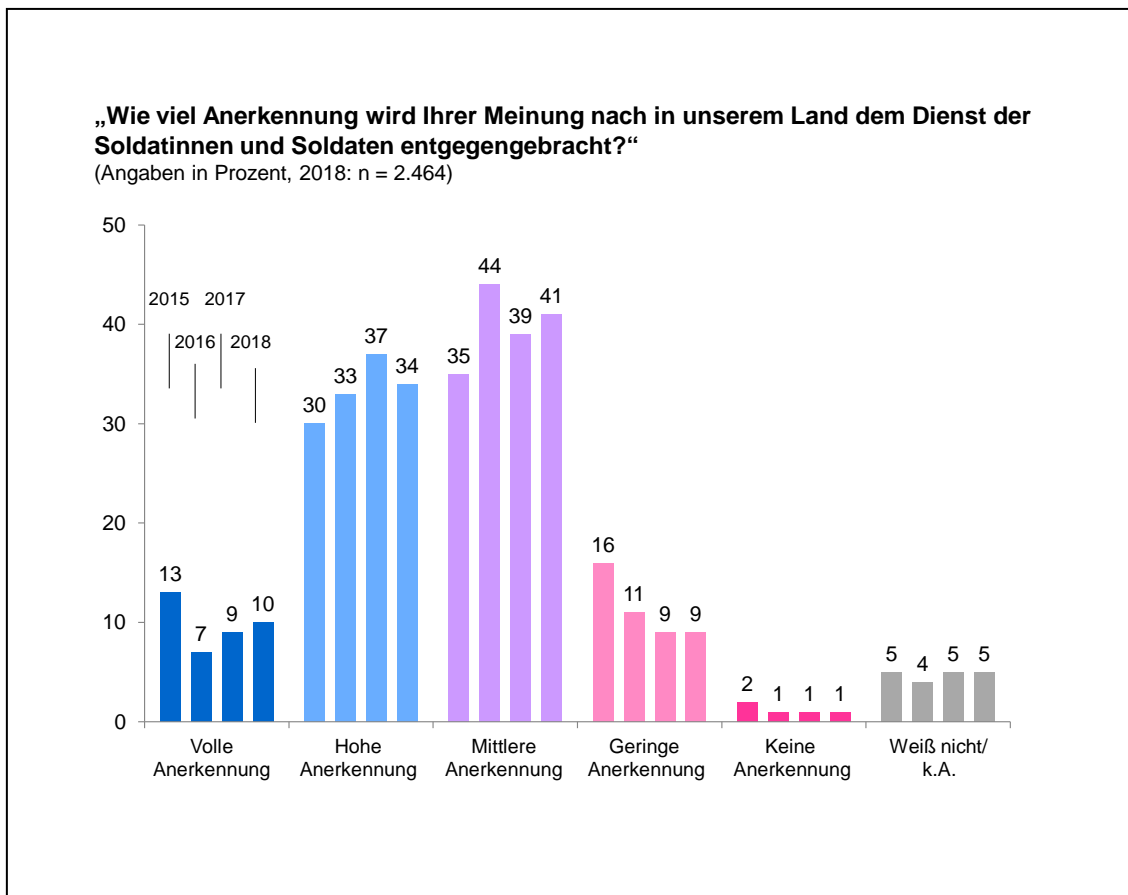


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt. Die vollständigen Ausprägungen lauten: „Ein hohes Maß an Anerkennung“ (Hohe Anerkennung), „Ein mittleres Maß an Anerkennung“ (Mittlere Anerkennung), „Ein geringes Maß an Anerkennung“ (Geringe Anerkennung). Die beiden übrigen Antworten sind unverändert.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2018.

Ein ähnliches Bild wie für das Ansehen der Bundeswehr ergibt sich mit Blick auf die Anerkennung für den soldatischen Dienst (vgl. Abbildung 6.6): Bei etwas weniger als zwei Dritteln der Bevölkerung erfährt dieser volle oder hohe Anerkennung (63 Prozent). Geringe oder keine Anerkennung bringen dem soldatischen Dienst nur 7 Prozent der Befragten entgegen. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es nur leichte Verschiebungen zwischen den Antwortkategorien.

Abbildung 6.7: Gesellschaftliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten im Zeitvergleich

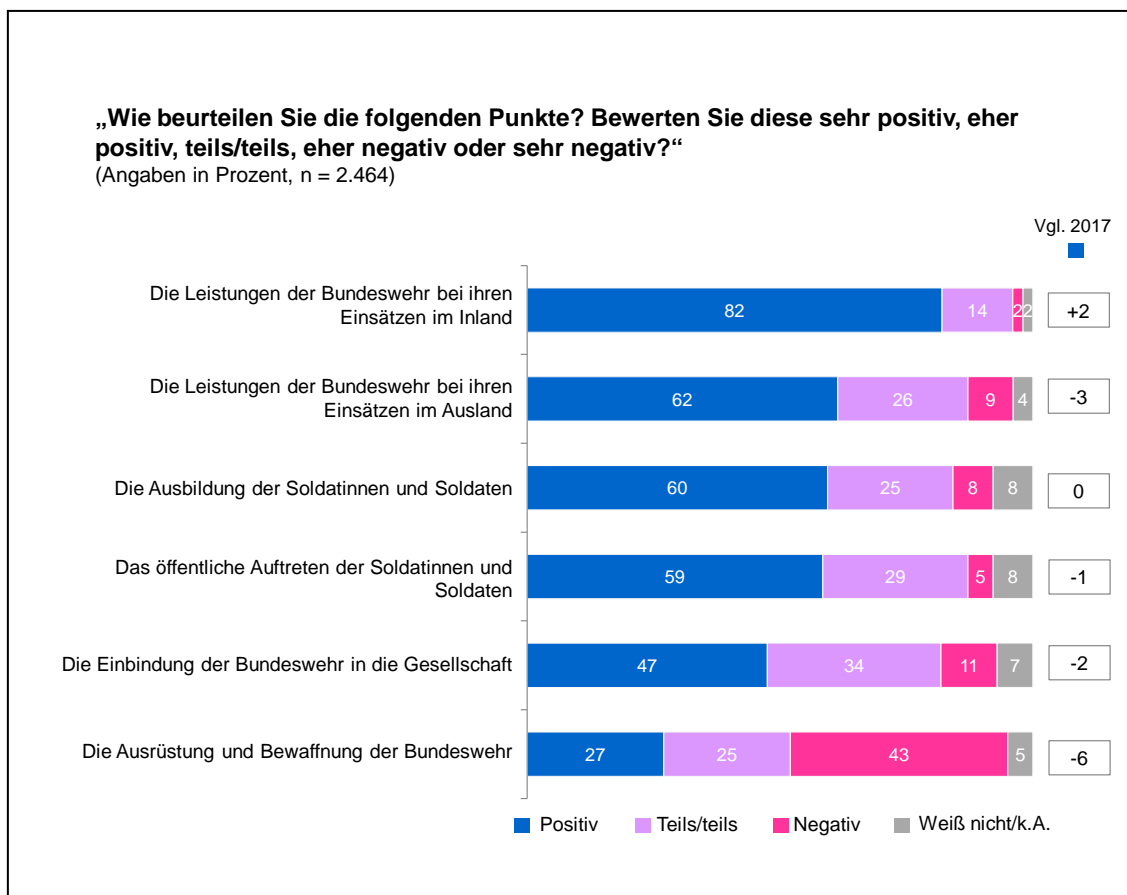


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt, vgl. Abbildung 6.6.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2018.

Wie bei den Fragen zum Ansehen der Bundeswehr wurde für die Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten erfasst, wie es neben der persönlichen um die gesellschaftliche Anerkennung bestellt ist (vgl. Abbildung 6.7). Hier sind die Unterschiede gravierend: Während fast zwei Drittel der Befragten ihre persönliche Anerkennung für den soldatischen Dienst bekunden (vgl. Abbildung 6.6), sehen nur 44 Prozent der Befragten einen entsprechenden Zuspruch bei allen Bürgerinnen und Bürgern. Wiederum zeigt sich eine Diskrepanz zwischen (aggregierten) persönlichen Einstellungen und wahrgenommenen gesellschaftlichen Haltungen.

Abbildung 6.8: Beurteilungen von verschiedenen Leistungen und Aspekten der Bundeswehr



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; Negativ: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

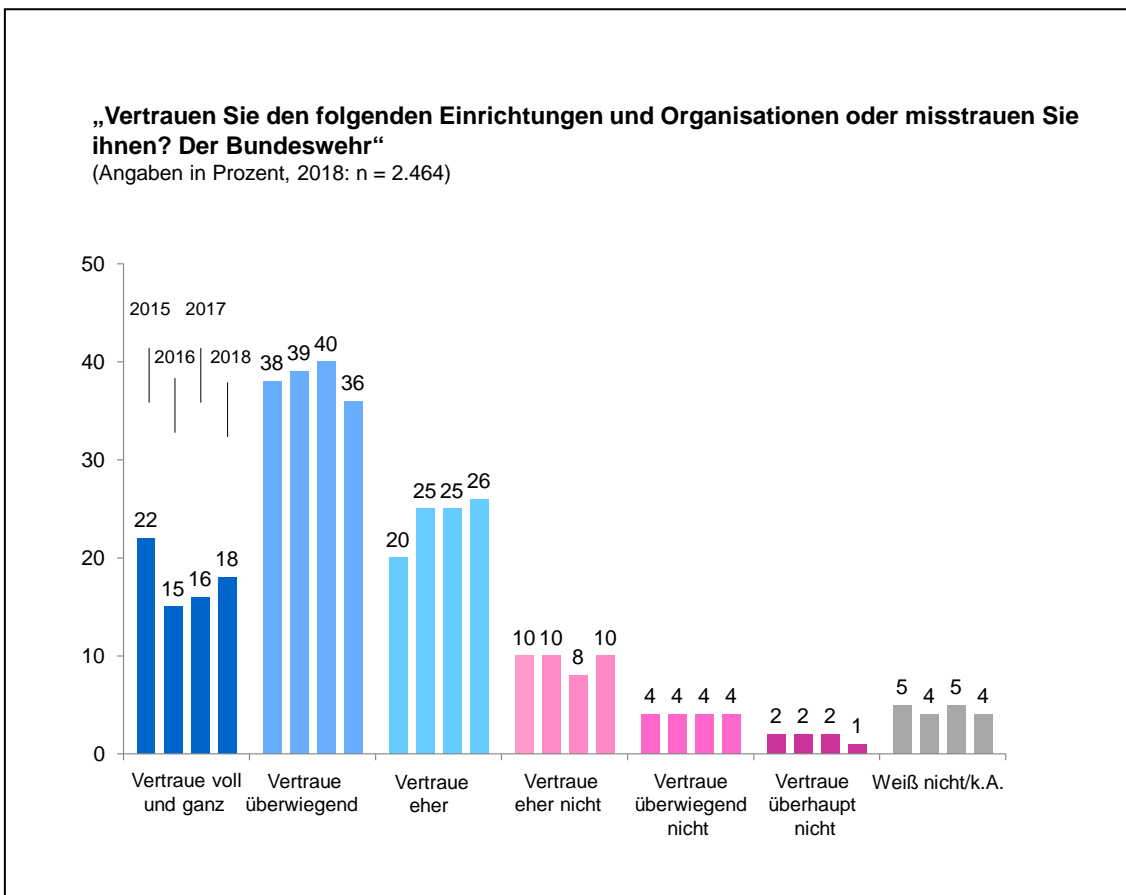
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Die Bürgerinnen und Bürger bringen verschiedenen Aspekten und Leistungen der Bundeswehr ihre Wertschätzung entgegen (vgl. Abbildung 6.8). Mit 82 Prozent am positivsten werden wie in den Vorjahren die Leistungen der Bundeswehr im Inland angesehen. Weit überwiegend positiv werden die Leistungen in den Auslandseinsätzen, die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten und ihr öffentliches Auftreten mit jeweils rund 60 Prozent bewertet.

Etwas kritischer fällt das Urteil zur Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft mit unter 50 Prozent positiven Bewertungen aus – wobei offenbleibt, ob dies als Versäumnis der Streitkräfte oder als gesellschaftliches Manko verstanden wird. Deutlich negativer bewerten die Bürgerinnen und Bürger Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr. Nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten schätzt diese positiv ein und 43 Prozent bewerten diese negativ. Die anhaltende Debatte um den Ausrüstungsstand der Streitkräfte und die

entsprechende Berichterstattung in den Medien ist im Bewusstsein der Bevölkerung weiterhin präsent. Im Vergleich zum Vorjahr wird die Ausrüstung und Bewaffnung deutlich negativer bewertet (-6 Prozentpunkte bei den positiven Bewertungen und +13 Prozentpunkte bei den negativen Bewertungen). Ansonsten werden im Zeitvergleich nur die Leistungen im Auslandseinsatz kritischer beurteilt (-3 Prozentpunkte bei den positiven Bewertungen), während es bei den anderen Aspekten zu keinen substantziellen Veränderungen gekommen ist.

Abbildung 6.9: Vertrauen in die Bundeswehr im Zeitvergleich



Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2018.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vertraut der Bundeswehr weiterhin (vgl. Abbildung 6.9). 80 Prozent äußern sich entsprechend. Misstrauen hegen hingegen nur 15 Prozent. Dies ist ein bemerkenswert hoher und stabiler Zuspruch an Vertrauen, dessen Wert noch deutlicher wird, wenn man ihn in Bezug zu anderen Institutionen setzt.

Abbildung 6.10: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 1



Anmerkung: Die Fragen dieser Fragebatterie wurden mit Ausnahme des Vertrauens in die Bundeswehr nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2018.

Die Bundeswehr ist eine der Organisationen, die das stärkste Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erfährt (vgl. Abbildung 6.10). Nur die Polizei, die öffentlichen Schulen und das Bundeskriminalamt genießen mehr, das Bundesverfassungsgericht und die gesetzliche Krankenversicherung ein vergleichbares Vertrauen. Dies bestätigt erneut das aus den vergangenen Jahren bekannte Muster.

Abbildung 6.11: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 2



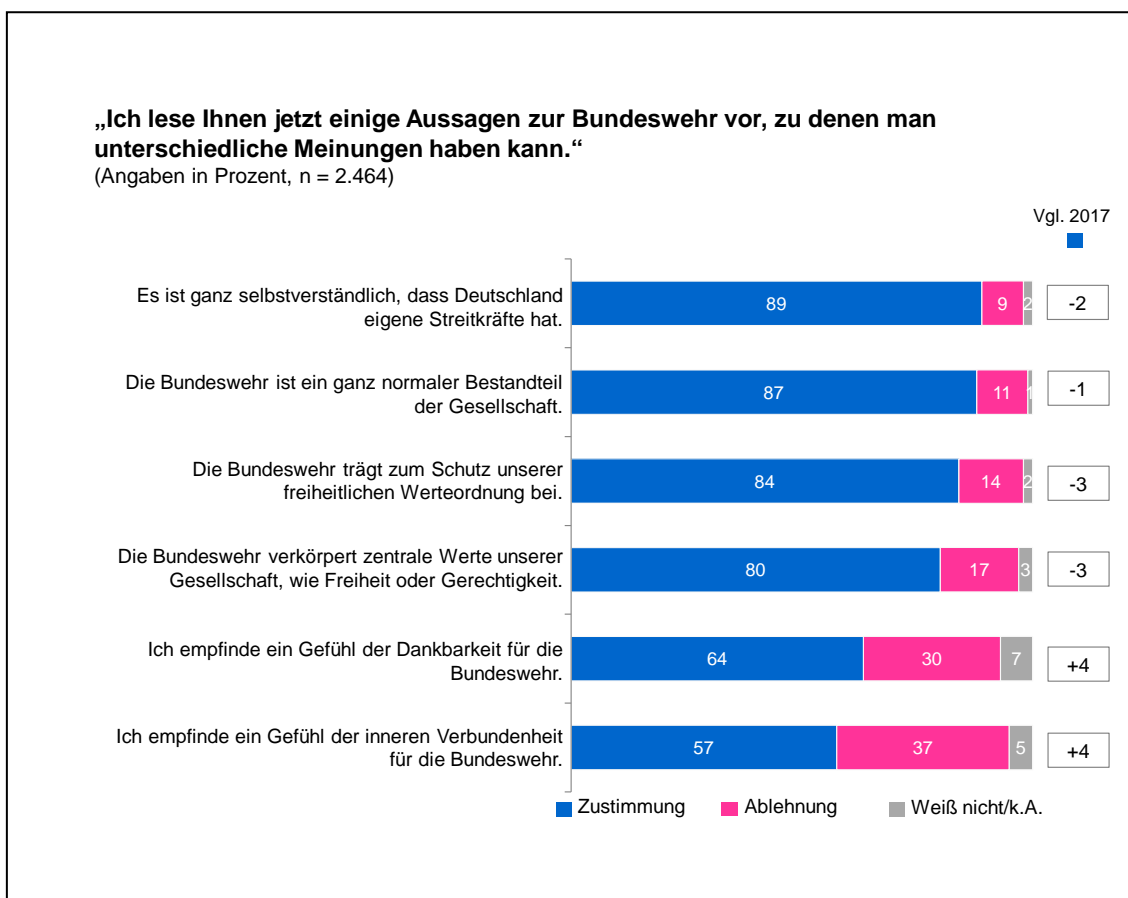
Anmerkung: Die Fragen dieser Fragebatterie wurden mit Ausnahme des Vertrauens in die Bundeswehr nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2018.

Der Bundeswehr schenkt die Bevölkerung ein größeres Vertrauen als vielen anderen etablierten Institutionen aus verschiedenen Sektoren (vgl. Abbildung 6.11). Einschränkend ist anzumerken, dass die Vertrauenszusprüche der dies- und letztjährigen Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw für die meisten Institutionen über dem Niveau liegen, das andere Erhebungen ausweisen. Mit dem vorhandenen Datenmaterial ist nicht abschließend zu klären, worauf dieser generelle hohe Vertrauenszuspruch zurückzuführen ist. Es ist aber plausibel anzunehmen, dass die verwendete 6-stufige Skala ohne Mittelpunkt (neutrale Antwort) zu systematisch höheren Vertrauenswerten führt.

Von dieser Einschränkung unbenommen ist jedoch die Abstufung des Vertrauenszuspruchs zu den berücksichtigten Organisationen: Seit Jahren nimmt die Bundeswehr – wie andere Untersuchungen bestätigen – einen Spitzenplatz im Vertrauensranking der öffentlichen Einrichtungen ein.

Abbildung 6.12: Aussagen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft



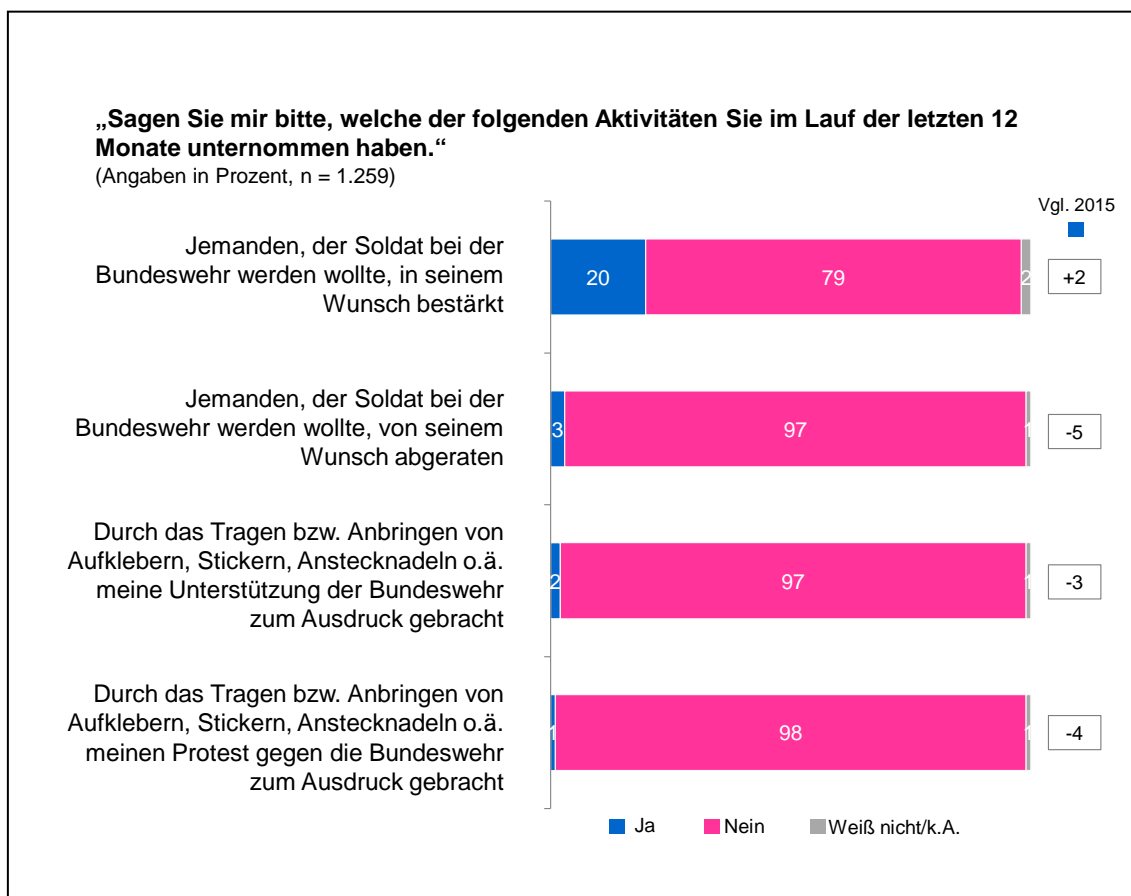
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger (89 Prozent) ist es selbstverständlich, dass Deutschland Streitkräfte hat und dass diese ein normaler Bestandteil der Gesellschaft sind (87 Prozent; vgl. Abbildung 6.12). Zurückzuführen ist dies auf den Eindruck, dass die Bundeswehr zum Schutz des Gemeinwesens beiträgt (84 Prozent) und dabei zentrale Werte des Staates (80 Prozent) repräsentiert. Hinsichtlich dieser funktionalen Aspekte zeigen sich nur geringe Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr.

Die affektive Verbindung zu den Streitkräften ist im Jahresvergleich etwas angestiegen: 64 Prozent der Befragten empfinden ein Gefühl der Dankbarkeit ihnen gegenüber und weit über die Hälfte hat ein Gefühl der inneren Verbundenheit (57 Prozent; Zunahme jeweils +4 Prozentpunkte).

Abbildung 6.13: Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr, Teil 1



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Vgl. 2015: Differenz Bejahung 2018 zu 2015. Die Fragen dieser Fragebatterie wurden nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2018.

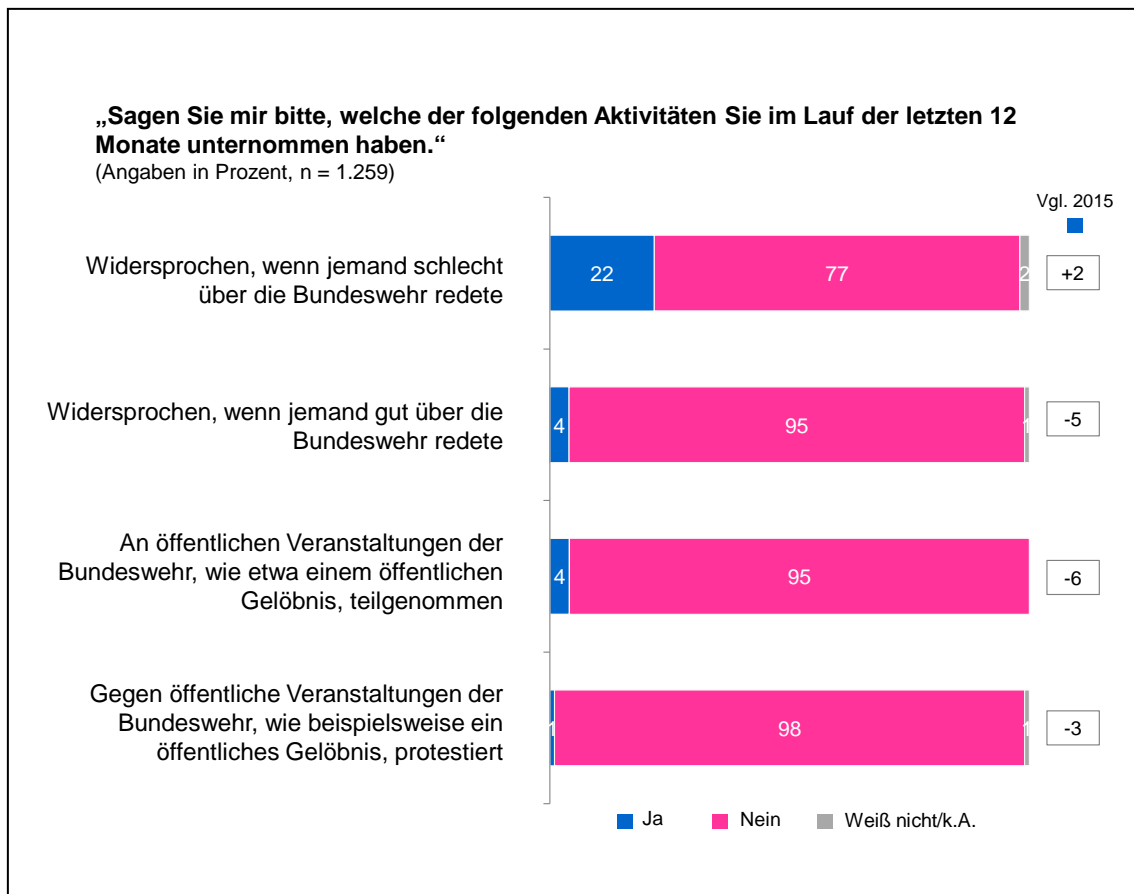
In den bisherigen Analysen wurden stets die Haltungen der Bevölkerung zur Bundeswehr betrachtet. Von diesen Einstellungen sind Handlungen zu unterscheiden, bei denen die Bürgerinnen und Bürger aktiv werden und sich konkret zu den Streitkräften bzw. zu den Soldatinnen und Soldaten verhalten. Diese Aktivitäten können unterstützend und positiv zur Bundeswehr gerichtet sein. Sie können aber auch Formen der Kritik und des Protests einschließen. Um die Handlungen der Bürgerinnen und Bürger mit Bezug auf die deutschen Streitkräfte empirisch zu erfassen, wurde danach gefragt, welche von insgesamt acht Aktivitäten (jeweils vier gespiegelte Handlungen pro und contra Bundeswehr) die Befragten innerhalb der vergangenen zwölf Monate vollzogen haben.

Wie zu erwarten nutzen die Bürgerinnen und Bürger die Verhaltensweisen unterschiedlich oft, um ihrer Haltung zu den Streitkräften Ausdruck zu verleihen (vgl. Abbildungen

6.13 und 6.14). Dabei zeigen sich zwei durchgehende Muster: Zum einen sind Aktivitäten, die als Unterstützung der Bundeswehr gelten können, häufiger als Aktivitäten der Kritik und des Protests. Zum anderen ist im Vergleich zu 2015 ein leichter Rückgang der Aktivitäten zu verzeichnen. Ob dies Ausdruck der Aussetzung der Wehrpflicht ist, ist aufgrund der vorhandenen Datenlage nicht zu beantworten.

Im Einzelnen gibt jeder fünfte Befragte an, dass er im vergangenen Jahr jemanden, der Soldat werden wollte, in seinem Wunsch bestärkte. Hingegen hat nur jeder dreiunddreißigste in derselben Situation den gegenteiligen Rat erteilt. Durch das Tragen von Stickern, Aufklebern etc. haben zwei Prozent der Bevölkerung ihre Unterstützung für die Bundeswehr dokumentiert, ein Prozent hat dadurch seine negative Einstellung zu den Streitkräften gezeigt.

Abbildung 6.14: Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr, Teil 2



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Vgl. 2015: Differenz Bejahung 2018 zu 2015. Die Fragen dieser Fragebatterie wurden nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

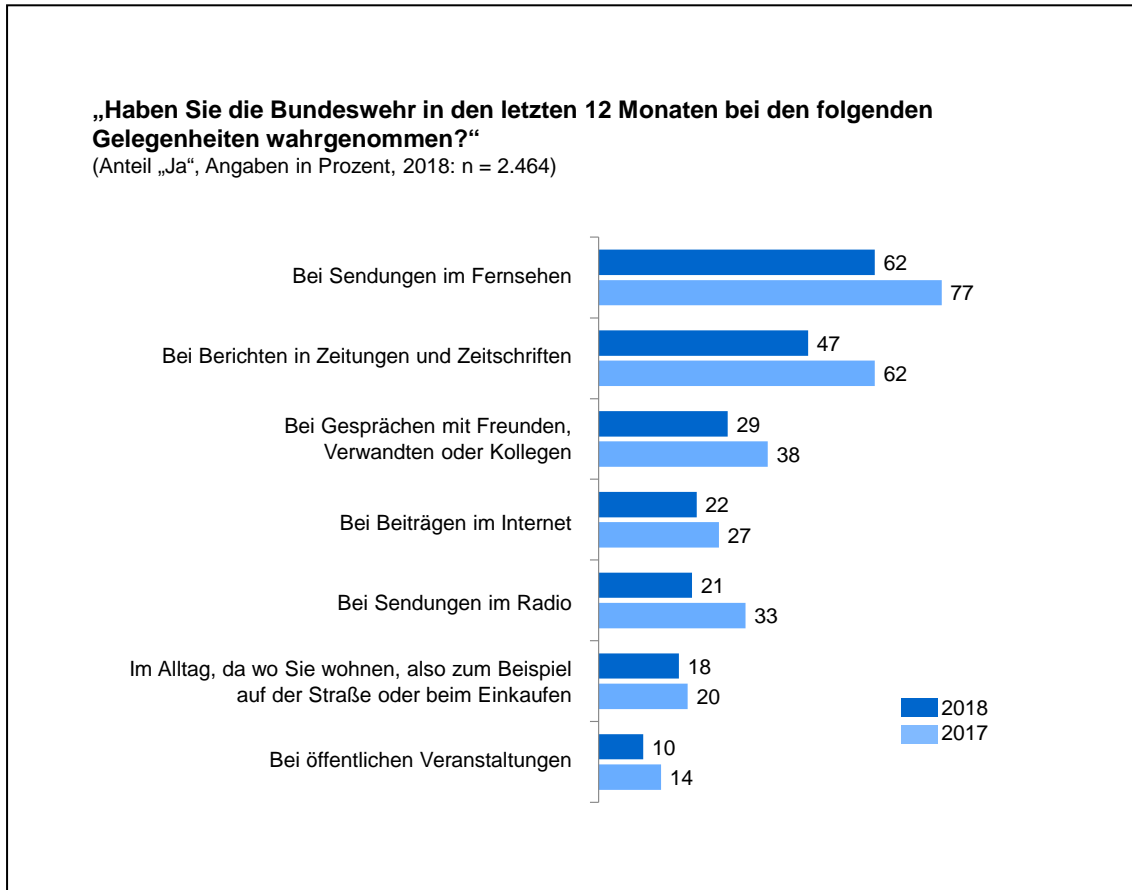
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2018.

Wenn jemand schlecht über die Bundeswehr redete, hat nach eigenen Angaben mehr als jeder fünfte Befragte widersprochen – nur jeder fünfundzwanzigste Befragte legte hingegen Widerspruch ein, wenn positiv über die Streitkräfte geredet wurde. An öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr haben innerhalb von zwölf Monaten mit vier Prozent weitaus mehr Bürgerinnen und Bürger teilgenommen als dagegen protestiert (1 Prozent).

Die Erfassung der Aktivitäten dokumentiert, dass sich die positive Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr auch in aktiver Unterstützung niederschlägt, wenn auch auf wesentlich geringerem Niveau. Dies unterstreicht nochmals das positive Meinungsbild für die Streitkräfte.

7 Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit

Abbildung 7.1: Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

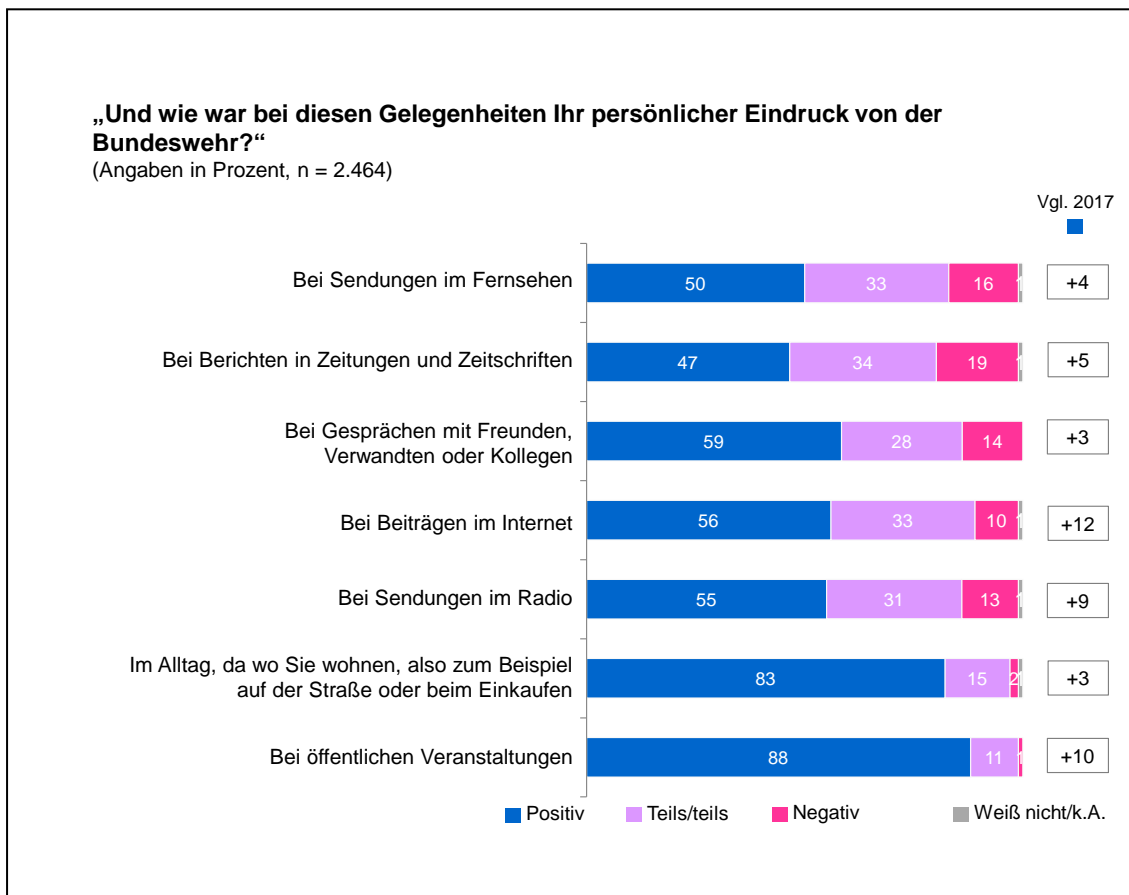
Wegen der Verkleinerung der Bundeswehr, der Schließung vieler Standorte und der Aussetzung der Wehrpflicht seit dem Jahr 2011 haben viele Bürgerinnen und Bürger nur noch über die Medien Kontakt mit den Streitkräften. Daher wurde auch in der Bevölkerungsbefragung 2018 abgefragt, inwiefern die Befragten die Bundeswehr in den Medien und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten während der letzten 12 Monate wahrgenommen haben (vgl. Abbildung 7.1). 62 Prozent der Befragten haben etwas über die Bundeswehr im Fernsehen gesehen. 47 Prozent haben in Zeitungen und Zeitschriften über die Streitkräfte gelesen. 29 Prozent haben in persönlichen Gesprächen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen die Bundeswehr thematisiert. Etwa ein Fünftel hat bei Beiträgen im Internet (22 Prozent) oder bei Sendungen im Radio etwas über die Soldatinnen und

Soldaten erfahren (21 Prozent). Die anderen Gelegenheiten werden von weniger als einem Fünftel der Befragten angeführt (im Alltag: 18 Prozent, bei öffentlichen Veranstaltungen: 10 Prozent).

Vergleicht man die Ergebnisse mit denen des Vorjahres, zeigt sich für alle abgefragten Kommunikationswege eine weniger häufige Wahrnehmung der Streitkräfte. Am stärksten ist die Abnahme bei den massenmedialen Kommunikationswegen: Die Häufigkeit, etwas über die Bundeswehr im Fernsehen zu erfahren, hat von 2017 auf 2018 um 15 Prozentpunkte abgenommen. Auch über Zeitungen und Zeitschriften (-15 Prozentpunkte), Radiosendungen (-12 Prozentpunkte) und das Internet (-5 Prozentpunkte) wird die Bundeswehr seltener wahrgenommen. Im persönlichen Gespräch ist die Bundeswehr ebenfalls seltener Thema (-9 Prozentpunkte). Relativ stabil ist der Kontakt im Alltag und bei öffentlichen Veranstaltungen.

Damit zeigen sich bei allen Kommunikationswegen die Konsequenzen einer im Vergleich zum Vorjahr geringeren medialen Aufmerksamkeit und Berichterstattung. Wurde 2017 vor und während der Bevölkerungsbefragung umfangreich über Vorfälle und (vermeintliche) Skandale in der Bundeswehr sowie die Verlegung deutscher Flugzeuge vom türkischen Stützpunkt Incirlik nach Jordanien berichtet, gab es 2018 kein ähnlich in den Medien präsentenes Thema mit Bezug zu den Streitkräften. Umfassendere empirisch fundierte Analysen dazu wird der ausführliche Forschungsbericht präsentieren.

Abbildung 7.2: Persönlicher Eindruck der Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; Negativ: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Positiv 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

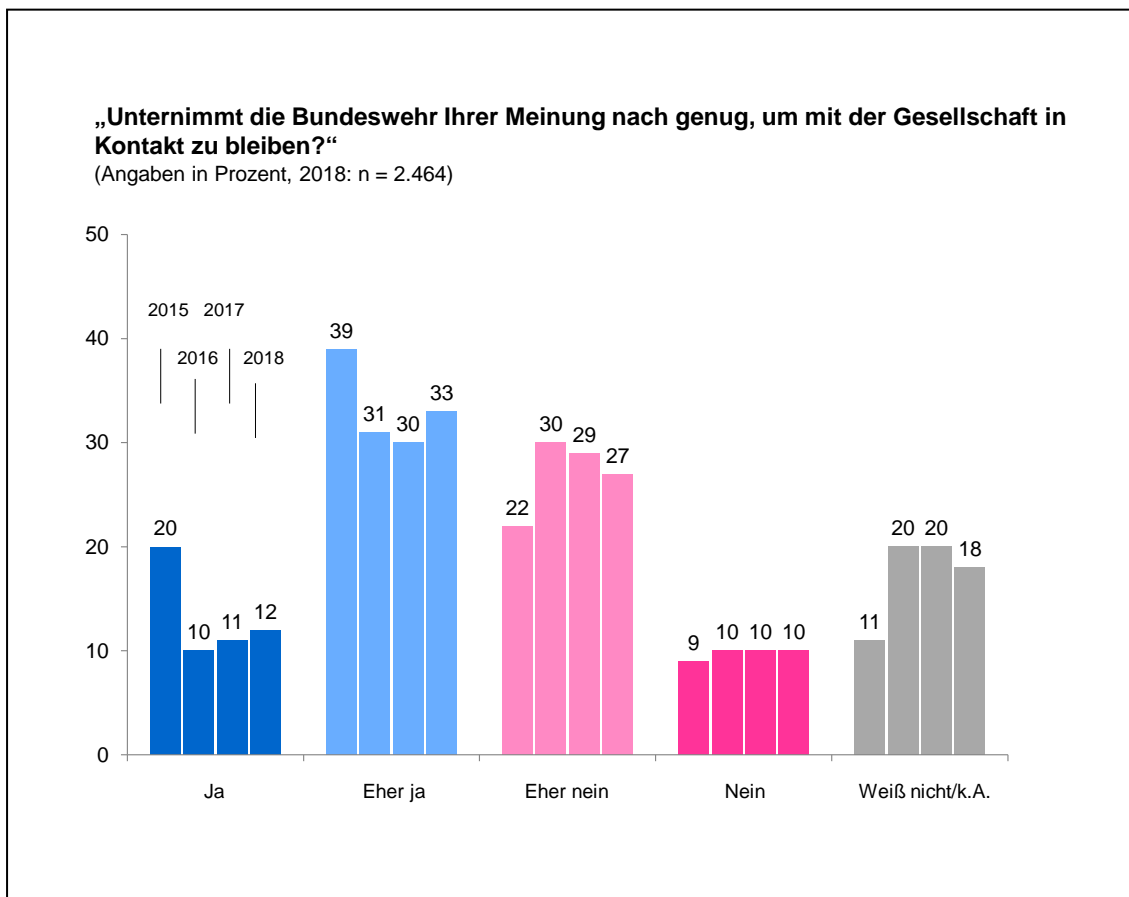
Weiterhin wurden die Befragten nach ihrem persönlichen Eindruck von der Bundeswehr bei der Wahrnehmung über die einzelnen Kommunikationskanäle gefragt (vgl. Abbildung 7.2). Antworten durften nur diejenigen Befragten, welche die Streitkräfte auf den jeweiligen Kanlen wahrgenommen hatten. Es zeigt sich über alle sieben untersuchten Formen hinweg ein grundsätzlich positiver Tenor, der sich nur wenig zwischen den Massenmedien Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften, Radio und Internet unterscheidet (zwischen 47 und 56 Prozent der Befragten haben einen positiven Eindruck). Für Zeitungen und Zeitschriften ergibt sich der schlechteste Eindruck. Allerdings waren auch hier die Wahrnehmungen mit 47 Prozent immer noch eher positiv. Besser ist die Wahrnehmung bei persönlichen Gesprächen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen: 59 Prozent haben hier einen positiven Eindruck der Streitkräfte bekommen. Im Alltag und bei öffentlichen Veranstaltungen hinterlässt die Bundeswehr den besten Eindruck (83 bzw. 88

Prozent). Damit ist die Wahrnehmung über die Kanäle am besten, in denen die Bundeswehr persönliche Begegnungen zwischen Bürgern und Soldaten ermöglicht. Allerdings wird sie auf diesen Wegen am wenigsten wahrgenommen (vgl. Abbildung 7.1).

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich deutliche Verbesserungen bei fünf der sieben Informationskanäle. Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften hat die positive Wahrnehmung um 5 Prozentpunkte zugenommen, bei Berichten im Fernsehen um 4 Prozentpunkte, bei Beiträgen im Radio um 9 Prozentpunkte und im Internet um 12 Prozentpunkte. Im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen hat sich der Anteil positiver Nennungen um 10 Prozentpunkte vergrößert. Bei Begegnungen im Alltag und bei Gesprächen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen hat sich die Wahrnehmung um 3 Prozentpunkte verbessert.

Diese positiven Veränderungen sind ein deutliches Indiz, dass sich der Tenor der Berichterstattung über die Bundeswehr im Vergleich zum Vorjahr verbessert hat. Auch die relativ häufigen Berichte über die schlechte Lage bei Ausrüstung und Bewaffnung der Streitkräfte in den Monaten vor der Bevölkerungsbefragung 2018 scheinen sich nicht auf die Wahrnehmung der Befragten auszuwirken.

Abbildung 7.3: Bewertung Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft

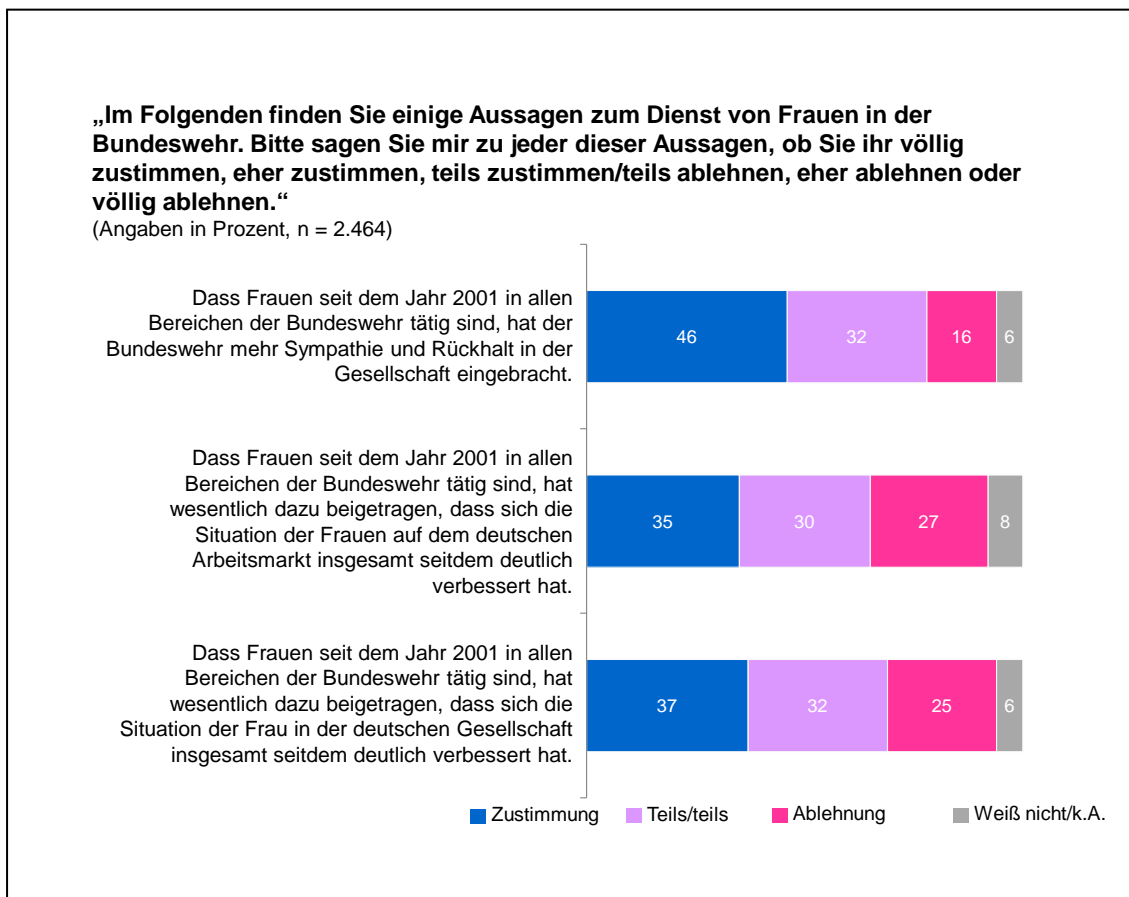


Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2018.

Die Frage, ob die Streitkräfte genug tun, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben, ist im Vergleich zum Vorjahr positiver beantwortet worden (vgl. Abbildung 7.3). Waren es 2016 und 2017 nur 41 Prozent (Anteile „Ja“ und „Eher ja“ zusammengefasst), die angaben, dass die Bundeswehr für den Kontakt mit der Gesellschaft genug unternimmt, waren es 2018 immerhin 45 Prozent. Damit ist die Zustimmung allerdings deutlich vom Höchstwert von 59 Prozent im Jahr 2015 entfernt. 2018 unternimmt die Bundeswehr in den Augen von 37 Prozent der Bürgerinnen und Bürger nicht genug, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben – 2017 waren es 39 Prozent. Weiterhin traut sich fast einer von fünf Befragten keine Einschätzung dieser Frage zu (18 Prozent machen keine Angabe).

Abbildung 7.4: Einstellungen zu Frauen in der Bundeswehr, Teil 1



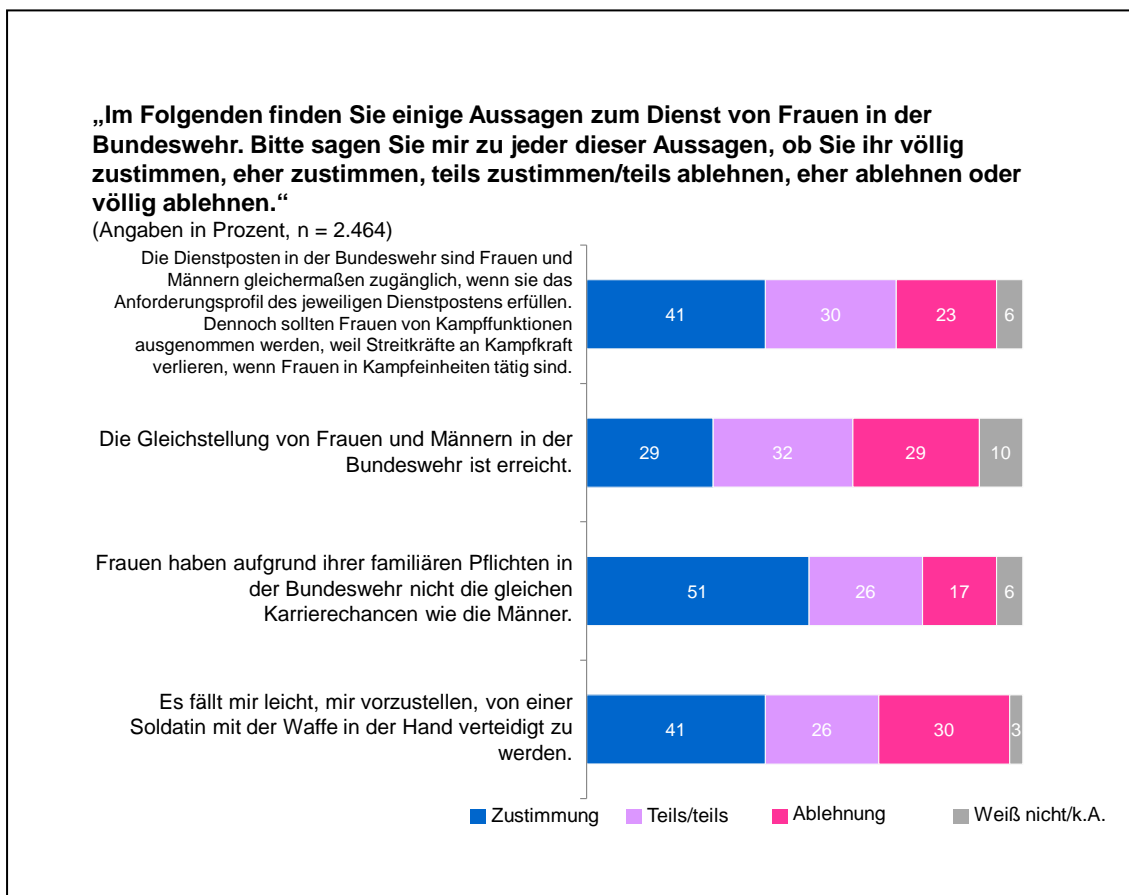
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2018.

Für das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft ist die Integration von Frauen in die Streitkräfte eine wichtige Frage. Im Jahr 2001 wurden alle Laufbahnen der Bundeswehr für Frauen geöffnet. Mit dieser Perspektive wurde in der Bevölkerungsbefragung 2018 nach der Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema gefragt. Abbildung 7.4 zeigt die relativen Häufigkeiten für die drei Fragen dieses Themenkomplexes, die einen expliziten Bezug zum Jahr 2001 herstellen: 46 Prozent geben an, dass die Öffnung 2001 der Bundeswehr mehr Sympathie und Rückhalt in der Gesellschaft eingebracht hat. 32 Prozent sind geteilter Meinung und 16 Prozent lehnen die Aussage ab. Die Position, dass durch die Öffnung der Bundeswehr für Frauen eine deutliche Verbesserung ihrer Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt eingetreten ist, wird nur von 35 Prozent unterstützt, 30 Prozent haben dazu eine geteilte Meinung, während 27 Prozent die Position ablehnen. Fast jeder zehnte Befragte hat zu dieser Aussage keine Meinung. Eine sehr ähnliche Verteilung der Antworten ergibt sich in Bezug auf die dritte Frage: 37 Prozent

stimmen zu, dass die Öffnung der Streitkräfte wesentlich dazu beigetragen hat, die Situation der Frau in der deutschen Gesellschaft insgesamt deutlich zu verbessern. Etwa ein Drittel der Befragten hat dazu weder eine zustimmende noch eine ablehnende Meinung. 25 Prozent lehnen diese Aussage ab.

Abbildung 7.5: Einstellungen zu Frauen in der Bundeswehr, Teil 2



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2018.

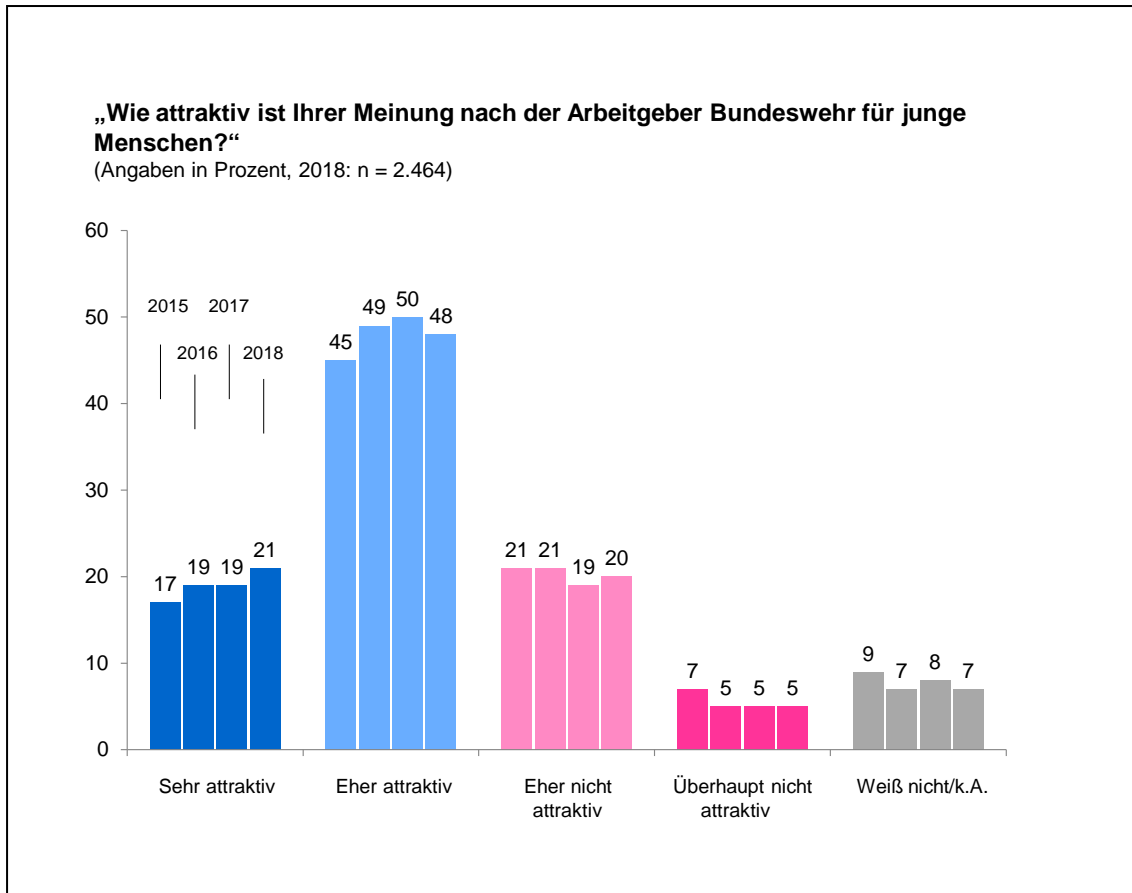
Die Haltung der Befragten zu vier weiteren Fragen zu Frauen in der Bundeswehr – ohne expliziten Bezug zum Öffnungsjahr 2001 – ist in Abbildung 7.5 dargestellt. 41 Prozent teilen die Meinung, dass Frauen von Kampffunktionen ausgenommen werden sollten, weil Streitkräfte an Kampfkraft verlieren, wenn Frauen in Kampfeinheiten tätig sind. 30 Prozent sind hinsichtlich dieser Aussage geteilter Meinung und 23 Prozent lehnen diese Position ab. Ein vollkommen geteiltes Meinungsbild ergibt sich im Hinblick auf die Aussage, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundeswehr erreicht sei: Zustimmung und Ablehnung halten sich mit jeweils 29 Prozent die Waage, während sich

32 Prozent der Befragten weder für Ablehnung noch für Zustimmung entscheiden können. Jeder Zehnte äußert zu dieser Frage gar keine Meinung. Eine Mehrheit von 51 Prozent denkt, dass Frauen aufgrund ihrer familiären Pflichten in der Bundeswehr nicht die gleichen Karrierechancen haben wie Männer. Nur 17 Prozent sind anderer Meinung, während 26 Prozent keine der beiden Positionen teilen. Die letzte Frage zeigt, dass sich 41 Prozent der Befragten vorstellen können, von einer Soldatin mit der Waffe in der Hand verteidigt zu werden. Während 26 Prozent bei dieser Aussage geteilter Meinung sind, können sich 30 Prozent der Bevölkerung nicht vorstellen, von einer Frau verteidigt zu werden.

Insgesamt zeigen sich für diesen Aspekt der zivil-militärischen Beziehungen ambivalente Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Bei größeren Gruppen der Bevölkerung sind Vorbehalte gegenüber Frauen in den Streitkräften zu erkennen, zudem sind Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen in der Bundeswehr aus der Perspektive der Befragten noch nicht erreicht.

8 Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

Abbildung 8.1: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen

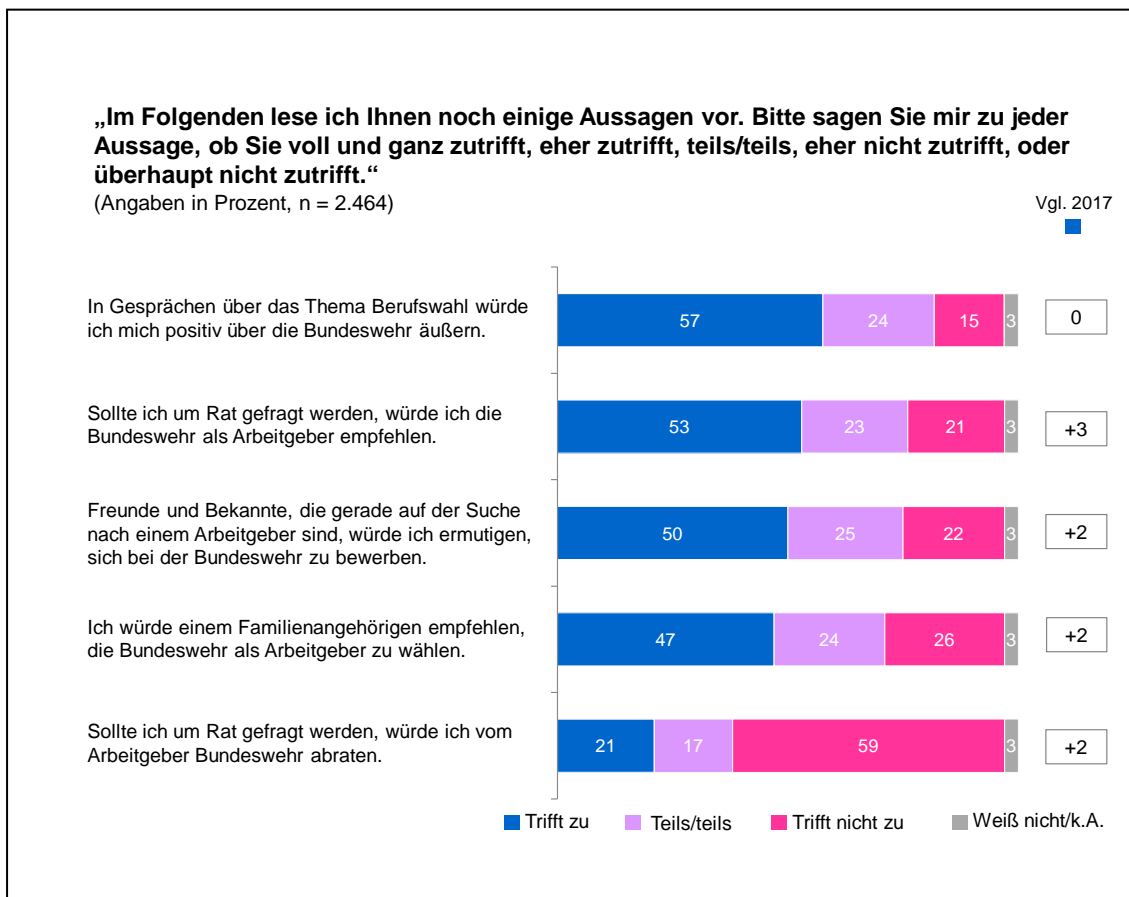


Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2018.

Auch 2018 enthielt die Bevölkerungsbefragung einige Fragen zur Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. Die Streitkräfte werden im Vergleich zum Jahr 2017 ähnlich attraktiv bewertet (vgl. Abbildung 8.1). 21 Prozent halten die Bundeswehr für einen sehr attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen (2017: 19 Prozent), 48 Prozent für eher attraktiv (2017: 50 Prozent). Der Anteil derjenigen, die die Bundeswehr für einen (eher) unattraktiven Arbeitgeber halten, ist mit 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert, genauso wie der Anteil ohne substantielle Meinung (7 Prozent).

Abbildung 8.2: Empfehlungen für Arbeitgeber Bundeswehr



Anmerkungen: Trifft zu: „Trifft ganz zu“ und „Trifft eher zu“ zusammengefasst; Trifft nicht zu: „Trifft überhaupt nicht zu“ und „Trifft eher nicht zu“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Trifft zu 2018 zu 2017.

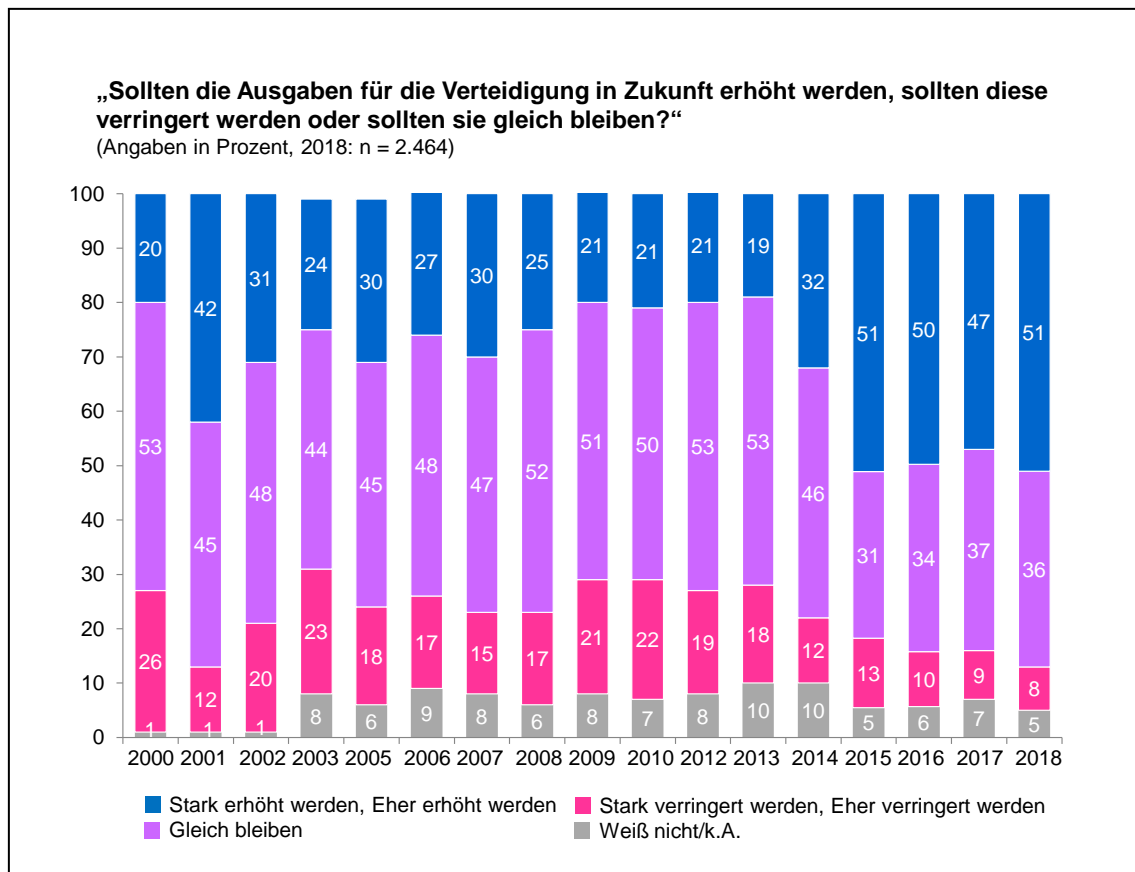
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Wenn es darum geht, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, sind die Befragten grundsätzlich positiv eingestellt. Die zustimmenden Antworten variieren zwischen 47 und 57 Prozent (vgl. Abbildung 8.2). Die größte Zustimmung erhält mit 57 Prozent die Aussage „In Gesprächen über das Thema Berufswahl würde ich mich positiv über die Bundeswehr äußern.“ Explizit vom Arbeitgeber Bundeswehr abraten würden nur 21 Prozent der Befragten.

Vergleicht man die Veränderungen zum Vorjahr, zeigen sich bei allen Aussagen nur geringfügige Verschiebungen. Die durchweg positive Bewertung bei diesen Empfehlungsfragen könnte ein Indiz für den Erfolg der Werbe- und Öffentlichkeitsmaßnahmen des Arbeitgebers Bundeswehr sein.

9 Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr

Abbildung 9.1: Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich



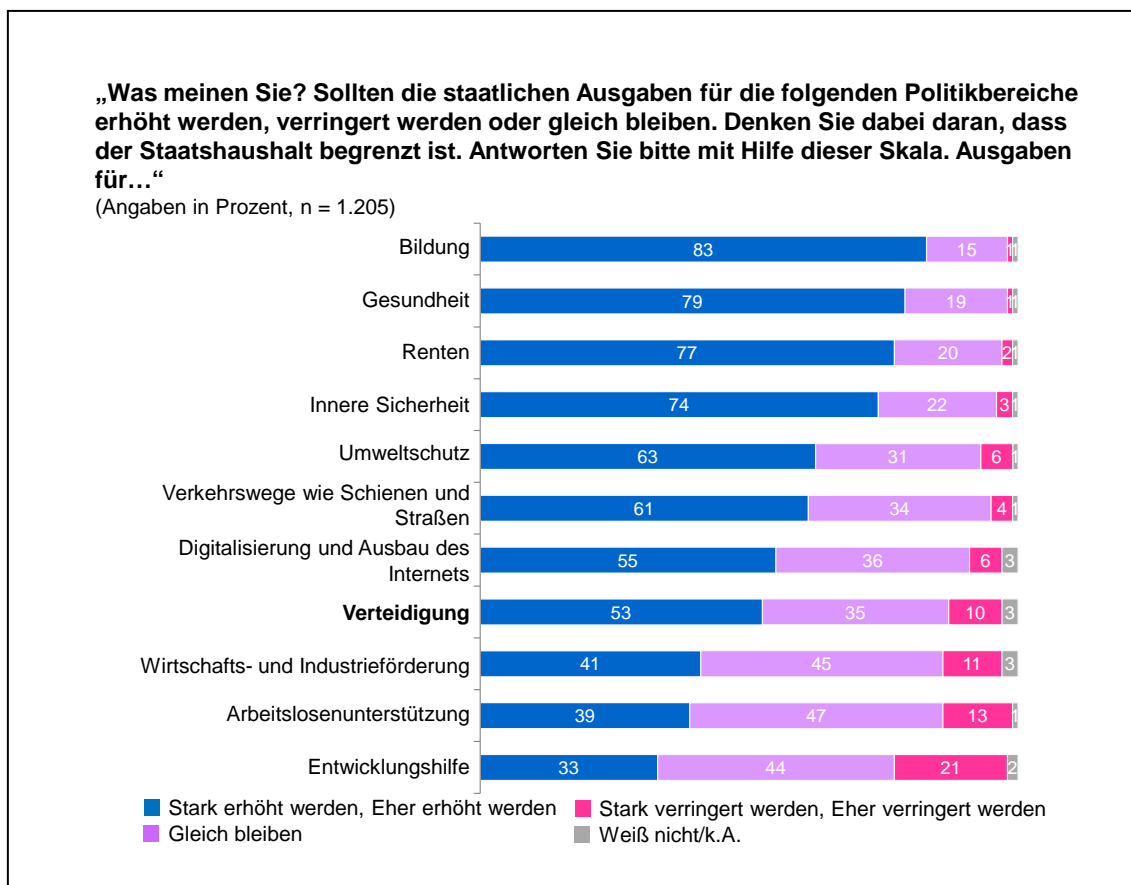
Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2018.

Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung sind die deutschen Verteidigungsausgaben 2017 deutlich gestiegen. Zudem wird in der Öffentlichkeit über das Zwei-Prozent-Ziel der NATO für den Verteidigungsetat debattiert. Die Bevölkerung positioniert sich 2018 wie in den Vorjahren eindeutig zu dieser Frage: Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (51 Prozent) ist für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) stimmt dafür, die Ausgaben gleich zu halten und lediglich 8 Prozent plädieren für eine Verringerung des Verteidigungsbudgets. Im Vergleich zum Vorjahr hat der Anteil der Befürworter einer Ausgabenerhöhung um 4 Prozentpunkte zugenommen (vgl.

Abbildung 9.1). Über den gesamten Zeitraum seit dem Jahr 2000 ist 2018 (und 2015) der höchste Zustimmungswert für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben zu verzeichnen.

Abbildung 9.2: Einstellungen zu Ausgaben für verschiedene Politikbereiche



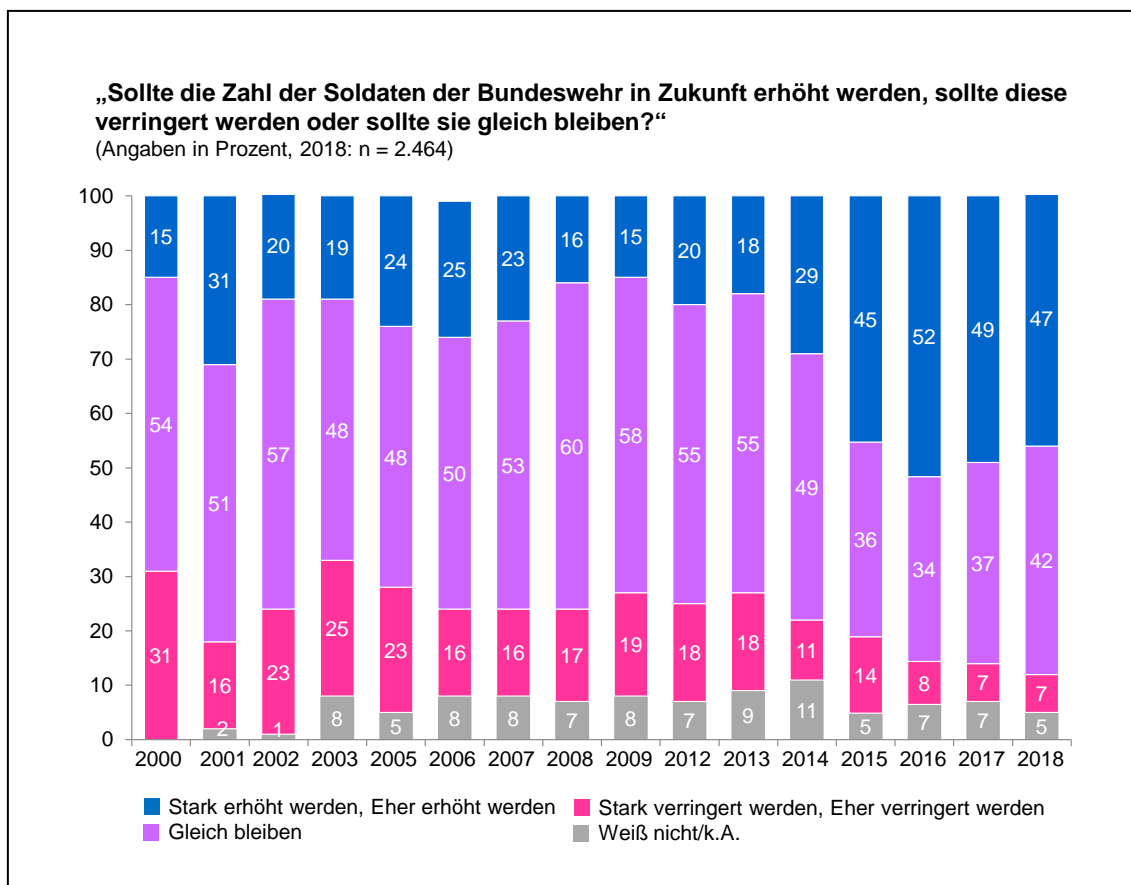
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Fragen dieser Fragebatterie wurden nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2018.

Während die Frage nach der Veränderung der Verteidigungsausgaben bereits seit langem Teil der Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw ist, wurde 2018 eine umfangreichere Fragebatterie aufgenommen, die einen Vergleich der Ausgabenpräferenzen über verschiedene Politikfelder hinweg ermöglicht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Befragung wurden gefragt, ob sie staatliche Ausgaben für bestimmte Politikbereiche erhöhen oder verringern möchten bzw. ob diese gleich bleiben sollen (vgl. Abbildung 9.2). Hinsichtlich der Präferenz für die Verteidigungsausgaben ergeben sich konsistente Befunde im Vergleich zu den in Abbildung 9.1 dargestellten Ergebnissen: 53 Prozent der Bevölkerung sind dafür, dass die Ausgaben für Verteidigung stark oder eher erhöht werden, 35 Prozent möchten, dass diese auf demselben Niveau gehalten werden. 10 Prozent sprechen sich dafür aus, die Verteidigungsausgaben zu senken. Diese Ergebnisse lassen sich so interpretieren, dass die Haltung der Befragten zum Niveau des Verteidigungshaushalts durch die üblicherweise in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung verwendete Fragestellung (vgl. Abbildung 9.1) korrekt gemessen wird.

Im Vergleich zu anderen Politikfeldern zeigt sich allerdings, dass die Bevölkerung den Etat für bestimmte Bereiche deutlich eher erhöhen möchte als den für Verteidigung. Am größten ist die Zustimmung für Bildung (83 Prozent für Erhöhung des Etats), gefolgt von Gesundheit, Renten und Innere Sicherheit (74 bis 79 Prozent). 63 Prozent der Befragten möchten mehr für Umweltschutz ausgeben und 61 Prozent mehr in Verkehrsinfrastruktur investieren. Mehr Geld für Digitalisierung und Ausbau des Internets wird von 55 Prozent gewünscht. Geringere Zustimmung für Ausgabensteigerungen im Vergleich zur Verteidigungspolitik erhalten die Politikfelder Wirtschafts- und Industrieförderung (41 Prozent), Arbeitslosenunterstützung (39 Prozent) und Entwicklungshilfe (33 Prozent).

Abbildung 9.3: Einstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr im Zeitvergleich



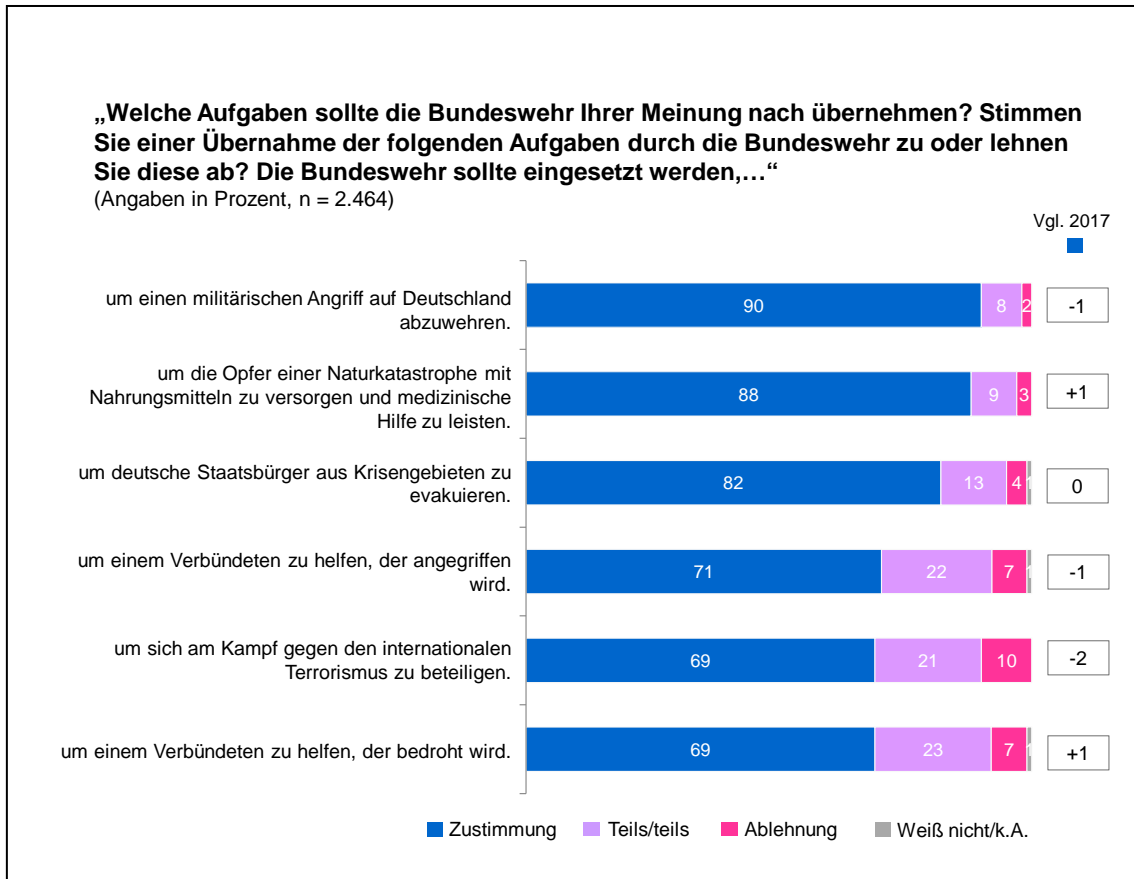
Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2018.

Neben den Budgetpräferenzen werden die Bürgerinnen und Bürger stets dazu befragt, ob die Zahl der Soldatinnen und Soldaten in Zukunft erhöht, verringert oder gleich bleiben sollte (vgl. Abbildung 9.3). Im Jahr 2018 spricht sich erneut eine relative Mehrheit der Deutschen (47 Prozent) dafür aus, dass die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr erhöht werden sollte. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt der Anteil der Befürworter einer Vergrößerung des Personals der Bundeswehr damit um 2 Prozentpunkte. 42 Prozent der Deutschen stimmt dafür, dass die Personalstärke gleich bleiben sollte (+5 Prozentpunkte). Lediglich 7 Prozent votieren dafür, den Personalumfang der Bundeswehr zu verringern (keine Veränderung). Die Bürgerinnen und Bürger begrüßen also weiterhin eine Vergrößerung der Streitkräfte.

10 Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

Abbildung 10.1: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr, Teil 1



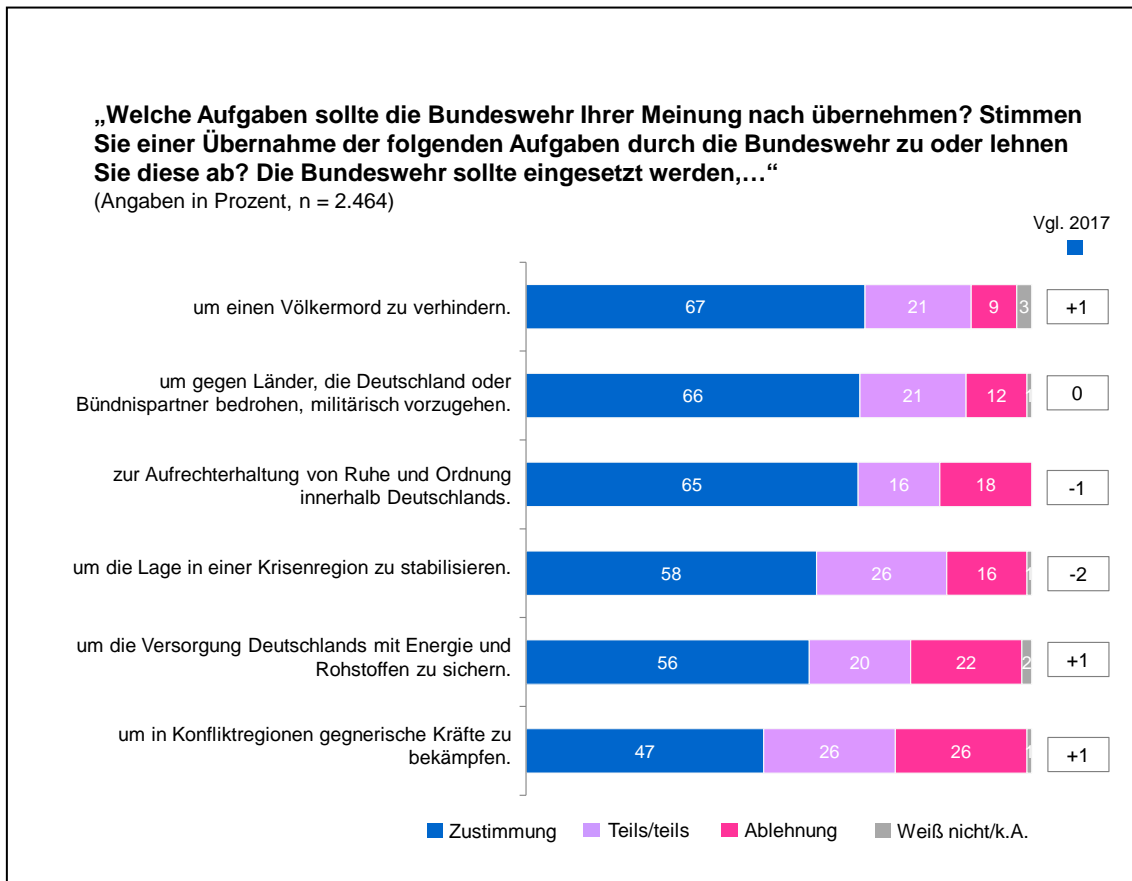
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2018 wurde die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Bundeswehr erfragt (vgl. Abbildung 10.1). Neun von zehn Befragten befürworten den Einsatz der Bundeswehr, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren (90 Prozent) und um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen sowie medizinische Hilfe zu leisten (88 Prozent). 82 Prozent der Bürgerinnen und Bürger unterstützen den Einsatz der Streitkräfte, um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren. Jeweils etwa sieben von zehn Bundesbürgern befürworten, die Bundeswehr einzusetzen, um einem Verbün-

deten zu helfen, der angegriffen wird (71 Prozent), um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen und um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird (jeweils 69 Prozent).

Abbildung 10.2: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr, Teil 2



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

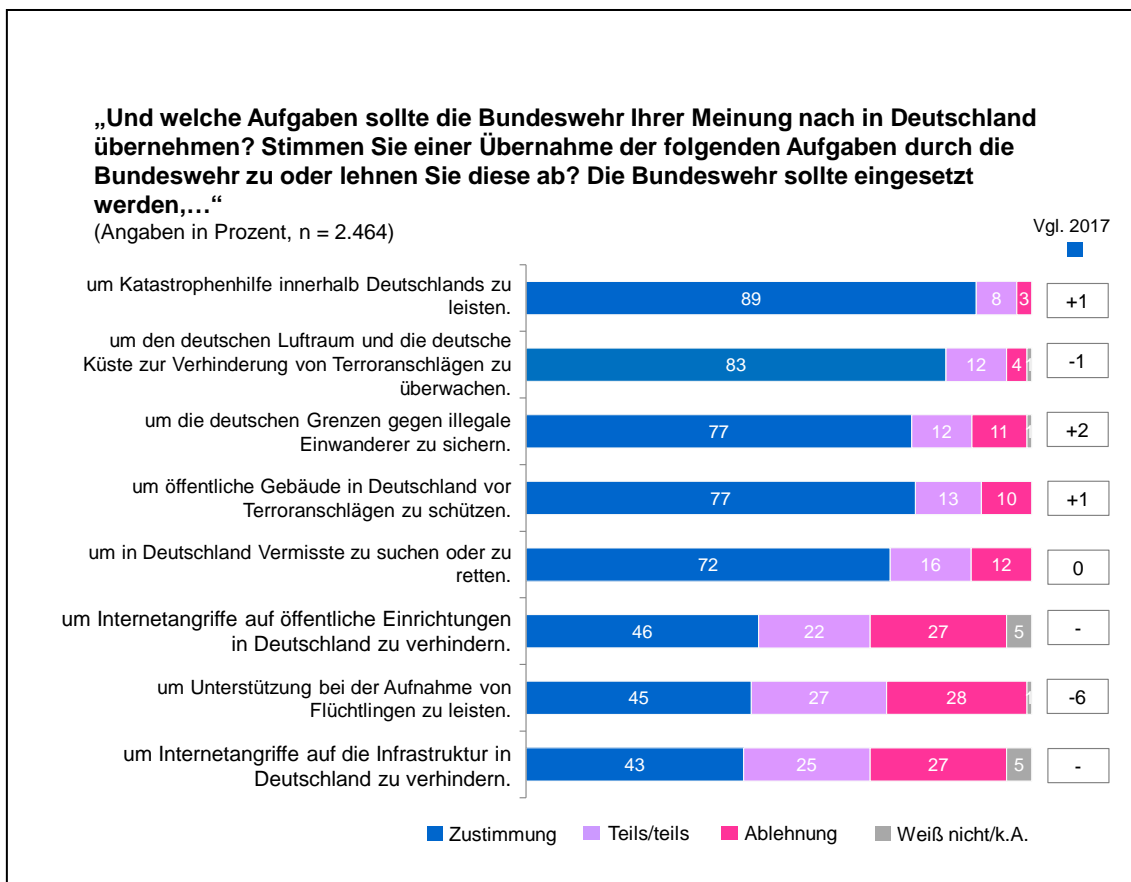
Über 60 Prozent der Befragten befürworten den Einsatz der Streitkräfte, um einen Völkermord zu verhindern (67 Prozent), um gegen Länder, die Deutschland oder seine Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen (66 Prozent) und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands (65 Prozent; vgl. Abbildung 10.2). Von einer absoluten Mehrheit unterstützt wird zudem die Entsendung der Bundeswehr, um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren (58 Prozent) und um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern (56 Prozent). Das einzige Szenario, das nicht von einer absoluten Mehrheit unterstützt wird, ist der Einsatz der Bundeswehr, um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen (47 Prozent).

Von Relevanz erscheinen demnach insbesondere die originären Aufgabenbereiche der Bundeswehr: Landesverteidigung, Katastrophenhilfe sowie der Schutz und die Sicherheit deutscher Staatsbürger. Große Zustimmung findet auch die Bündnisverteidigung. Diese Ergebnisse stehen scheinbar im Widerspruch zu den Befunden hinsichtlich der Unterstützung der NATO-Partner im Baltikum und der entsprechenden einsatzgleichen Verpflichtungen (vgl. Abschnitte 5 und 11). Die Diskrepanz der entsprechenden Einstellungen lässt sich ohne tiefergehende Analysen in diesem Kurzbericht nicht abschließend klären.⁹ Eine offensichtliche Schlussfolgerung ist aber, dass die Bürgerinnen und Bürger einer Vielzahl an Aufgaben der Streitkräfte grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Wenn es aber um konkrete Einsätze z.B. in Mali oder Afghanistan mit entsprechenden Aufgaben geht, ist die Unterstützung deutlich geringer (vgl. Abschnitt 11).

Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich für alle Aufgabenbereiche lediglich geringfügige Veränderungen im Niveau der Zustimmung. Eine allgemeine Entwicklung ist nicht zu konstatieren, weil die Unterstützung bei einigen Fragen sinkt und bei anderen steigt.

⁹ Der ausführliche Forschungsbericht zur Bevölkerungsbefragung 2017, der im III. Quartal 2018 erscheinende Sammelband „Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger“ (herausgegeben von Markus Steinbrecher, Heiko Biehl, Evelyn Bytzek und Ulrich Rosar) sowie der Beitrag „Cold War Revisited? Die deutsche Bevölkerung und die Renaissance der Bündnisverteidigung“ von Heiko Biehl, Chariklia Rothbart und Markus Steinbrecher im Jahrbuch Innere Führung 2017 liefern hierzu weitergehende Befunde und Schlussfolgerungen.

Abbildung 10.3: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr im Inland



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Wie schon in den beiden Vorjahren enthielt die Bevölkerungsbefragung 2018 einen weiteren Satz von Fragen, der die Einstellung der Deutschen zu möglichen Einsatzszenarien der Bundeswehr im Inneren beleuchtet. Neun von zehn Befragten würden einem Einsatz der Bundeswehr im Inland zustimmen, um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten (89 Prozent). Etwas geringer ist die Unterstützung für einen Einsatz der Streitkräfte, um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen (83 Prozent). Mehr als drei Viertel der Befragten sprechen sich außerdem dafür aus, die Bundeswehr im Inland einzusetzen, um die deutschen Grenzen gegen illegale Einwanderer zu sichern oder öffentliche Gebäude vor Terroranschlägen zu schützen (jeweils 77 Prozent). Dass die Bundeswehr in Deutschland Vermisste sucht oder rettet, wird von 72 Prozent der Bürgerinnen und Bürger befürwortet. Während die bisher benannten Einsatzmöglichkeiten hypothetischer Natur sind, hat die Bundeswehr seit dem Herbst 2015 die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland tatsächlich

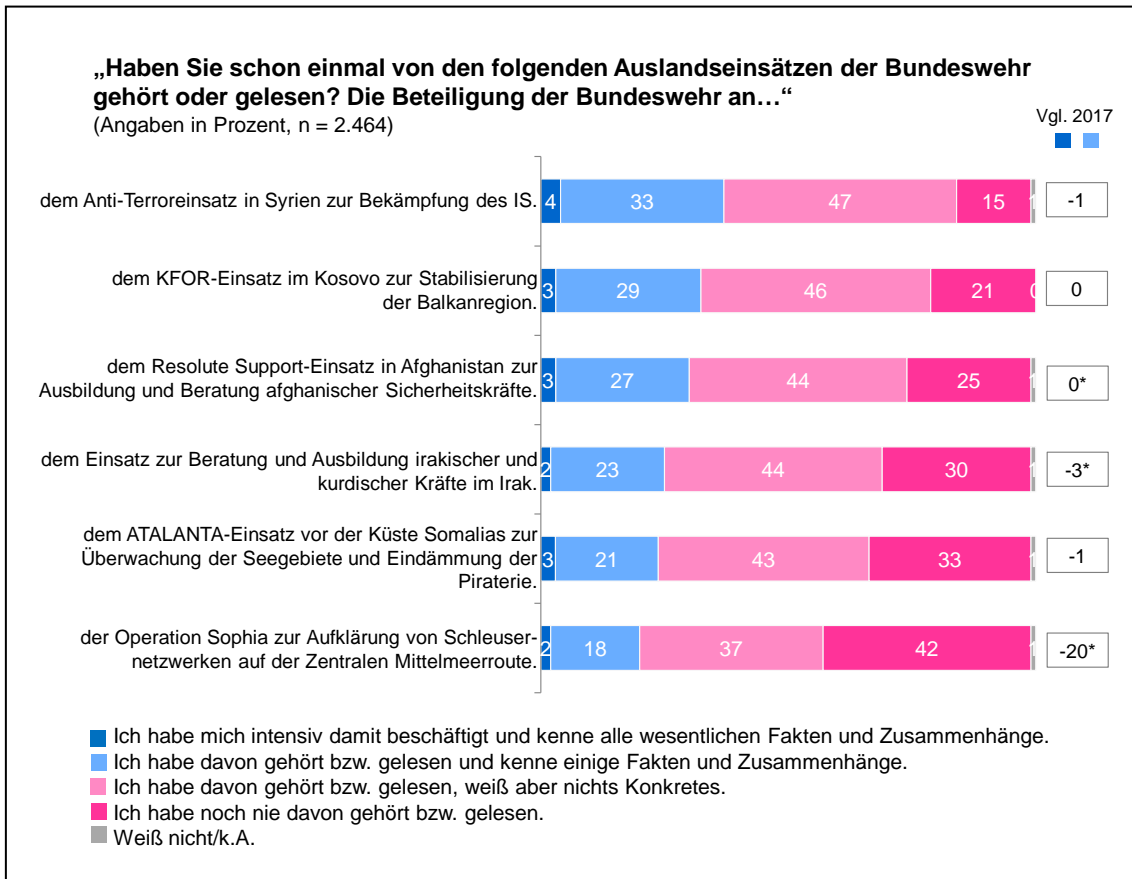
unterstützt. Dies wird von 45 Prozent der Deutschen befürwortet. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich eine Abnahme der Unterstützung um 6 Prozentpunkte. Hinzu kommt, dass dieser Einsatz von allen abgefragten Szenarien am häufigsten abgelehnt wird (28 Prozent).

Zwei Einsatzmöglichkeiten für die Bundeswehr im Inneren wurden 2018 erstmals abgefragt. 46 Prozent unterstützen den Einsatz der Bundeswehr, um Internetangriffe auf öffentliche Einrichtungen in Deutschland zu verhindern. 43 Prozent unterstützen den Einsatz zur Verhinderung von Internetangriffen auf die Infrastruktur in Deutschland. Insgesamt werden diese beiden öffentlich diskutierten Aktivitäten des neu eingerichteten Organisationsbereichs Cyber- und Informationsraum (CIR) damit nur von einer relativen Mehrheit befürwortet.

Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich für die übrigen Einsatzszenarien lediglich Veränderungen in der Zustimmung von maximal 2 Prozentpunkten.

11 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Abbildung 11.1: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Teil 1



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Vgl. 2017: Differenz „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“+ „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ 2018 zu 2017. *: Formulierung und Beschreibung des Einsatzes im Vergleich zum Vorjahr geändert.

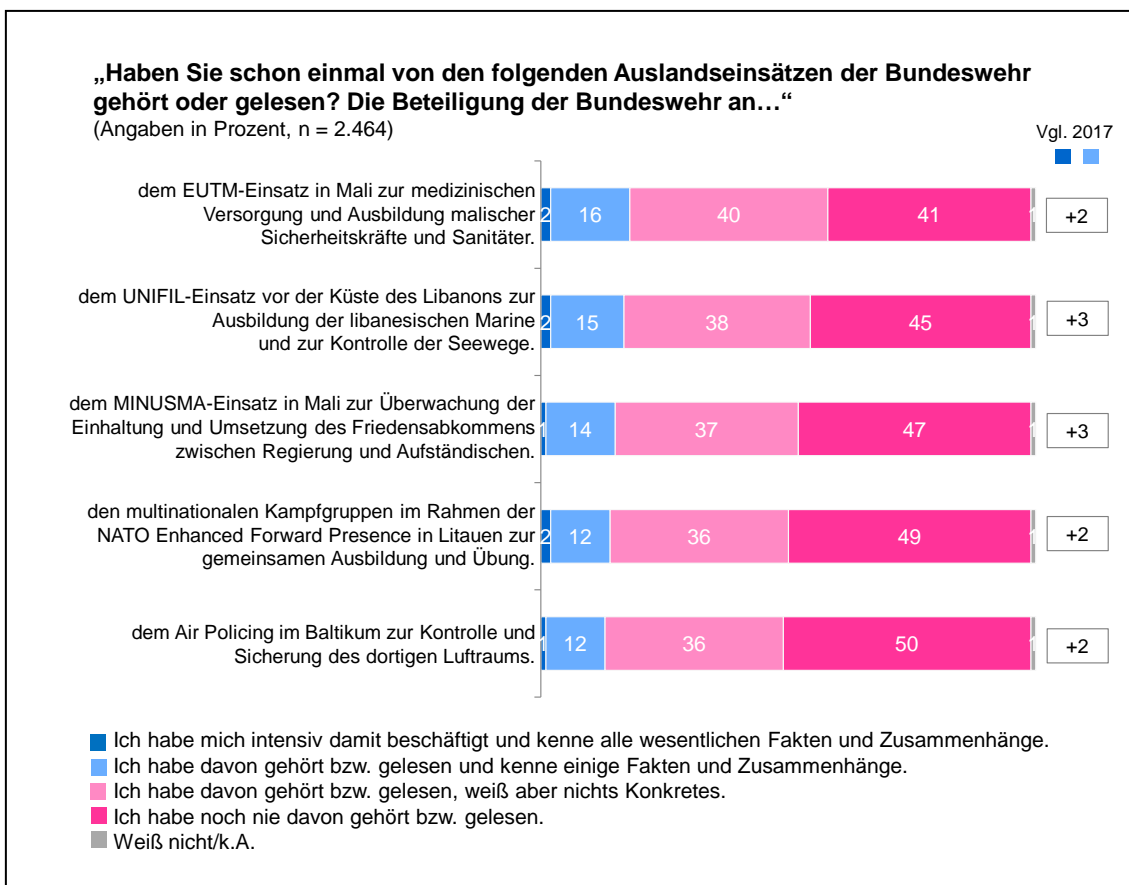
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Hinsichtlich der Auslandseinsätze der Bundeswehr sollten die Befragten zunächst einschätzen, wie gut sie über die einzelnen Einsätze Bescheid wissen. Im Folgenden werden die Antwortmöglichkeiten „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ sowie „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ zusammengefasst. Es wird davon ausgegangen, dass Personen, die eine der beiden Antworten angeben, über einen grundlegenden Kenntnisstand verfügen. Die Frage nach Kenntnis der unterschiedlichen Auslandsmissi-

onen innerhalb der Bevölkerung zeigt, dass der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des IS (37 Prozent) der bekannteste Auslandseinsatz der Bundeswehr ist (vgl. Abbildung 11.1). Jeweils etwa drei von zehn Befragten geben zudem an, dass sie Fakten und Zusammenhänge rund um den KFOR-Einsatz im Kosovo zur Stabilisierung der Balkanregion (32 Prozent) und den Resolute Support-Einsatz in Afghanistan zur Ausbildung und Beratung afghanischer Sicherheitskräfte (30 Prozent) kennen. Es folgen der Einsatz zur Beratung und Ausbildung irakischer und kurdischer Kräfte im Irak (25 Prozent) sowie der ATALANTA-Einsatz vor der Küste Somalias zur Überwachung der Seegebiete und Eindämmung der Piraterie (24 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr geben mit 20 Prozent nur noch halb so viele Befragte an, dass sie den Marineeinsatz im Mittelmeer zur Aufklärung des Schleuserwesens (Operation Sophia) kennen. Dieser Rückgang dürfte seine Ursache vor allem in der veränderten Frageformulierung haben: Bis 2017 wurde nach dem Seenotrettungseinsatz der Bundeswehr im Mittelmeer gefragt. 2018 erfolgte in der Befragung eine Anpassung an die offizielle Bezeichnung und die modifizierte Zielsetzung der Mission.

Weniger bekannt sind den Deutschen die UNIFIL-Mission vor der Küste des Libanons zur Ausbildung der libanesischen Marine und zur Kontrolle der Seewege (17 Prozent) sowie die beiden Einsätze in Mali (EUTM-Einsatz zur medizinischen Versorgung und Ausbildung malischer Sicherheitskräfte und Sanitäter: 18 Prozent; MINUSMA-Einsatz zur Überwachung der Einhaltung und Umsetzung des Friedensabkommens zwischen Regierung und Aufständischen: 15 Prozent; vgl. Abbildung 11.2). Am Ende der Bekanntheitsskala rangieren die Verpflichtungen im Rahmen der Bündnisverteidigung: die Aktivitäten in Litauen im Rahmen der NATO Enhanced Forward Presence sind 14 Prozent der Befragten vertraut, das Air Policing im Baltikum nur 13 Prozent. Insgesamt wird deutlich, dass das Wissen der Deutschen zu den unterschiedlichen internationalen Engagements der Bundeswehr begrenzt ist.

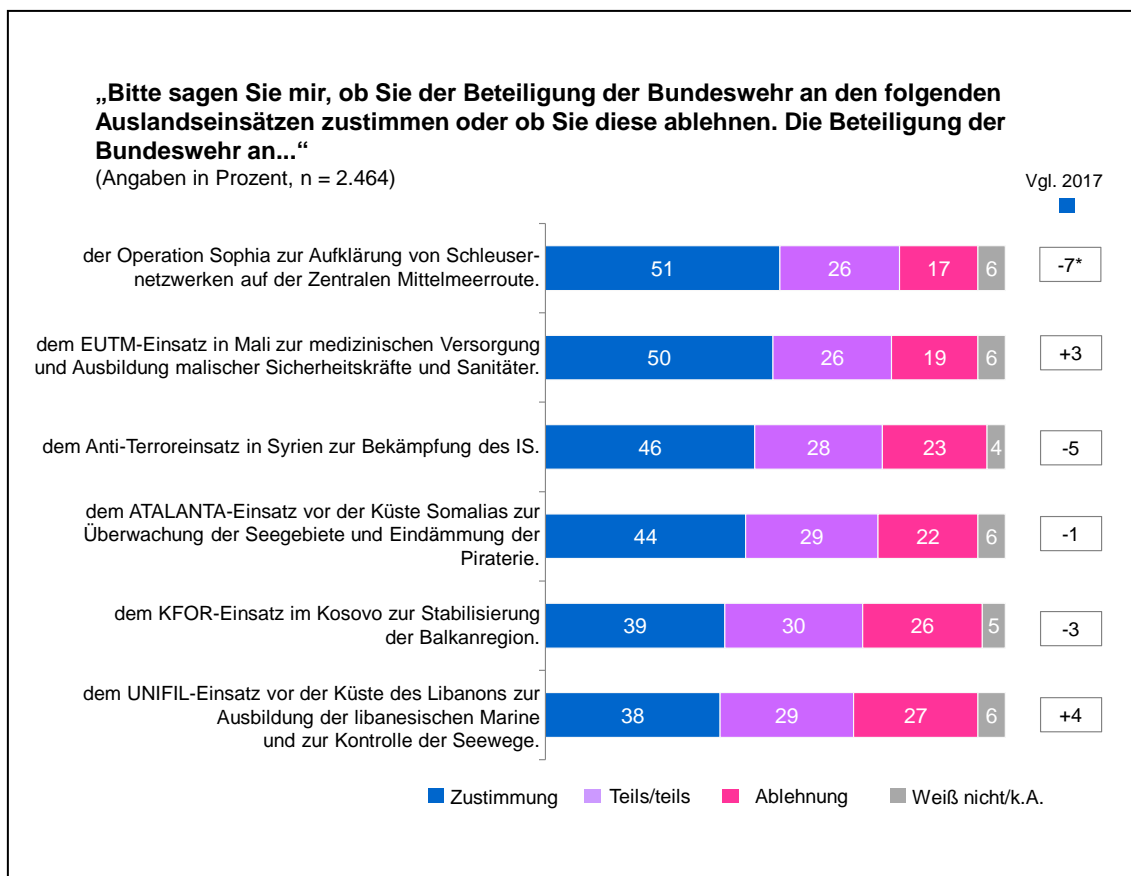
Abbildung 11.2: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Teil 2



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Vgl. 2017: Differenz „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“+ „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Abbildung 11.3: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Teil 1

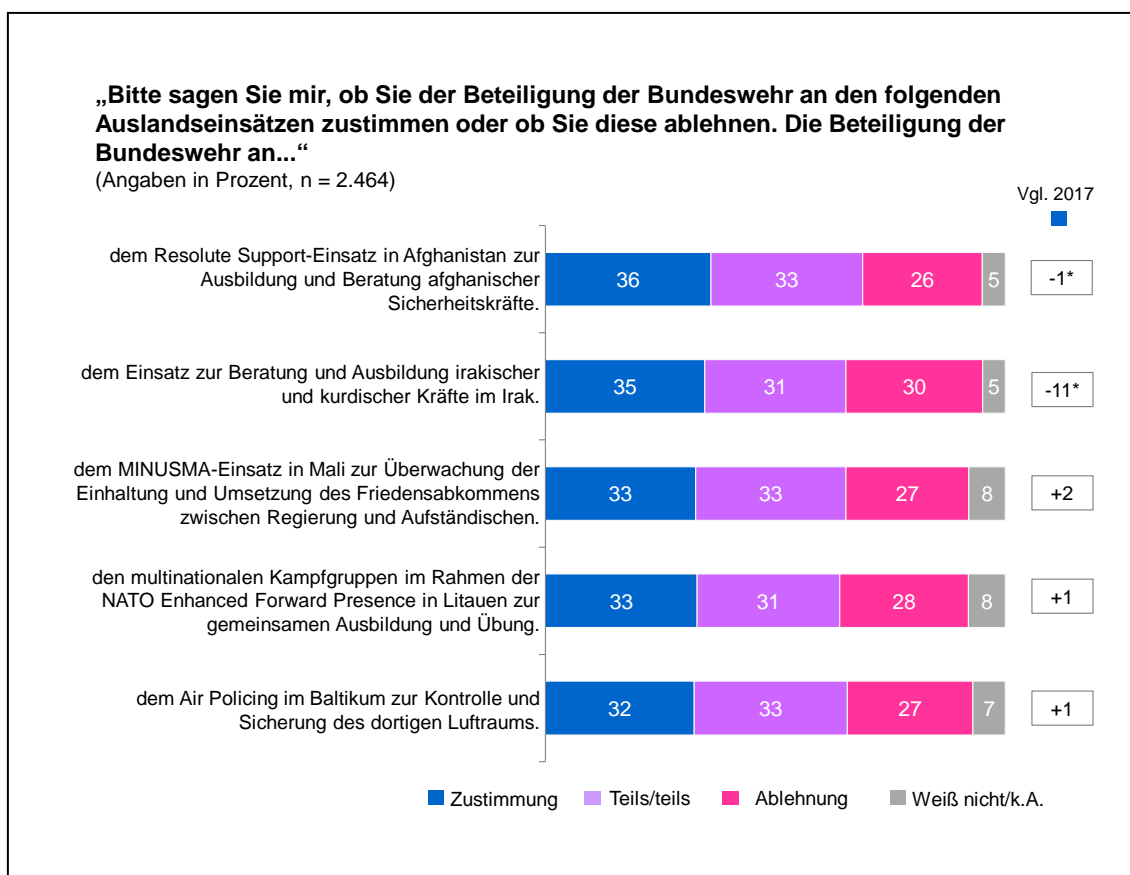


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017. *: Formulierung und Beschreibung des Einsatzes im Vergleich zum Vorjahr geändert.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Die vergleichende Betrachtung der Zustimmungswerte zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zeigt: Die Operation Sophia zur Aufklärung von Schleusernetzwerken auf der zentralen Mittelmeerroute und der EUTM-Einsatz in Mali erhalten von der deutschen Bevölkerung mit Abstand die größte Zustimmung. Jeweils die Hälfte der Befragten befürwortet diese Bundeswehreinsätze (vgl. Abbildung 11.3). Im Jahresvergleich ist ein substantieller Rückgang von 7 Prozentpunkten für den Marineeinsatz Operation Sophia zu verzeichnen, was in Teilen wiederum auf die veränderte Formulierung zurückzuführen sein könnte. Von einer relativen Mehrheit unterstützt werden außerdem das Engagement der Bundeswehr im Rahmen des Anti-Terroreinsatzes in Syrien (46 Prozent), der ATALANTA-Einsatz vor der Küste Somalias (44 Prozent), der KFOR-Einsatz (39 Prozent) und die UNIFIL-Mission (38 Prozent).

Abbildung 11.4: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Teil 2



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017. *: Formulierung und Beschreibung des Einsatzes im Vergleich zum Vorjahr geändert.

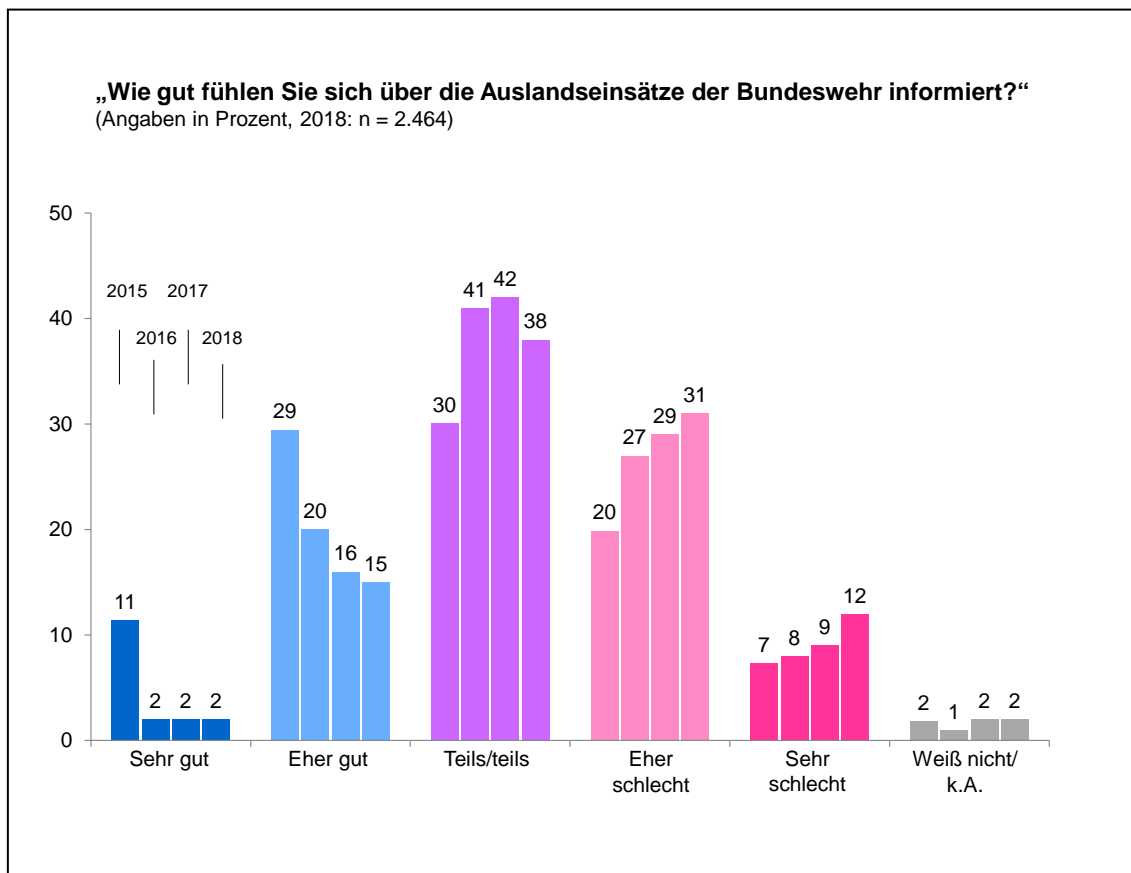
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017 und 2018.

Jeweils nur rund ein Drittel der Bundesbürger spricht sich für den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von Resolute Support in Afghanistan (36 Prozent) sowie für die MINUSMA-Mission in Mali (33 Prozent) aus (vgl. Abbildung 11.4). Deutlich an Zuspruch verloren hat die Ausbildungshilfe für kurdische und irakische Kräfte, die bei etwas mehr als einem Drittel der Befragten auf Zustimmung und bei knapp einem weiteren Drittel auf Ablehnung trifft. Ebenfalls gering ist die Unterstützung für die Aktivitäten der Bundeswehr im Rahmen der Bündnisverteidigung im Baltikum, die unverändert jeweils nur von rund einem Drittel (Enhanced Forward Presence in Litauen sowie Air Policing im Baltikum) gut geheißen werden.

Insgesamt zeigt sich, dass die öffentliche Zustimmung zu den Einsätzen weiterhin gering ist. Am ehesten finden Engagements Unterstützung, die als Hilfseinsätze wahrgenommen werden oder die der Terrorismusbekämpfung dienen. Der Zuspruch für die Aufgaben der

Bündnisverteidigung ist niedrig und bedarf intensiver sicherheitspolitischer Kommunikation.

Abbildung 11.5: Selbsteinschätzung Informationsstand über die Auslandseinsätze der Bundeswehr



Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2018.

Die Bürgerinnen und Bürger wurden wie in den vergangenen Jahren gefragt, wie gut sie sich über die Auslandseinsätze der Bundeswehr insgesamt informiert fühlen. Im Jahr 2018 fühlen sich nur 17 Prozent eher oder sehr gut informiert, 38 Prozent antworten mit teils/teils und 43 Prozent halten sich für eher oder sehr schlecht informiert (vgl. Abbildung 11.5). Im Vergleich zum Vorjahr fällt die Einschätzung des eigenen Informationsniveaus nochmals geringer aus. Weniger Bürgerinnen und Bürger geben an, dass sie den eigenen Wissensstand zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr als (eher) gut bezeichnen würden (-1 Prozentpunkt) und mehr Befragte schätzen das eigene Wissen als (eher) schlecht ein (+5 Prozentpunkte).

Zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr:

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) mit Sitz in Potsdam betreibt militärsoziologische, militärhistorische und sicherheitspolitische Forschung.

Zentrale Themen der jährlichen Bevölkerungsbefragung zum sicherheitspolitischen Meinungsbild der deutschen Bevölkerung sind Sicherheitsgefühl und Bedrohungswahrnehmungen der Bundesbürger sowie deren Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement der Bundesrepublik Deutschland. Zudem wird die Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr und zu den Auslandseinsätzen analysiert. Die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte sowie Fragen zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Integration der Bundeswehr stellen weitere Themenbereiche dar. Darüber hinaus wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber untersucht und das Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft empirisch erfasst. Der vorliegende Kurzbericht präsentiert erste zentrale Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2018.

Zu den Autoren:

Dr. Markus Steinbrecher, Dr. Heiko Biehl, Dr. Timo Graf, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.